

Atomwaffenforschung in Berlin?

- Chronik mit Hintergründen -

Vorbemerkung1

1887–1940	Großforschung im Dienst von Deutschland	2
1941 – 1944	Wettlauf um die erste Atombombe	3
1945	Deutsches Bombenexperiment – US-Atombomben auf Japan	3
1946–1954	Verdeckte Atombombenforschung und Remilitarisierung der Bundesrepublik	4
1955–1965	Der Rückstand im Atombomben-Knowhow wird aufgeholt	6
1965–1969	Die BRD übt den Atomkrieg und hilft anderen Staaten beim Aufstieg zur Atommacht	16
1970–1978	Großforschungseinrichtungen werden nach militärischen Erfordernissen strukturiert	17
1979–1985	Stationierung neuer Atomraketen in der BRD – Exzellente Abrüstungspolitiker/in und ein Ministerpräsident mit geheimem militärischen Wissen sterben eines gewaltsamen Todes	18
1985–1997	<i>Exkurs: Der Prozess gegen das HMI</i>	27
1986–1990	Militarisierung des Weltraums – Ein Atomwaffenexperiment läuft schief	44
1990–1999	Einigungsvertrag – Gleichschaltung der DDR-Wissenschaft	46
2000–2013	Mit Erneuerbare Energien in die Zukunft – Mit Fusionstechnologie zur Großmacht?	53
2014–2020	Mittel für Erneuerbare Energien werden gekürzt – Forschungsgelder für Nuklearenergien werden erhöht	63
2020	Öffentliches Eintreten für eine eigene Atombombe	74
Ausblick	81	
Stichwortverzeichnis		83

Vorbemerkung

Eine Meldung, die aufhorchen lassen sollte, gab für diese Arbeit den Ausschlag. Anfang dieses Jahres verlautbarte der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Johann Wadephul, dass Deutschland bereit sein sollte, sich mit eigenen atomaren Waffen an der „Nuklearen Abschreckung“ zu beteiligen. Nach zwei verheerenden Weltkriegen eine Ungeheuerlichkeit.

Um nicht hinzunehmen, dass Deutschland mit einer militärisch gestärkten EU und eigenen Atomwaffen mehr „Verantwortung“ in der Welt übernehmen kann, soll der Griff nach einer Atombombe mit der nachfolgenden Chronik bekannter gemacht werden. An Beispielen wird beleuchtet, wie sich Politik, Rüstungsforschung und Rüstungsindustrie gegenseitig hochschaukeln und welche Rolle besonders die Großforschung spielt.

In den von „Neue Verlagsgesellschaft der Frankfurter Hefte mbH.“ im Jahr 1973

herausgegebenen „Frankfurter Hefte – Zeitschrift für Kultur und Politik“ kritisiert der Soziologe Uwe Schimank die Großforschung als ein verselbständigtes gesellschaftliches Teilsystem, das gegen Kritik an seiner die Umwelt zerstörenden Wirkung immun ist. Im Folgenden wird dargestellt, ob sich daran mittlerweile etwas geändert hat.

Wie ein Anwohner des Hahn-Meitner Großforschungsinstituts in Berlin Wannsee gegen die risikobelastete Kapazitätserweiterung des Atomreaktors klagt und zusammen mit solidarischer Unterstützung der Bevölkerung die Justiz über zwölf Jahre in Atem hält und einen Richter in Gewissenskonflikte stürzt, wird in kursiver Schriftform dargestellt.

1887–1940 Großforschung im Dienst von Deutschland

1887: Den Grundstein für die Berliner Großforschung legte der Industrielle Werner von Siemens. Auf seine Anregung hin wurde zur Förderung exakter Naturforschung und Präzisionstechnik im nationalen Interesse von Wissenschaft, Handel und Militär die erste staatlich finanzierte außeruniversitäre Großforschungseinrichtung in Deutschland, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg, gegründet. Erster Präsident war 1888 der als „Reichskanzler der Physik“ bekannte Naturwissenschaftler Hermann von Helmholtz. Unter seiner Leitung verbanden von Lehrveranstaltungen freigestellte Wissenschaftler die Grundlagenforschung mit Dienstleistungen für die Industrie.

Davor war die Forschung vom Humboldtschen Bildungsideal der Einheit von Lehre und Forschung unter Einbeziehung der gesamten Erkenntnisse aus Natur- und Geisteswissenschaften geprägt. Ihr Ziel war die Bildung einer selbst bestimmten vernunftgeleiteten Persönlichkeit, die fähig ist, die Folgen ihres Tuns mitzudenken.

Die Gründung außeruniversitärer Einrichtungen bedeutete einen Paradigmenwechsel. Nicht mehr die ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen Wissenschaftlers stand im Vordergrund, sondern der Wissenschaftler als Dienstleister einer konkurrenzgetriebenen, kapitalistischen Wirtschaft und einer von Großmachtinteressen geprägten Politik.

1911: Nachdem in den USA eine ähnliche Entwicklung stattgefunden hat, wird in Berlin die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) gegründet. Sie soll weitere - lenkbare - Großforschungsinstitute entwickeln und betreuen.

1912: Die ersten Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) entstehen. Dazu gehört das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin-Dahlem.

1938: Lise Meitner, Otto Hahn und Fritz Straßmann entdecken am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem (Lise Meitner war schon in ihrem Exil in Schweden) die Kernspaltung von Uran-Atomen. - Der Geist ist aus der Flasche.

Schon im I. Weltkrieg unter Kaiser Wilhelm war Otto Hahn maßgeblich am Giftgaseinsatz beteiligt. Nun bietet er seine Dienste zur Entwicklung einer Atombombe Hitler an. Der US-amerikanische Wissenschaftshistoriker Mark Walker legt in seinem 1990 erschienenen Buch „Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe“ dar: „So ist zum Beispiel erst jetzt aktenkundig geworden, dass sogar Otto

Hahn, von dem man annahm, dass er sich jeder Zusammenarbeit mit den Behörden des Dritten Reiches enthalten habe, regelmäßig an das Heereswaffenamt über die mögliche Verwendung der Arbeiten seines Instituts zu militärischen Zwecken berichtet hat.“ In sein Tagebuch notiert Hahn: „Unsere Vorträge im Forschungsrat: guter Eindruck.“

1941 – 1944 Wettlauf um die erste Atombombe

Oktober 1941: Die militärischen Forschungsarbeiten sind soweit gediehen, dass Werner Heisenberg und sein Schüler Carl Friedrich von Weizsäcker fest davon überzeugt sind, mit einem Reaktor könne der Bombenstoff Plutonium erbrütet werden.

1942: Beginn des Manhattan-Projekts der USA, mit dem Ziel, Hitlers "Wunderwaffe" zuvorzukommen.

Als Einsatzziele sind Berlin und das Industriegebiet Mannheim-Ludwigshafen vorgesehen.

Oktober 1944: Von jetzt an arbeiten Heisenberg und von Weizsäcker in einer Felsenhöhle unter der barocken Kirche des schwäbischen Städtchens Haigerloch an der Fortführung ihres Reaktorprojekts zur Erbrütung von Plutonium. Bis Kriegsende erwirbt von Weizsäcker mehrere Patente auf Plutoniumbomben; der Prototypreaktor erreicht 85 % der kritischen Größe.

1945 Deutsches Bombenexperiment – US-Atombomben auf Japan

4. März 1945: Der Kernphysiker und Sprengstofffachmann Kurt Diebner führt gemeinsam mit seinem Mitarbeiter, dem Kernphysiker Erich Bagge, auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf in Thüringen ein besonderes Experiment mit spaltbarem Material durch. Da sie zu dieser Zeit nur über wenige Gramm spaltbaren Materials verfügen, bringen sie die Bombe mit konventionellem Sprengstoff zur Explosion. Hunderte von KZ-Häftlingen, die in der Nähe gruppiert waren, sterben. Im Buch „Hitlers Bombe“ beschreibt der Wirtschaftshistoriker Rainer Karlsch den Krater, den die Testexplosion im Boden hinterlassen hat. - Der Vorläufer einer Mininuke?

8. Mai 1945: Deutschland kapituliert. Japan signalisiert Kapitulationsbereitschaft.

24. Juli 1945: Als Demonstration der Macht gegenüber der Sowjetunion bereitet der amerikanische Präsident Truman während der Konferenz in Potsdam-Babelsberg den Abwurf von Atombomben über Japan vor.

2. August 1945: Mit dem Beschluss der Potsdamer Konferenz soll Vorsorge getroffen werden, dass von deutschem Boden nie wieder Faschismus und Krieg ausgehen. Dazu werden u. a. alle militärischen Anlagen einschließlich Forschungs- und Versuchsanstalten sowie grundlegende naturwissenschaftliche Forschung, aus der sich ein militärischer Nutzen ziehen lassen könnte, verboten. Das gänzliche Verbot von Wiederbewaffnung und atomarer Großforschung gilt für das später von den drei

Besatzungsmächten USA, England und Frankreich kontrollierte Westberlin bis zur Gewährung der vollständigen Souveränität 1990.

6. August 1945: Die USA zünden "Little Boy" - eine Uranbombe - über der japanischen Stadt Hiroshima. Innerhalb weniger Minuten werden 120 000 Menschen getötet und 80% der Stadt dem Erdboden gleich gemacht.

9. August 1945: Die USA zünden "Fat Man" - eine Plutoniumbombe - über Nagasaki. 80.000 Menschen, überwiegend Zivilisten, sterben; die Stadt ist zerstört.

1946–1954 Verdeckte Atombombenforschung und Remilitarisierung der Bundesrepublik

1946: Ungeachtet bestehender Verbote setzen Heisenberg und Max von Laue nach ihrer Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft in Göttingen ihre Atomforschung fort. Dazu eröffnen sie unter dem Namen Max-Planck-Institut für Physik (MPI für Physik) ein dem KWI für Physik nachfolgendes Institut. Im Jahre 1958 wird das Institut an seinen heutigen Standort im Münchner Norden verlegt und zum Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik erweitert, mit Werner Heisenberg und Ludwig Biermann als Ko-Direktoren.

2. Februar 1947: Der „Tagesspiegel“ meldet: „Der amerikanische Atomenergie-Ausschuss gab in seinem ersten offiziellen Bericht an den Kongress bekannt, dass er seine Hauptaufgabe darin sehe, die Entwicklung der Atomenergie voranzutreiben, um bessere Atomwaffen für Amerika herzustellen.“

Die Sowjetunion ruft zu einer sofortigen internationalen, bedingungslosen Ächtung nuklearer Massenvernichtungswaffen auf. Ein Appell an die menschliche Vernunft und den Selbsterhaltungstrieb – er wird von den USA ignoriert.

26. Februar 1948: Otto Hahn und Ernst Telschow gründen in Göttingen als Nachfolgeorganisation der früheren KWG die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (MPG). Sie wird zur Wiege der modernen MPG. Zwei Tage zuvor ist das 1946 gegründete Max-Planck-Institut für Physik aufgelöst worden.

Telschow war 1912 einer der ersten Doktoranden Otto Hahns und arbeitete unter Fritz Haber von 1917 bis zum Dezember 1918 im Kriegsministerium als Verbindungsoffizier zur Industrie. Am 1. Mai 1933 trat er in die NSDAP ein, wurde am 18. Oktober 1933 Zweiter Geschäftsführer der KWG, 1935 ihr Erster Geschäftsführer und am 10. Januar 1936 ihr Direktor. Das Emblem der neuen Max-Planck-Gesellschaft zeigt, wie auch das der KWG, das Signet der Minerva; sie ist nicht nur die Göttin der Weisheit, sondern auch die der taktischen Kriegsführung.

14. August 1949: An diesem Tag wird in der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler gewählt. Vom Verbot der Wiederbewaffnung und atomaren Großforschung wollen der bekennende Katholik und lebenslange Antikommunist Konrad Adenauer sowie Unverbesserliche der übrig gebliebenen Wehrmacht nichts wissen.

Die zur Durchsetzung ihrer Politik für notwendig erachteten neuen Massenvernichtungswaffen sind für sie lediglich eine Weiterentwicklung der Artillerie. Angebote der Sowjetunion und später Russlands, umzukehren und die Welt gänzlich von der Geißel der Atomwaffen zu befreien, um ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen, lehnt die mit Adenauer verbündete Atommacht USA ab. Um seine Pläne zusammen mit dem Aufbau eines dem Antikommunismus verpflichteten Staates zu verwirklichen, bedient sich Konrad Adenauer ehemals im Dienste Hitlers stehender Personen aus Militär, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Als Gegenleistung werden Adenauers Unterstützer von der Verfolgung ihrer in der faschistischen Diktatur begangenen Untaten freigestellt und in hohe Ämter eingebettet, wie z. B. der Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Hans Globke als Bundeskanzleramtschef Adenauers. – Ein nachhaltiger Nährboden für rechtes Gedankengut und militärische Machtfülle. Bis zum heutigen Tag halten Repräsentanten der CDU/CSU an eigenen Atomwaffen fest.

Nach kurzer Abwartezeit stehen Adenauer mit Hermann Josef Abs und Friedrich Flick wieder bekannte Persönlichkeiten des Finanzkapitals und der Rüstungsindustrie zur Seite. Abs und Flick unterstützten bereits Hitler und besitzen die Fähigkeit, zur Lösung schwieriger Fragen der Geld- und Uranbeschaffung mit Bilanzen und Konzessionen kreativ umzugehen. Als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank von 1938 bis 1945 führte Abs die „Germanisierung“ jüdischer Unternehmen und Banken durch und warb in neutralen Ländern für die Zeichnung von Kriegskrediten. Nach dem Krieg wurde Abs auf Anweisung der Alliierten von seinem Vorstandsposten suspendiert und für drei Monate inhaftiert. 1952 kehrte er zum Zentrum der Macht zurück und kann in der Deutschen Bank wieder offiziell tätig sein. Zu dieser Zeit war er bereits ein enger Vertrauter und Berater Adenauers in Wirtschafts- und Finanzfragen. Als Schlüsselfigur der Deutschen Wirtschaft und einflussreichster Bankier Deutschlands wird ihm 1966 das Große Verdienstkreuz mit Stern am Schulterband der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Mehr als jedes andere deutsche Finanzinstitut unterstützt die Deutsche Bank Atomwaffenkonzerne. Nach einer Meldung des Handelsblattes vom 10.10. 2013 wurden zu diesem Zeitpunkt 3,6 Milliarden Euro in Atomwaffen investiert.

Flick war Hitlers größter Rüstungslieferant. Während des Krieges beutete er KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter in großem Stil aus und profitierte wie kein anderer von der Enteignung jüdischer Firmen. Zum Ende des Krieges galt er als der reichste Mann Deutschlands mit einem geschätzten Privatvermögen von zwei bis drei Milliarden Reichsmark. Nach dem Krieg wurde Flick in den Nürnberger Prozessen wegen Sklavenarbeit (viele der eingesetzten Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge starben an Unterernährung und brutaler Behandlung), Verschleppung zur Sklavenarbeit, Ausplünderung der besetzten Gebiete und Teilnahme an Verbrechen der SS zu sieben Jahren Haft verurteilt. Noch aus dem Gefängnis heraus betrieb Flick 1949 über die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte AG., eine Tochtergesellschaft des Flick-Konzerns in Sulzbach-Rosenberg, eine Exploration des Atombrennstoffs Uran bei Weißenstadt im Fichtelgebirge.

Frühjahr 1950: Nach seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Kriegsverbrechergefängnis lässt Flick trotz des Verbotes der Alliierten in Weißenstadt mit dem Abbau von Uran beginnen, getarnt als „Zinnerz-Untersuchungsbetrieb“. Der Uranabbau lief bis 1975 und versorgte u. a. den 1957 in Betrieb gegangenen ersten deutschen

Atomforschungsreaktor in München.

Der frühere KZ-Baumeister Heinrich Lübke, nun Bundespräsident, verleiht Flick 1963 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Oktober 1950: Adenauer trifft sich in einer alten Zisterzienserabtei in Himmerod mit einer aus 15 Personen bestehenden informellen militärischen Beratergruppe, darunter zehn ehemalige Hitlergeneräle und Admiräle. Mit ihnen konzipiert er eine Denkschrift zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Sie sieht eine klassische Massenarmee vor, die mit modernen Atomwaffen auszurüsten ist. – In der Öffentlichkeit bleibt Adenauer bei den Losungen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

1953: Die beiden letzten noch selbstständigen Kaiser-Wilhelm-Institute werden in die Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen.

Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL), gegründet am 20. April 1912, wird auf dem Flughafengelände von Essen/Mühlheim neu eingerichtet. Gleichzeitig wird die aus rein militärischen Gründen 1936 errichtete und nun wieder zu diesen Zwecken nutzbare Deutsche Forschungsanstalt für Luftfahrt (DFL) in Braunschweig reaktiviert.

8. Dezember 1953: Vor der UN-Vollversammlung hält US-Präsident Dwight D. Eisenhower eine Rede mit dem Titel "Atoms for Peace". Sie wird über den ganzen Globus verbreitet. Er spricht von der „friedlichen Nutzung“ der Kernenergie in Form von elektrischem Strom und Wärme sowie von Anwendungsmöglichkeiten in der Medizin, bei der Bekämpfung von Krankheitserregern und in der Ernährung. - Seinen engsten Mitarbeitern befiehlt er:

„Haltet sie im Unklaren über Kernspaltung und Kernfusion.“

Mit „sie“ ist die Weltöffentlichkeit gemeint.

Es hat funktioniert. Von nun an gilt die Kernspaltung als rehabilitiert. Wenn nun zwar Atomkraftwerke gebaut werden von Staaten, die in erster Linie an dem Bau von Atombomben interessiert sind, so sieht der Großteil der Bevölkerung darin eher eine Wohltat und ein Zeichen von Fortschritt. Auch die Atomforschung ist weißgewaschen.

23. Oktober 1954: Mit den sog. Pariser Verträgen soll das Besatzungsregime der Westmächte aufgehoben werden. Voraussetzung ist u. a. eine Verzichtserklärung Adenauers auf ABC-Waffen. Widerwillig gibt er diese schließlich ab.

1955–1965 Der Rückstand im Atombomben-Knowhow wird aufgeholt

5. Mai 1955: Die Pariser Verträge treten in Kraft. Damit erhält die Bundesrepublik endlich eine gewisse Souveränität. Die Verträge beenden in den Westzonen das Besatzungsregime, geben grünes Licht für die Gründung der Bundeswehr im Rahmen der NATO und für eine zivile Nutzung der Atomenergie als Energiequelle.

Bereits fertige Pläne über die Wiederbewaffnung der Bundeswehr und für die Atomwaffenforschung werden aus den Schubladen geholt und in die Tat umgesetzt.

9. Juli 1955: Die Mathematiker Bertrand Russell und Albert Einstein veröffentlichen in London das Russell-Einstein-Manifest, ein Aufruf gegen den Einsatz von Atomwaffen.

Die Atompolitik der Großmächte im Kalten Krieg führe fast unvermeidlich in die völlige Vernichtung der Menschheit. Und Russell fügt mit englischem Understatement hinzu: "Einige von uns fänden das doch sehr schade."

8. August 1955: In Genf beginnt unter der Obhut der Vereinten Nationen eine bis zum 20. August dauernde Mammutkonferenz zur weiteren Einstimmung auf das "Atom for Peace-Programm" des US-Präsident Dwight D. Eisenhower. Etwa 1.300 Konferenzteilnehmer aus 72 Nationen des Ostens und des Westens ergehen sich in Zukunftsvisionen über eine „friedliche“ Atomnutzung.

Hinter ihrem Rücken rollt das Wasserstoffbombenprogramm der USA ab. Die deutsche aus 68 Mitgliedern bestehende Abordnung wird von Otto Hahn angeführt. In der Teilnehmerliste stößt man auf Namen wie Erich Bagge und Karl Wirtz, die schon unter Hitler versuchten, Atombomben herzustellen. Im Laufe der Konferenz müssen die Delegierten Deutschlands bedauernd feststellen, dass sie mit ihren kernphysikalischen Kenntnissen 10 Jahre im Rückstand sind.

6. Oktober 1955: Zwecks Koordination der Verteidigungspolitik und ihrer strategischen Ausrichtung wird auf Empfehlung Adenauers ein geheim tagender Bundesverteidigungsrat gebildet. Organisatorisch gehört er dem Bundeskabinett an. Am 28.11.1969 wird er in Bundessicherheitsrat umgetauft. Protokolle befinden sich als geheime Verschlussache beim Bundeskanzleramt.

20. Oktober 1955: Um den Rückstand kernphysikalischer Kenntnisse für die atomare Bewaffnung der in Gründung befindlichen Bundeswehr schnellstmöglich aufzuholen, wird auf Initiative Adenauers das Bundesministerium für Atomfragen gegründet. Nach offizieller Lesart handelt es sich um die Erforschung und „friedliche“ Nutzung der Kernenergie. Zum Minister des neu gegründeten Bundesministeriums beruft Konrad Adenauer seinen bisherigen Sonderminister Franz Josef Strauß.

12.11.1955: Die neue Bundeswehr wird gegründet. Der 12. November 1955 ist der 200. Geburtstag des preußischen Generals Gerhard von Scharnhorst. Die Wahl dieses Gründungstages drückt das Traditionsverständnis der Bundeswehr aus. In der Ermeikaserne in Bonn erhalten die ersten Soldaten ihre Ernennungsurkunden. Wenige Monate später wird das bis dahin keine Wiederbewaffnung kennende Grundgesetz geändert. Mit Einfügung des Art. 87a GG über die allgemeine Wehrpflicht wird die verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt. Überwiegend werden ehemalige Hitlergeneräle und Admiräle übernommen. Zum Teil steigen sie in der NATO in höchste Stellungen auf (Vorsitzender des Militärausschusses, hohe Kommandeure) und können ihre von reichlichen Kriegserfahrungen gesicherten Vorstellungen so einbringen, dass die NATO bis heute an atomaren Massenvernichtungswaffen festhält, den Atomkrieg übt, Atomwaffen ständig verbessert und auf der Ersteinsatzfähigkeit besteht.

1956: Für den Bau eigener Atomreaktoren wird durch Atomminister Strauß in Karlsruhe die „Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH“ gegründet. Aus ihr geht die Gesellschaft für Kernforschung mbH und später das Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH (KfK) hervor.

26.1.1956: In seiner Funktion als Atomminister leitet Strauß die erste Sitzung der Deutschen Atomkommission. Im Sinne Adenauers forciert er die Entwicklung einer industriellen Produktionskapazität für atomaren Sprengstoff und den Aufbau nuklearer Zentren. Strahlenresistente Materialien für Messinstrumente und Reaktorbauteile zu finden, war eine neue Herausforderung.

In der kurzen bis 1956 dauernden Amtszeit als Atomminister schafft es Strauß, die an Hitlers unvollendet gebliebenen Bombenprojekt involvierten Wissenschaftler wieder mit nuklearen Fragen zu beschäftigen und den Grundstein zu legen für die in rascher Folge ab 1957 in Betrieb gehenden Atomforschungsreaktoren in München, Berlin, Geesthacht, Karlsruhe, Jülich, Mainz, Heidelberg, Braunschweig, Neuherberg und Hannover. Die ersten Reaktoren stammen aus den USA und Großbritannien.

Mit lancierten Pressemeldungen wird die Bevölkerung darauf vorbereitet, dass eine nukleare Bewaffnung der in Gründung befindlichen Bundeswehr bevorsteht.

Juni 1956: Die fünfte Weltkraftkonferenz in Wien thematisiert die Verzahnung von Friedenspolitik mit Energiepolitik. Als Alternative zur zivil/militärischen Atomenergie werden die Potenziale nachhaltiger Energieträger vorgestellt, wie sie in Solar-, Wasser- und Windkraftanlagen stecken.

Bereits auf der Pariser Weltausstellung von 1878 wurde mit einer funktionierenden „Solardampfmaschine“ der Nachweis für eine sinnvolle Nutzung der kostenlosen und unerschöpflichen Sonnenenergie erbracht. Etwa zur selben Zeit publizierte der sozialistische Politiker August Bebel, dass es wegen der Beschränktheit wichtiger Ressourcen wie Kohle und Öl wichtig sei, sich mit Alternativen wie Sonnenkollektoren zu befassen.

Weil jedoch die Energiegewinnung aus Kohle und Öl weitaus höhere Profite abwirft, ist die Solartechnik nicht zum Zug gekommen.

Mit der Wiener Weltkonferenz erfährt die ökologische Solartechnik eine Öffentlichkeit, die den großen Elektrizitätskonzernen nicht verborgen geblieben sein dürfte. - Im Gegensatz zur Bereitwilligkeit von Wissenschaft und Finanzwirtschaft, sich an politisch geforderten atomaren Großforschungseinrichtungen zu beteiligen, erteilen die Energieversorger jedoch den Plänen der Politik, die zur Vervollständigung des militärischen Kreislaufs benötigen AKWs zu bauen, eine klare Absage. Energie auf der Basis von Kohle und Öl ist reichlich vorhanden. AKWs seien für Mensch und Umwelt zu gefährlich und zudem zu unwirtschaftlich. Das für Atomenergie zuständige Vorstandsmitglied des größten Stromkonzerns RWE, Heinrich Schöller, gibt 1957 in einer Besprechung im Wirtschaftsministerium zu bedenken, dass die „Beseitigung des Atommülls“ ebenso kostspielig sein würde wie die Stromerzeugung selbst. Nach der Kalkulation der Energiewirtschaft sei Atomstrom unrentabel und überflüssig. Aus früheren Äußerungen Schöllers geht hervor, dass er durchaus elegantere, saubere und betriebssichere Möglichkeiten sah, den zukünftigen Strombedarf zu befriedigen. Er dachte dabei an die großtechnische Nutzung unerschöpflicher Energiequellen – Solar-, Wind- oder Gezeitenenergie. Er stellte fest, dass die Reaktortechnik „eigentlich nur dort grundlegende Fortschritte erzielt, wo sie als Kind der Rüstung mit gewachsen ist.“ Im Bundestagsausschuss für Atomfragen erläutert im selben Jahr ein Versicherungsexperte: „Es ist ein allgemein anerkannter, unbestrittener Rechtsgrundsatz des Staatsrechts, dass der Staat verpflichtet ist, seine Bevölkerung zu

schützen. Durch die Zulassung von Kernenergie-Produktionszentren mit ihrer inhärenten, zusammengeballten, gewaltigen Energie, die durch menschliches Versagen oder aus irgendwelchen Gründen unkontrolliert sich auslösen könnte, handelt er diesem Grundsatz zuwider.“ Folgerichtig weigert sich auch die Versicherungswirtschaft, wegen des hohen Schadenspotentials, das Risiko von Atomkraftwerken (AKW) zu decken.

Erst als einige Jahre später das Atomgesetz die Betreiber künftiger AKWs von allen Schadenersatzforderungen freistellt und die Regierung milliardenschwere Subventionen und Steuererleichterungen zusagt, lässt sich die Energiewirtschaft umstimmen. Allein die von 1958 bis 1973 aufgelegten vier Entwicklungsprogramme zur Leitung, Förderung und Planung von Aktivitäten auf dem Nuklearsektor kosten dem Steuerzahler insgesamt 14,9 Milliarden DM.

Juli 1956: Um keine Zeit zu verlieren, wird vorsorglich für das in Planung befindliche Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung in Berlin-Wannsee (HMI) ein Forschungsreaktor mit 50 Kilowatt Leistung bei der US-amerikanischen Firma Atomics International bestellt. Es handelt sich um einen erprobten Typ, der bereits 1943 in Los Alamos bei der Entwicklung der amerikanischen Atombombe gute Dienste geleistet hat. Die fehlende US-Genehmigung wird im April 1957 nachgeholt (Sven Tode „Chronik des Hahn-Meitner-Instituts Berlin“, Verlag Hanseatischer Merkur 2005 und Burghard Weiss „Großforschung in Berlin“, Campus Verlag 1994).

19.10.1956: F. J. Strauß wechselt vom Atom- ins Verteidigungsministerium und vereinbart wenige Monate später mit dem französischen Verteidigungsminister Bourges-Maunoury eine enge Zusammenarbeit bei der Herstellung „moderner Waffen“. Dabei knüpft er an die bereits spätestens seit 1954 vorbereitete deutsch/französische Zusammenarbeit zur Herstellung und Entwicklung von multilateral zu realisierenden Atom- und Wasserstoffbomben an (von Roland Kollert herausgegebene VDW-Materialien 1: „Atomtechnik als Instrument westdeutscher Nachkriegs-Außenpolitik“).

Wörtlich erklärt er lt. Kabinettsprotokoll der Bundesregierung, Band 9. 1956, S. 486 f.: „Eine Nation, die heute nicht selbst Atomwaffen produziere, sei deklassiert.“

Glücklicherweise bereitet Charles de Gaulle während seiner Zeit als französischer Präsident diesem atomaren Spuk ein Ende.

25. März 1957: Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), eine auf unbeschränkte Dauer ausgerichtete, eigenständige, in ihren Strukturen aber vollständig an die EU angegliederte Organisation mit der unverändert gebliebenen Zielrichtung der Förderung der Atomenergie „durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen...“ Die Gründung der EURATOM war nicht nur mit dem französischen Atomwaffenprojekt verbunden, sondern vor allem eine Voraussetzung für den Bau der europäischen bzw. deutschen Bombe. Adenauer hatte bereits 1956 in einer Kabinettsitzung erklärt, „er möchte über EURATOM auf schnellstem Weg die Möglichkeit erhalten, selbst nukleare Waffen herzustellen.“

Ungeachtet der Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima bleibt die EURATOM dabei, dass die Atomenergie einen Beitrag leisten kann, den Lebensstandard zu heben und dass die Atomforschung den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand mehren kann. Der Löwenanteil der öffentlichen Gelder von derzeit jährlich 1,6 Milliarden € fließt in die

Fusionsforschung, gefolgt von der Forschung für „sichere“ Atomkraftwerke. Das widerspricht dem von der Bundesregierung proklamierten Atomausstieg. Trotzdem besteht sie auf der Einhaltung des EURATOM-Vertrages.

12. April 1957: In Anspielung auf die „Göttinger Sieben“, die 1837 öffentlich gegen die Suspendierung der Verfassung durch König Ernst August protestierten, widersetzen sich ehemals für das Heereswaffenamt tätige Wissenschaftler als „Göttinger Achtzehn“ in einem Manifest den Atomwaffenplänen Adenauers. Doch Adenauer lässt sich nicht verunsichern. Extra für den Bau einer Wasserstoffbombe soll ein neues Fusionsforschungszentrum entstehen. Dafür sind der Physiker Erich Bagge (früher am Atomprojekt der Nazis beteiligt) und der Ingenieur Paul Schmidt (er hatte während des Krieges das Triebwerk der V 1-Rakete mitentwickelt) vorgesehen. Doch der Einspruch des inzwischen geläuterten Carl Friedrich von Weizsäcker kann das Vorhaben verhindern: Es lägen »gesicherte Erfahrungen« vor, dass »ein Fusionsreaktor für friedliche Zwecke nicht hergestellt werden« könne. Allenfalls könnten die Ideen »im militärischen Bereich nutzbar gemacht werden«. An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert.

Mit Fusionsreaktoren lässt sich u. a. bestes Waffenplutonium (Pu-239) erbrüten.

25. Mai 1957: Tag der Grundsteinlegung des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung in Berlin-Wannsee (HMI). Der Begriff Kernforschung klingt harmloser als Atomforschung. Zuvor verfasste Otto Hahn - Namensgeber und treuer Diener des jeweiligen Staates - zusammen mit F. J. Strauß die Geleitworte für die Propagandaschrift „Wir werden durch Atome leben“ (1956).

Neben zahlreichen nationalen und internationalen Auszeichnungen, weil u. a. seine „Arbeit dem Fortschritt und dem Wohl der ganzen Menschheit dient“, erhält Otto Hahn das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband und das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

F. J. Strauß wird neben vielen anderen Auszeichnungen mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Der Historiker Burghard Weiss nennt drei Personen, die sich für den Aufbau der Atomforschung des traditionsreichen Standorts Berlin besonders eingesetzt haben: der Physiker Max von Laue, der Physikochemiker Iwan Stranski und der Mathematiker Wolfgang Haack. Letzterer war im Zweiten Weltkrieg für die Rüstungsindustrie tätig. Wegen der hohen militärischen Relevanz musste er nach 1945 während seiner englischen Internierung Forschungsberichte abfassen. 1948 liehen ihn die Briten an einen Rüstungskonzern in der Schweiz aus. 1949 kehrte er nach Berlin zurück und nahm an der Technischen und der Freien Universität in Berlin seine Lehrtätigkeit auf. Die TUB wählte ihn zum Dekan, die FUB ernannte ihn zum Honorarprofessor. Haack gilt als Koordinator des Berliner Neubeginns. Strauß greift die Wissenschaftlerinitiative auf und spricht sich am 27.6.1956 für die Errichtung der geplanten Berliner Kernforschungsstätte aus. Die dafür zuständigen Mitglieder der Atomkommission treten in ihrer anschließenden Besprechung am 13.7. der vorher getroffenen Entscheidung bei. Anfangs sollte das HMI in Charlottenburg zwischen der Waldbühne und dem U-Bahnhof Ruhleben angesiedelt werden, doch die Berliner Wasserwerke meldeten Bedenken an. So entschied man sich für den Standort Wannsee unmittelbar an der damaligen Zonengrenze und damit für das Grundwassereinzugsgebiet der DDR, ohne die DDR

davon zu unterrichten.

Erst nachdem der Reaktor in Betrieb war, und die DDR-Presse verlauten ließ, dass im HMI geheime Rüstungsforschung betrieben werde, kommt es zu informellen Gesprächen mit der DDR.

Den Bedenken von Anwohnern und Zehlendorfer Bezirksverordneten, mitten in einem Wohngebiet einen ungeschützten, risikoträchtigen und Radioaktivität aussendenden Atomreaktor zu errichten, begegnet man mit Verharmlosungen, Falschmeldungen und Verfahrenstricks. So seien die von einem Reaktor erzeugten Strahlen „völlig ungefährlich“. Die gutachterliche Stellungnahme des Reaktorexperthen Prof. Wirtz aus Karlsruhe, die vom Bau von Wohnungen in der Nähe des Reaktors abrät, wird als „ein gefühlsmäßiges Urteil von Experten“ abgetan. Regierungsdirektor Bähr vom Berliner Senat geht mit der Lüge, der Reaktor werde aus Sicherheitsgründen „in die Erde gelegt“ noch einen Schritt weiter. Planungsunterlagen und Protestschreiben der Bevölkerung erhalten die meisten Bezirksverordneten erst einen Tag vor der entscheidenden Sitzung. Nach Einschätzung des Historikers Burghard Weiss zeigt das in der Bezirksverordnetenversammlung am 10.4.1957 letztendlich erzielte positive Ergebnis, „dass man sich der Grenze des politisch Machbaren näherte“. Für den Reaktorbau gibt es keine Rechtsgrundlage, kein Gutachten des Gesundheitsamtes, keinen Sicherheitsbericht und keine Überlegungen zu Sabotageakten.

Erst nach der Inbetriebnahme des Reaktors erfährt die Öffentlichkeit vom damaligen Direktor Karl-Erik Zimen, dass ein plötzliches Freiwerden von Radioaktivität einer Naturkatastrophe gleichkäme. Im Umkreis von 10 km wäre eine unmittelbare Evakuierung erforderlich. Die Dekontaminierung des Gebietes würde Jahre beanspruchen.

2. Juli 1957: Ein bundesdeutsches Gesetz für die Nutzung der Kernenergie soll verabschiedet werden. Vor allem wegen des Zusatzes, dass sie nur „für friedliche Zwecke“ eingesetzt werden dürfe, blockieren es das Adenauer-Kabinett und weitere 44 Parlamentsabgeordnete durch Stimmenthaltung.

29. Juli 1957: Auf Eisenhowers Anregung entsteht unter dem Dach der Vereinten Nationen in New York die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO). Um die so genannte friedliche Nutzung der Kernenergie nicht zu gefährden, verhindert ein mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) abgeschlossener Knebelvertrag, dass das Ausmaß gesundheitsschädigender Strahlung an die Öffentlichkeit dringt. Lt. IPPNW bleiben von der WHO initiierte Forschungsprojekte über Gesundheitsrisiken unter Verschluss oder werden von der IAEO falsch interpretiert.

Damit die praktisch unerschöpfliche Primärenergiequelle Sonne, die jährlich das 10 000-fache des Weltprimärenergieverbrauchs auf die Erdoberfläche einstrahlt, der Atomenergie nicht den Rang ablaufen kann, wird weltweit von den Atomwaffenstaaten und denen, die es werden wollen, die Solarenergieforschung in nukleare Forschungsstätten verbannt.

Als eine Folge dieser verheerenden Politik basiert lt.

http://www.atommuellkonferenz.de/wp-content/uploads/Schmitz-F_Ueberholte-Konzepte_2019.pdf

auch das neueste Strahlenschutzgesetz der BRD auf veraltetem, längst überholtem und unhaltbarem Konzepten, die nicht dem Schutz der Bevölkerung dienen, sondern dem

Schutz einer Strahlung verursachenden Großtechnik. Bis heute wird z. B. geleugnet oder der Öffentlichkeit verschwiegen, dass bei Kindern als Folge von strahlenbedingten Mutationen in den Keimzellen eines Elternteils oder durch vorgeburtliche Bestrahlung im Mutterleib bei für als ungefährlich eingestuften niedrigen Strahlendosen Fehlbildungen hervorgerufen werden.

Vom Mainzer Krebsregister wird angegeben, dass zum Beispiel in Rheinhessen etwa jedes 15. Kind mit einer schweren Missbildung geboren wird, wie Offener Rücken, Darmverschluss, Herzfehler, Gehirnverformung, Gesichtsspalten und fehlende Gliedmaßen. Von der Gesundheitspolitik ignoriert soll das Mainzer Register in diesem Jahr, also 2020, auslaufen. Die Öffentlichkeit darf nicht erfahren, dass die Nutzung der Nuklearenergie wesentlich dazu beiträgt, dass mit steigender Tendenz Krebs die zweithäufigste Todesursache in Deutschland ist und dass jährlich 1.800 Kinder bis zum 15. Lebensjahr an Krebs erkranken.

Nach der Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Philippsburg 2 am 31. Dezember 2019 sind in Deutschland aktuell noch sechs AKW im Betrieb. 14 der 28 EU-Staaten betreiben mit 124 Atomkraftwerken in Europa ungefähr ein Viertel der weltweiten Reaktoren. Im Mai 2020 wurde bekannt, dass radioaktives C14 aus dem Forschungsreaktor FRM-II in Garching entwichen ist. Lt. FRM-II-Pressesprecherin Anke Görg sei der Jahresgrenzwert um rund 15 Prozent überschritten worden. Da die Menge aber offenbar nicht während eines Jahres ausgetreten ist, sondern innerhalb von 10 Tagen, bedeutet das, dass der aktuelle Wert um ca. 4000% überschritten worden ist ($115\% * 365 / 10 = 4197,5\%$). Die Hinterlassenschaften von Fukushima emittieren immer noch große Mengen radioaktiver Stoffe. Lt. Link

<https://www.nzz.ch/wissenschaft/atomunfall-in-majak-ruthenium-isotope-haben-zivilen-ursprung-ld.1560345>

über eine radioaktive Wolke, die 2017 über Europa zog und lt. Link

<https://www.fr.de/panorama/erhoehte-radioaktivitaet-nordeuropa-gemessen-quelle-unklar-russland-zr-13813909.html>

über im Juni 2020 gemessene leicht erhöhte Radioaktivität in Nordeuropa wird es immer wieder neben dem betriebsbedingten offiziellen radioaktiven Ausstoß von Atomanlagen radioaktive Emissionen aus nicht deklarierten nuklearen Unfällen geben. Anhand statistischer Daten lässt sich hochrechnen, wann Krebs die Todesursache Nr.1 sein wird. Wie jüngst berichtet, stellt US-Präsident Trump nach der Kündigung wichtiger friedenssichernder Abkommen Überlegungen an, reale Atombombentests wieder aufzunehmen.

31. Oktober 1957: Als erste kerntechnische Anlage in der BRD geht der wegen seiner eiförmigen Kuppel „Atomei“ genannte Reaktor im Atomforschungszentrum Garching bei München in Betrieb. Um den bei der Genfer Atomkonferenz bemerkten Forschungsrückstand aufzuholen und sich schnellstmögliches Waffen know how anzueignen, wurde der Reaktor in Betrieb genommen noch bevor das Genehmigungsverfahren zum Abschluss gebracht worden war.

1958: Gründung des „Arbeitsausschusses für Verwaltungs- und Betriebsfragen der deutschen Reaktorstationen“. In ihm treffen sich Vertreter der noch im Aufbau befindlichen Forschungszentren Karlsruhe und Jülich und von Kernforschungsinstituten einiger Universitäten, um die erste große Aufgabe der Entwicklung von Atomreaktoren

voranzutreiben. Nach seiner Gründung tritt 1959 das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung dem Arbeitsausschuss bei. Ab den 1960er Jahren stießen weitere Zentren mit ähnlichen Wissenschaftsfeldern dazu: Das Deutsche Elektronen-Synchrotron, Gesellschaft für Strahlenforschung (heute: Helmholtz-Zentrum München, Deutsches Zentrum für Gesundheit und Umwelt), das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (heute Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt), die damalige Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (heute ein Fraunhofer-Institut) und die Gesellschaft für Schwerionenforschung.

25. März 1958: Mit der Stimmenmehrheit der CDU-CSU-Fraktion billigt der Deutsche Bundestag die Ausrüstung der Bundeswehr „mit modernsten Waffen“ (Atomwaffen).

Ende März 1958: Die Bundesregierung billigt das NATO-Dokument MC 70, wonach die Aufnahme von „Träger- bzw. Abschussmittel für Atomsprengköpfe“ in der BRD geplant ist. 1960 lagerten bereits 1.500 amerikanische Atomsprengköpfe in der Bundesrepublik.

24. Juli 1958: Als zweite kerntechnische Großforschungsanlage wird am HMI bei laufenden Bauarbeiten der neue Atomreaktor „Berliner Experimentierreaktor“ (BER, später BER I genannt) getauft und in Betrieb genommen. Organisatorisch ist das HMI ein Zentralinstitut der West-Berliner universitären Kernforschung.

14. März 1959: Nach Abschluss der Bauarbeiten findet im Beisein von Lise Meitner und Otto Hahn die offizielle Einweihung des HMI statt. Ein besonderer Forschungsschwerpunkt des aus den Zeiten von Los Alamos stammenden homogenen Reaktors ist die anwendungsorientierte Untersuchung der Wirkung energiereicher ionisierender Strahlen. Die Entwicklung strahlenresistenter Halbleiter-Bauelemente ist Voraussetzung für den Betrieb „ziviler“ Atomreaktoren und für die „friedliche“ Nutzung des Weltraums. Ein anderer Schwerpunkt liegt in der Entwicklung von Großrechnern. Ohne sie lassen sich keine modernen Nuklearwaffen konstruieren und zielgenau programmieren.

Noch im gleichen Jahr tritt das HMI zur Steigerung der Leistungsfähigkeit dem 1958 gegründeten „Arbeitsausschuss für Verwaltungs- und Betriebsfragen der deutschen Reaktorstationen“ bei.

Die ganze Bandbreite der Forschung, sowie die Verflechtung mit der Rüstungsindustrie, ergibt sich aus der von der Bürgerinitiative Wannsee – damals „HMI-Gruppe“, heute „Atomreaktor-Wannsee-dichtmachen“ - in Zusammenarbeit mit einem Wistleblower abgefassten HMI-Broschüre. Diese Broschüre ist unter dem Link <https://www.chemie.de/lexikon/Kernwaffentechnik.html> abrufbar.

3. Dezember 1959: Nach Ankündigung der USA, weitere Brennstoffelemente erst zu liefern, wenn das Atomgesetz verabschiedet ist, kommt es zur Beschlussfassung im Bundestag – einschließlich der auf Druck der USA eingefügten Einschränkung „für friedliche Zwecke“.

1960: Unter der Leitung Heisenbergs, der 1958 mit seinem Max-Planck-Institut für

Physik und Astrophysik nach München zog, etabliert sich 1960 das Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching; zunächst in der Rechtsform einer GmbH. Als Gesellschafter fungierten die Max-Planck-Gesellschaft und der Physiker Werner Karl Heisenberg. Letzterer war führend an dem Uranprojekt beteiligt, das während des Zweiten Weltkrieges dem Bau einer deutschen Atombombe dienen sollte. Nach dem Krieg führt Heisenberg u. a. Post-Doktoranden wie den „Vater der Wasserstoffbombe“ Edward Teller. Als Begründer der Quantenphysik erhielt Heisenberg bereits 1932 den Nobelpreis für Physik. Neben zahlreichen nationalen und internationalen Auszeichnungen verleiht ihm die BRD 1964 das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Am 23. Mai 2000 erhält ein Asteroid seinen Namen. Weil Heisenberg und Hahn 1957 zusammen mit anderen Physikern das Göttinger Manifest gegen Atomwaffen unterschrieben haben, werden sie unter dem Link https://www.mpg.de/953746/13_event8-1957

von der Max-Planck-Gesellschaft als „Forscher für den Frieden“ gewürdigt. Der Konrad Adenauer nahestehende Heisenberg sieht in dem sich einen zivilen Anstrich gebenden Nuklearprogramm der BRD eine gute Gelegenheit, seinen durch Zuarbeit für Hitlers Atombombenprojekt gelittenen Ruf wieder aufzubessern. Dafür macht er sich in der Nachkriegszeit für eine forcierte Kernforschung und den Bau von Atomreaktoren stark. Vom IPP wird behauptet, dass es dem steigenden Bedarf nach neuen Energiequellen Rechnung tragen würde. Seit 1961 ist das IPP dem durch EURATOM koordinierten „Europäischen Fusionsprogramm“ assoziiert. 1971 wird das Institut dann in die Max-Planck-Gesellschaft eingegliedert. 1994 eröffnet es das IPP-Teilinstitut Greifswald. Von 1988 bis Ende 2006 beherbergt das IPP in Garching die internationale Planungsgruppe für den Experimentalreaktor ITER.

2015 geht nach einigen Vorläufern wie die Stellarator-Anlagen Wendelstein 2-ASa, Wendelstein 7-A, Wendelstein 7 sowie die Tokamak-Anlagen Pulsator und ASDEX mit Wendelstein 7-X die weltweit größte Fusionsanlage vom Typ Stellarator im Teilinstitut Greifswald des IPP in Betrieb.

Finanziert wird das IPP vom Bund, der Europäischen Union sowie den Bundesländern Bayern und Mecklenburg-Vorpommern.

Mit ca. 1.100 Mitarbeitern ist das jetzt privatrechtlich als eingetragener Verein organisierte IPP eines der größten Zentren für Fusionsforschung in Europa. Lt. Wikipedia untersuchen neun wissenschaftliche Bereiche des Instituts den Einschluss von Wasserstoff-Plasmen hoher Temperatur in Magnetfeldern, entwickeln Anlagen zur Plasmaheizung sowie Messverfahren zur Analyse der Plasmaeigenschaften, beschäftigen sich mit der Plasmatheorie, Magnetfeldtechnik, Materialforschung, Plasma-Wand-Wechselwirkung und Datenerfassung und -verarbeitung sowie mit Systemstudien zur Fusion. Um Personalengpässen vorzubeugen, gehören zum Institut zwei Nachwuchsgruppen. Zusammen mit der TU München und der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ist das Institut Träger der „International Helmholtz Graduate School for Plasma Physics“, einem Ausbildungsprogramm für Doktoranden.

7. März 1961: Der erste in Eigenproduktion im Kernforschungszentrum Karlsruhe gebaute „Forschungsreaktor 2“ geht mit einer Leistung von 12 MWth in Betrieb. Der Entwurf stammt von der schon im II. Weltkrieg tätigen Reaktorentwicklungsmannschaft, Heisenberg, Wirtz und Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts. Inoffizieller Zweck: Herstellung künstlicher Bombenstoffe Plutonium 239 und Uran 233.

Nach den bis Kriegsende gesammelten Erkenntnissen eignet sich ein mit Natururan betriebener Schwerwasserreaktor, moderiert und gekühlt mit schwerem Wasser, gut für die Produktion von waffenfähigem Plutonium. Ob sich Plutonium auch zivil als Brennstoff zur Stromgewinnung nutzen ließe, war bis 1960 unbekannt. Auch die heutigen Atommächte begannen ihren Einstieg mit solchen Reaktoren. Das von Strauß dazu benötigte Uran kommt aus Flicks Gruben in Weißenstadt. Für die Verwendung im Reaktor wird es von der Degussa aufbereitet. Bereits Anfang 1944 produzierte Degussa für das Heereswaffenamt Uran in Form von Würfeln und Metallblöcken.

In Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit (BMA) steigt Degussa außerdem im Herbst 1957 in die Zentrifugentechnik ein. Mit dieser Technik lässt sich waffenfähiges Uran in großen Mengen herstellen. Nach dem Forschungsreaktor 2 folgt auf dem Gelände des Forschungszentrums Karlsruhe (heute Karlsruher Institut für Technologie) der nach dem gleichen Prinzip arbeitende größere Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR), der ab 1965 betrieben wird, sowie nach langer Bauzeit ein vom 9.4.1978 bis 23.8.1991 betriebener Schneller Brüter. Beim Schnellen Brüter wird aus dem als Kernbrennstoff ungeeigneten Isotop Uran-238 mittels schneller Neutronen ein Überschuss von hochwertigem Waffenplutonium Pu 239 erzielt, was die Wiederaufarbeitung und Plutoniumtechnik erzwingt. Nach diesem Vorbild sollen in Kalkar ein Kernkraftwerk und in Wackersdorf eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) entstehen. Heftige Bürgerproteste verhindern dies. Das zwischen 1973 und 1985 für 3,6 Milliarden Mark errichtete AKW Kalkar wird heute als Freizeit- und Vergnügungspark „Wunderland Kalkar“ betrieben. Die im Dezember 1985 begonnenen Bauarbeiten für die WAA werden wegen des nicht mehr aufzuhaltenden Widerstandes der Bevölkerung am 31.5.1989 eingestellt. Bis dahin sind 2,5 Milliarden Mark in den Sand gesetzt worden. Heute befindet sich auf dem ehemaligen WAA-Gelände ein Industriepark internationaler Firmen.

1962: Das Bundesministerium für Atomfragen erhält den unverfänglicheren Namen Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. Bis heute hält diese Behörde an der atomaren Großforschung fest. Um im Rüstungsbereich international die Nase vorn zu haben, werden nahezu alle zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Forschungszwecke verwandt, die sich militärisch nutzen lassen.

1964: Auf dem Gelände des HMI wird die Zentrale Sammelstelle des Landes Berlin für schwach- und mittelradioaktive Abfälle (ZRA) aus Lehre, Medizin und Industrie errichtet. Der bis dahin angefallene Atom Müll wurde in einem Kellerraum des HMI gelagert. Heute werden die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle endlagergerecht konditioniert und bis zur möglichen Abgabe an ein noch zu findendes Endlager in und vor einer einfachen Lagerhalle zwischengelagert.

19. November 1965: Die Frankfurter Rundschau klärt auf: „Die Bundesrepublik könnte nach Mitteilung des Instituts für strategische Studien in London pro Jahr 186 kleine Atombomben des Nagasaki-Typs herstellen, wenn sie alle Leistungs- und Forschungsreaktoren, die gegenwärtig für friedliche Zwecke arbeiten, auf die Produktion von Plutonium umstellen würde.“ Spätestens seit diesem Zeitpunkt kann von der BRD als eine atomare „Schwellenmacht“ gesprochen werden.

1965–1969 Die BRD übt den Atomkrieg und hilft anderen Staaten beim Aufstieg zur Atommacht

Dezember 1965: Nach einem „Spiegel“ Bericht über deutsche Piloten auf dem sardinischen Flugplatz Decimomannu simulierte Atombombenabwürfe. Dazu dreht der Bomber einen „Immelmann-Turn“ und wirft die Bombe seitlich ins Ziel. Ein deutscher Bombenpilot zum „Spiegel“: „Wenn wir im Kriege diese Figur fliegen, weiß der Russe unten am Flak-Geschütz, dass in 30 Sekunden der große Blitz niedersaust – selbst, wenn es ihm gelingen sollte, uns abzuschießen.“

Mai 1966: Für Übungszwecke innerhalb der Bundeswehr kauft die BRD 6 000 Atombomben-Attrappen aus Norwegen.

1. April 1969: Die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) mit der Zentrale in Köln wird als Zusammenschluss der Aerodynamischen Versuchsanstalt (AVA), der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) und der Forschungsanstalt für Luftfahrt (DFL) gegründet. 1972 kommt noch die Gesellschaft für Weltraumforschung (GfW) dazu. In den 1970er Jahren beschäftigte diese außeruniversitäre Forschungseinrichtung rund 3.500 Wissenschaftler und Techniker. Die ersten aerodynamischen Versuche wurden bereits im Kaiserreich 1907 in Göttingen in der von Ludwig Prandtl gegründeten Modellversuchsanstalt für Aerodynamik der Motorluftschiff-Studiengesellschaft durchgeführt.

Die Fähigkeit, modernste Waffen für entfernteste Ziele einzusetzen, erfordert Raketen als Trägersysteme. Um wegen des hohen Finanzbedarfs nicht die Akzeptanz der Bevölkerung zu verlieren, ist es nötig, der Forschung einen zivilen Mantel umzuhängen. Offizieller Zweck der Raketenforschung sind demnach Satellitenmissionen zur Sonnenerforschung und Erdbeobachtung sowie die Entwicklung von Sensoren, Kameras, robotischer Systeme etc.

28. November 1969: Unter dem Kabinett Brandt (SPD), welches das Kabinett Kiesinger (CDU) ablöst, unterzeichnet die BRD den „Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen“ (NPT) auch Atomwaffensperrvertrag genannt. Um den bekannt gewordenen Atomwaffenplänen der BRD eine Absage zu erteilen und aus der Furcht, dass nach zwei Weltkriegen ein Dritter Weltkrieg von Deutschland ausgehen könnte, nähern sich die USA und die Sowjetunion hinsichtlich der Nichtverbreitungspolitik von Atomwaffen an. Als nach Abschluss der Geheimverhandlungen im August 1965 der erste Entwurf des Sperrvertrages mit dem Verbot atomarer Waffen für die Bundesrepublik an die Öffentlichkeit gelangt, nennt Strauß den Vertrag ein „zweites Versailles und zwar eines von kosmischen Ausmaßen“. Der bereits zu diesem Zeitpunkt mit zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen, nationalen und internationalen Auszeichnungen und Orden – darunter 23 Ehrendokortitel – geehrte erste Träger des Großkreuzes in besonderer Ausföhrung des Verdienstordens der BRD, Altbundeskanzler Adenauer, beschimpft den NPT als „Morgenthau-Plan im Quadrat“ und spricht von einem „Todesurteil“, falls die BRD unterschreibt.

Weil vor allem die BRD auf vielen Sonderregelungen und Einschränkungen besteht, kann der nunmehr zahllos gewordene NPT erst 1974 vom Bundestag ratifiziert werden.

Auch dann noch stimmten 90 Abgeordnete der CDU/CSU dagegen. Israel, Indien, Pakistan, das Apartheidregime Südafrika und Nordkorea nutzen die Schlupflöcher des NPT und steigen zu Atommächten auf. Einzig Südafrika rüstet sein Atomwaffenarsenal wieder ab. Die nukleare Infrastruktur Südafrikas bleibt jedoch erhalten. Sie war als Waffenprogramm in Kooperation mit den Atomforschungszentren Karlsruhe (KIT), Berlin (HMI) und westdeutschen Maschinenbauern wie STEAG, Degussa, NUKEM und MAN zustande gekommen (<https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/einzig-suedafrika-hat-bisher-nuklear-abgeruestet>).

1970–1978 Großforschungseinrichtungen werden nach militärischen Erfordernissen strukturiert

Anfang 1970: Zur besseren Umsetzung der verteidigungspolitischen Vorhaben der Bundesregierung, zur Klärung der Fragen der Patentbehandlung sowie zur wissenschaftlicher Exzellenz und wirtschaftlichen Verwertung ist der 1958 gegründete Arbeitsausschuss für Verwaltungs- und Betriebsfragen der deutschen Reaktorstationen in die „Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen“ (AGF) umgewandelt worden.

1. Januar 1971: Das HMI wird aus den landeseigenen Strukturen entlassen und in eine privatrechtliche GmbH umgewandelt. Fortan trägt der Bund 90 % und das Land Berlin 10 % der Kosten. Universitätswissenschaftler, die an die nach dem Grundgesetz verbürgte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre glauben, haben das Nachsehen. Die offiziell als „Wildwuchs“ bezeichnete Forschung der Universitätswissenschaftler wird zu Gunsten einer staatlichen, vom Bund gelenkten Forschung zurückgedrängt.

Eine GmbH ist besser geeignet, die mit Großforschungsprojekten verbundenen politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Außerdem ermöglicht sie Geheimhaltung und kann sich demokratischer Kontrolle entziehen. Über interne Hausmitteilungen werden die Mitarbeiter an die Pflicht zur Verschwiegenheit erinnert.

Das Modell öffentlich finanzierter, aber privat organisierter Institutionen hat sich so gut bewährt, dass es in der BRD auf alle Großforschungseinrichtungen angewandt und auf immer mehr Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge ausgeweitet wird.

Die nach Artikel 5 (3) GG garantierte Freiheit von Wissenschaft und Lehre ist damit obsolet.

Artikel 5 (3) GG wird nur noch als Instrument zur Durchsetzung der Militärforschung benutzt, um die von Studenten verabschiedeten Zivilklauseln zu umgehen. Argumentiert wird, dass die Freiheit von Wissenschaft und Lehre gefährdet ist, wenn aufgrund von Zivilklauseln keine Militärforschung mehr betrieben werden darf.

Mit dem später in Kraft getretenen übergeordneten Recht des Lissabonner Vertrages bedarf es solcher juristischen Winkelzüge nicht mehr. Danach wird die Wissenschaftsfreiheit nur noch vage geschützt: „Die akademische Freiheit wird geachtet.“

Im neuen Aufsichtsrat des HMI wird mit einem Mitarbeiter der Hanauer Brennelementefabrik Nukem ein Vertreter der Atomindustrie organisatorisch in die Führung integriert. Die später durch Skandale bekannt gewordene Firma Nukem

(<https://www.zeit.de/1987/53/die-dunklen-geschaefte-der-transnuklear>) stellt zu dieser Zeit Brennelemente für Forschungsreaktoren her.

In den Leitlinien der AGF ist festgelegt, dass der Staat die grundlegende Aufgabenstellung bestimmt. Ihre Durchführung obliegt der Eigenverantwortung der Forschungszentren.

1972: Der BER I wird aus Sicherheitsgründen endgültig stillgelegt. Zuvor war 1971 das Kühlsystem ausgefallen. Der Reaktor musste auf 50 Watt gedrosselt werden.

Dass es nicht zu einem Gau gekommen ist, dürfte dem kleinen Kern zu verdanken sein. Nachdem die hochradioaktive Lösung des verunglückten Reaktors per Flugzeug nach Mol in Belgien zu Eurochemie verbracht worden war, hat man kurzerhand seine mechanischen Teile demontiert und zusammen mit dem Reaktorblock mit Beton vergossen, wo er heute noch - aus der Atomaufsicht entlassen – ruht.

9. Dezember 1973: Der neue Reaktor BER II mit 5 Megawatt Leistung geht in Betrieb. (<https://www.jungewelt.de/artikel/195256.der-reaktor-ist-auf-dem-sicherheitsstand-von-1973.html>).

Es ist ein von der Siemens-Tochter Interatom hergestellter Schwimmbadreaktor. Betrieben wird er mit Brennelementen aus hoch angereichertem, also waffenfähigem Uran. Bei seiner Bestellung stand schon fest, dass für die Aufgaben der Zukunft 5 MW nicht ausreichen werden. Vermutlich in Erinnerung an die Querelen der Anrainer und Zehlendorfer Bezirksverordneten will man keine erneute Kraftprobe mit Debatten über den Standort und die Sicherheit riskieren und begnügt sich mit einem zwar immer noch zu kleinen aber dennoch mehr Forschungsmöglichkeiten bietenden Reaktor. Die Rechnung geht auf. Geräuschlos geht der BER II über die Bühne. Als Aufgabenschwerpunkt werden vom HMI Materialprobleme der Fusionsreaktoren angegeben.

September 1978: Als ruchbar wurde, dass ein neuer Reaktor mit einer auf 10 MW verdoppelten Leistung realisiert werden soll, beeilte sich der damalige CDU-Stadtrat und spätere Bürgermeister von Zehlendorf, Jürgen Kleemann, die Öffentlichkeit damit zu beruhigen, dass nur Nebenanlagen wie die Kantine erweitert werden sollen. Doch die Anwohner ließen sich nicht hinters Licht führen und begannen, zusammen mit der „Bürgerinitiative Wannsee zur Erhaltung des Ortskerns“ Widerstand zu organisieren. So kamen während der unvermeidlichen öffentlichen Auslegung des Sicherheitsberichts vom 11. Oktober bis 10. Dezember 1982 über 200 Einwendungen zustande.

1979–1985 Stationierung neuer Atomraketen in der BRD – Exzellente Abrüstungspolitiker/in und ein Ministerpräsident mit geheimem militärischen Wissen sterben eines gewaltsamen Todes

12. Dezember 1979: Die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten fassen bei einer Konferenz in Brüssel den Nato-Doppelbeschluss über die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern bei

parallel zu vollziehenden Rüstungskontrollverhandlungen. Alle bisher von den am stärksten von Hitlers Vernichtungskrieg betroffenen Ländern des Ostblocks eingebrachten Abrüstungsvorschläge zur Ächtung der Atomwaffen, für eine neutrales Deutschland bis hin zu einer begrenzten Demilitarisierung in Mitteleuropa werden von den Westmächten und der BRD missachtet oder mit der fadenscheinigen Begründung einer militärischen Überlegenheit des Ostblocks abgelehnt.

Noch am 6. Mai 1978 bekräftigte der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew das von der UNO seit 1959 oft proklamierte „Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer Kontrolle“, dass keine Seite militärische Überlegenheit anstrebe und ein Gleichgewicht zur Verteidigung ausreiche. Im Oktober 1979 appellierte der sowjetische Außenminister Andrei Andrejewitsch Gromyko an die Bundesregierung, den bevorstehenden NATO-Doppelbeschluss abzulehnen, weil damit die Basis für Abrüstungsverhandlungen zerstört werden würde.

Doch auch Gromykos Appell bleibt ergebnislos. Schließlich bietet Juri Wladimirowitsch Andropow, der neue Generalsekretär der KPdSU, am 21. Dezember 1982 an, die damals 250 SS-20-Raketen einseitig auf die Summe der britischen und französischen Atomwaffen von insgesamt 162 Stück zu reduzieren. Von der „christlichen“ Regierung unter Helmut Kohl wird auch dieser Vorschlag zurückgewiesen. Die USA steigern währenddessen unter dem im November 1980 gewählten neuen US-Präsidenten Ronald Reagan die Rüstungsausgaben enorm, verdreifachten die Produktion atomarer Mittelstreckenraketen, bauen die Neutronenbombe weiter, sprechen vom Totrücken des Ostens und nennen die Sowjetunion ein Reich des Bösen. Wie das Reich des Bösen auszuschalten ist, beschreiben die Pentagon-Berater Colin S. Gray und Keith Payne im Dezember 1980 in einem Papier mit dem Titel „Sieg ist möglich“.

Mit einem atomaren Überraschungsangriff sei die politisch-militärische Führung der Sowjetunion auszuschalten. Notwendige und als zu akzeptierende Opfer wären Millionen Tote in Europa und USA einzukalkulieren. In diesem Zusammenhang bemerkt die Britin Thatcher, dass die Deutschen den letzten Krieg verloren hätten und sich daher an den Gedanken gewöhnen müssten, dass ihr Land im Ernstfall das Schlachtfeld sein werde. Doch an derartige Gedanken möchten sich weder Deutschlands Bürger noch die Bürger anderer Länder in Westeuropa und den USA gewöhnen. Massenhafte Friedensdemonstrationen gegen den Doppelbeschluss und die atomare Aufrüstung in den Hauptstädten der NATO-Länder und Sitzblockaden an Raketenstandorten sind die Antwort.

Höhepunkt der Demonstrationen in den USA ist am 12. Juni 1982 die „No Nukes Rally“ in New York City mit einer Million Menschen. Ein Jahr später erreicht die Protestwelle mit den Aktionstagen im „Heißen Herbst“ in Deutschland mit bundesweit 1,3 Millionen, Den Haag mit 550.000, Lissabon mit 200.000, Kopenhagen mit 100.000, Wien mit 70.000 und weiteren Städten mit 100.000 Demonstranten ihren Gipfel.

Den Regierenden der NATO-Länder fährt der Schreck über das unbotmäßige Verhalten der Bevölkerung in die Knochen. Man ist sich einig, dass sich so etwas nie wiederholen darf. Es gilt, das Meinungsmanagement weiter zu professionalisieren und der Weltmachtpolitik entgegengesetzte Bestrebungen zu eliminieren. Weil der Druck der Friedensbewegung nicht nachlässt, sieht man sich gezwungen, etwas ernsthafter mit der Sowjetunion zu verhandeln.

Am 11. August 1984 frohlockt noch US-Präsident Ronald Reagan beim Radiotest seiner wöchentlichen Samstagsansprache. „Meine amerikanischen Mitbürger, ich bin erfreut,

Ihnen heute mitteilen zu können, dass ich ein Gesetz unterzeichnet habe, welches Russland für immer vogelfrei erklärt. Wir beginnen mit der Bombardierung in fünf Minuten“ (https://www.focus.de/politik/ausland/tid-25376/mikrofon-pannen-von-politikern-da-ist-das-riesenarschloch-furchtbar-der-typ_aid_729002.html).

Wie ernst die Situation ist, belegen die zu dieser Zeit durchgeführten NATO-Manöver „WINTEX“ (WINTEr EXercise Winterübung). Mit WINTEX wird der Atomkrieg realitätsnah geübt. Der Spiegel berichtet in der Ausgabe 11/1989 vom 13. März 1989 wie die Bundesregierung erstmals bei einer WINTEX-Übung den Gehorsam verweigert. Der totale Krieg wird in unterirdischen Bunkern geprobt. Das „Notparlament“ befindet sich wie geplant im Atombunker im Ahrtal und der als Übungskanzler eingesetzte Rechtswissenschaftler Waldemar Schreckenberger soll nach einer „Eskalation zur Wiederherstellung der Abschreckung“ mit 25 in Polen und der Sowjetunion zur Explosion gebrachten Atombomben die Zustimmung zu einem atomaren Zweitschlag geben, weil der Gegner nicht kapitulieren will. Das kann Schreckenberger nicht allein verantworten und wendet sich an den echten Kanzler. Helmut Kohls knappe Order an den Übungskanzler: „Wir steigen aus!“

Erst als es unter Gorbatschow zu weitergehenden Vorleistungen und Zugeständnissen seitens der Sowjetunion kommt, unterzeichnet am 8. Dezember 1987 Reagan zusammen mit Gorbatschow den INF-Vertrag zum weltweiten Abbau all ihrer atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen und der zugehörigen Trägersysteme. Am 1. Juni 1988 tritt der INF-Vertrag in Kraft. Bis Mai 1991 werden 2.692 Mittelstreckenraketen verschrottet. Der NATO-Doppelbeschluss wurde damit revidiert. Vom jetzigen US-Präsidenten und Entertainer Donald John Trump wird der auf unbeschränkte Dauer abgeschlossene INF-Vertrag am 2. August 2019 wieder außer Kraft gesetzt.

In der Zwischenzeit kommen berühmte Persönlichkeiten, die sich dem atomaren Kurs der NATO-Mächte inklusive der BRD widersetzen oder infolge ihrer Kenntnisse über illegale Waffengeschäfte ein Sicherheitsrisiko darstellten, unter dubiosen Umständen ums Leben.

Am Abend des 26. Februar 1986 wird der damals 59-jährige Ministerpräsident Schwedens, Sven Olof Joachim Palme, in der Innenstadt von Stockholm auf offener Straße erschossen. Er ist zusammen mit seiner Frau ohne Polizeischutz unterwegs gewesen. Der Schuss ist so platziert, dass er in wenigen Sekunden zum Tod geführt hat. Die leichten Verletzungen seiner Frau werden nicht untersucht worden, sodass wichtige Anhaltspunkte für den Tathergang in seiner Gesamtheit fehlen. Die beiden Projektilen werden nicht von der Polizei, sondern von Passanten gefunden.

Eine gewichtige internationale Stimme für Abrüstung, Verständigung und Frieden ist zum Verstummen gebracht worden. Ein Jahr vor seinem gewaltsamen Tod erklärte Olof Palme vor der UNO-Vollversammlung: „Wir sollten die Möglichkeit überlegen, im internationalen Recht den Gebrauch von nuklearen Waffen verbieten zu lassen als Teil eines Prozesses, der zur generellen und vollständigen Abrüstung führt.“

Selbst am Tag, an dem er stirbt, unterschreibt Olof Palme noch einen Appell der „Fünf-Kontinenten-Initiative“ an die beiden Supermächte, zumindest bis zum nächsten Gipfeltreffen auf Atomtests zu verzichten.

Zum bevorstehenden Besuch bei Michael Gorbatschow in Moskau über ein neutrales Skandinavien und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa kommt es nicht mehr. Olof Palme ist auch als Gegner von Waffengeschäften in den Nahen Osten bekannt. Klar ist lt. Wikipedia auch, dass in einigen militärischen und polizeilichen Kreisen ein

regelrechter „palmehat“ (Hass auf Olof Palme) existiert. Zeugenaussagen, die auf verdeckte Operationen der NATO-Gruppe Stay-behind hinweisen können, werden nicht näher untersucht. Der Professor der Kriminologie Leif G. W. Persson weist darauf hin, dass sich in nächster Nähe zum Tatort das „Skandiahuset“ befindet, in dem Stay-behind seine Treffen abhält.

Um das die schwedische Gesellschaft traumatisierend düstere Kapitel des unaufgeklärten Palme-Mordes nach mehr als 34 Jahren endgültig abzuschließen, eröffnet im Februar 2020 Staatsanwalt Krister Petersson unter Verweis auf neue Spuren ein neues Verfahren. Als Täter käme ein in der Nähe wohnender Angestellter einer Versicherungsfirma in Frage. Der Mann habe Zugang zu Schusswaffen gehabt und soll Olof Palme gehasst haben. Weil der mutmaßliche Täter bereits im Jahr 2000 verstorben ist, kann er nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Das Verfahren wird noch im Juni 2020 eingestellt.

Der nächste unaufgeklärte Mord, bei dem Verbindungen zu einem verborgenen Kernwaffenstaat und brisante Waffengeschäfte eine Rolle spielen, betrifft den damaligen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Uwe Barschel (CDU). Nach einem ungeschickt geführten Wahlkampf wird er von der CDU fallen gelassen. Aufgrund zunehmenden Drucks seiner Partei muss Uwe Barschel am 2. Oktober 1987 als Ministerpräsident zurücktreten. Fortan gilt er als Sicherheitsrisiko. Laut seiner Witwe Freya Barschel muss er sterben, weil er zu viel weiß. „Wenn ich auspacke, wackelt Bonn“, soll er gesagt haben. Hauptsächlich geht es um illegale Waffengeschäfte, wie die Lieferung deutscher U-Boote an das damals über geheime Kernwaffen verfügende Apartheidregime in Südafrika. 25 Jahre später berichtete der Spiegel in der Ausgabe vom 4. Juni 2012 „Geheim-Operation Samson“, wie die BRD die Atommacht Israel mit U-Boten ausrüstet, die zum Atomwaffeneinsatz geeignet sind.

Am 11. Oktober 1987 wird Uwe Barschel tot und vollständig bekleidet in einer Badewanne des Genfer Hotels Beau-Rivage aufgefunden. Abweichend vom offiziellen Datum lässt seine Witwe den 10. Oktober als Todestag auf den Grabstein gravieren. Bevor das Obduktionsergebnis abgewartet wird, geht die Polizei von Selbstmord aus. Nach der 2010 veröffentlichten Analyse des Züricher Toxikologen Hans Brandenberger, Gerichtsmediziner, ehemaliger Leiter der chemischen Abteilung am Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Zürich und Professor für chemische Toxikologie, ergeben die chemischen Untersuchungen der in Barschels Leichnam gefundenen Pharmazeutika, dass die chemisch nachvollziehbare, zeitlich versetzte und im Hinblick auf eine Todeswirkung strategische Verabreichung von Pharmaka auf einen Mord schließen lassen. Zum Beispiel ist das starke Hypnotikum Noludar mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kurz vor Todeseintritt rektal verabreicht worden, was mit der Hypothese eines Selbstmordes mit fremder Hilfe („humanes Sterben“) unvereinbar ist. Die Komplexität des Mordgeschehens zeugt davon, dass ein Profiteam am Werk war, nicht eine Einzelperson.

In einem Entwurf einer eidesstattlichen Erklärung gibt der südafrikanische Waffenhändler Dirk Stoffberg 1994 an, dass zum Zeitpunkt als sich Uwe Barschel in Genf aufhielt, auch ein Treffen zweier Waffenhändler stattgefunden hat. Uwe Barschel soll mit Enthüllungen gedroht haben, die mehrere Regierungen und Waffenhändler in Verlegenheit gebracht hätten. Kurz bevor Dirk Stoffberg bereit ist, eine ordnungsgemäße eidesstattliche Erklärung abzugeben, stirbt er. Offizielle Todesursache: Er und seine Freundin begingen Doppelselbstmord.

Für den mit der Aufklärung der Todesursache von Uwe Barschel befassten Leitenden Oberstaatsanwalt Heinrich Wille steht fest, dass es Mord war. Im Juni 2011 wird lt. Wikipedia bekannt, dass sich in den noch vorhandenen Beweismitteln auch ein Haar befindet, das auf dem Bett des Hotelzimmers sichergestellt wurde und zweifelsfrei nicht von Barschel stammt. Am 27. September 2011 muss dieses Haar als unter ungeklärten Umständen verschwunden erklärt werden. Spezialisten des Kieler Landeskriminalamtes stellen DNS-Rückstände einer fremden Person an der damals sichergestellten und in der Todesnacht von Uwe Barschel getragenen Kleidung fest, sodass bewiesen ist, dass Uwe Barschel in der Todesnacht in physischem Kontakt mit einer weiteren Person gewesen sein musste. Ungewöhnlich war die Lage der Schuhe Barschels. Der rechte Schuh lag gebunden im Flur, der andere nass und geöffnet mit einem von Dimethylsulfoxid verursachten Fleck vor der Badewanne. Zum Zeitpunkt von Barschels Tod hielt sich der deutsche Top-Agent Werner Mauss ebenfalls in Genf auf. Die zur Zeit von Barschels Tod angemieteten Zimmer im Hotel Beau-Rivage habe er jedoch nicht genutzt, sondern im Nachbarhotel Richmond gewohnt. Der für Werner Mauss arbeitende Schweizer Privatdetektiv Jean-Jaques Griessen erinnert sich, dass Werner Mauss ihn am Vormittag nach Barschels Tod aufgefordert hatte, sich bereitzuhalten, da „etwas passiert sei“. Griessen will der Sache nachgehen und wissen, was genau passiert ist. Zunächst ermittelte er auf eigene Faust. Lt.

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9273133.html>

schließt er Anfang 1991 einen Vertrag mit Eike Barschel, dem in der Schweiz lebenden Bruder des Toten. Für Griessen ist klar, dass es Mord war. Anfang November 1992 schien der Fall gelöst. Es müssten nur noch die letzten Beweise zusammengesucht werden. Am 9. November 1992 telefonierte Griessen mit Eike Barschel und bittet ihn dringend, „ständig erreichbar“ zu sein, weil sich Wichtiges tue. Griessen ruft auch Journalisten an und spricht von einem bevorstehenden Treffen mit drei Herren aus dem Bundeskriminalamt oder dem BND und einem Mossad-Mann. Er fürchtet um sein Leben. Die Furcht ist begründet. Sein Ende noch am selben Tag liest sich wie ein Krimi. Eine „Schöne der Nacht“ sprach ihn auf der Straße an und lud ihn zu sich ein. Das verlockende Anerbieten überlebt er nicht. Diagnose des Schweizer Untersuchungsrichters: Tod durch Herzversagen.

Oberstaatsanwalt Heinrich Wille aus Lübeck muss trotz der erdrückenden Beweise das Gerichtsverfahren zur Aufklärung des Mordfalles Barschel einstellen, weil das Bundeskriminalamt die für eine Mordanklage benötigten Unterlagen nicht herausgibt. Gezielte Indiskretionen, Verfahrenstricks und Schikanen seitens der vorgesetzten Justizbehörden hätten es ihm unmöglich gemacht, in den denkbaren Täterkreis einzudringen. Um wenigstens die Öffentlichkeit über die wahre Todesursache nicht im Unklaren zu lassen, hat Heinrich Wille das Buch herausgebracht „Ein Mord, der keiner sein durfte: Der Fall Uwe Barschel und die Grenzen des Rechtsstaates“ Rotpunktverlag, Zürich 2011. Selbst der Veröffentlichung dieses Buches sind Steine in den Weg gelegt worden. Gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig, dass Willes Buch erscheinen dürfe, legte der weisungsberechtigte Generalstaatsanwalt Erhard Rex, Berufung mit der vorgeschobenen Begründung ein, dass die „private Vermarktung dienstlichen Wissens“ nicht zulässig sei. Erst nachdem Rex als auch Wille in den Ruhestand getreten waren, kann das Buch publiziert werden.

Bei der nächsten am 19. Oktober 1992 zusammen mit ihrem Lebensgefährten Gert Bastian tot aufgefundenen prominenten Persönlichkeit handelt es sich um Petra Kelly.

Die 44 Jahre alt gewordene Mitbegründerin der Partei Die Grünen und Ikone der deutschen Friedensbewegung zählt angesichts ihrer internationalen Kontakte lt. „Sunday Times Magazine“ zu den tausend überragenden Gestalten des Jahrhunderts. Sie setzte sich unerbittlich und mit ganzer Kraft der Lösung ökologischer Probleme und der Verhinderung eines möglichen Atomkrieges ein. 1982 ist sie wegen ihres Einsatzes für Abrüstung, Frieden und Ökologie sowie soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte mit dem „Right Livelihood Award“ - auch „Alternativer Nobelpreis“ genannt – ausgezeichnet worden.

Nach ihrem Ausscheiden als Abgeordnete im Bundestag am 20. Dezember 1990 lebt sie zurückgezogen mit Gert Bastian in ihrem Haus im Bonner Stadtteil Tannenbusch. Nach erhaltenen bedrohlichen Schreiben bis hin zu Morddrohungen leidet sie unter Bedrohungsängsten. Bei der Polizei steht sie auf der Liste gefährdeter Persönlichkeiten. Personenschutz lehnt sie ab. Dafür hat sie ihr Haus mit einer Alarmanlage gesichert. Selbst enge Vertraute bekommen nur Zutritt, wenn sie sich vorher durch ein besonderes Klingelzeichen zu erkennen gegeben haben. Die Drohungen halten sie jedoch nicht davon ab, sich weiterhin politisch zu betätigen. Für ihre Umtriebigkeit nutzt sie die Post. Bis zu 2.000 Mark Porto im Monat sind ihr das wert. Außerdem plant sie, 1994 für den Bundestag oder das Europaparlament zu kandidieren. Zwei amerikanische Universitäten haben ihr Professuren angeboten. Nach anfänglichem Zögern will sie die Professuren annehmen. Alles in allem eine faszinierende Persönlichkeit, die durchaus in der Lage wäre, einer auf Atomwaffenoptionen gestützten Hochrüstungspolitik und der sich abzeichnenden Umgestaltung der Bundeswehr zu einer Angriffsarmee in den Arm zu fallen. Infolge der raschen und reibungslosen Vereinnahmung der DDR durch die BRD beschleunigt sich die auf Machterweiterung setzende Politik. Die sich abzeichnende Zerschlagung des neutralen und in Europa einzig noch sozialistisch geführten Vielvölkerstaats Jugoslawien hätten Petra Kelly und Gert Bastian keinesfalls zugelassen. Nicht ohne Grund dürfte die Bonner Staatsanwaltschaft keinen Anlass für Ermittlungen gesehen haben. Einen Tag nach dem Fund der Leichen erklärt der Sprecher der weisungsgebundenen Bonner Staatsanwaltschaft, Peter Iwand: „Ich habe mich informieren lassen, dass mit Sicherheit eins ausgeschlossen werden kann, dass dritte Personen an dem Tod von Petra Kelly und von Gert Bastian verantwortlich sind. Sodass Strafverfolgungsmaßnahmen nicht in Betracht kommen.“

Alle Menschen aus dem engsten Umkreis von Petra Kelly bis auf die in den USA lebende Mutter und einem Ex-Geliebten bleiben ungefragt. Das anfängliche Interesse, die Familie Bastians genauer zu befragen, erlosch, als sich herausstellte, dass die angeblichen „Suizidgedanken beider“ auf vage Schutzbehauptungen der Familie Bastians beruhen. Sie wollte die Ehre Gert Bastians gegen die kursierende Behauptung schützen, dass Gert Bastian Petra Kelly gegen ihren Willen im Schlaf ermordet hätte.

Sieben Tage nach Kenntnis vom Tod Petra Kellys, berichtet der zu den deutschen Leitmedien gehörende und mit Geheimdiensten gut verbandelte Spiegel unter

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680052.html>

in einem neun Seiten langen, sich hauptsächlich mit psychologischen Deutungen beschäftigenden Artikel über den rätselhaften Tod der beiden. Um alle Zweifel an einem politischen Mord zu zerstreuen, antwortet der Spiegel direkt unter der Überschrift „Der alte Mann und das Mädchen“ auf die selbst gestellte Frage: „Was geschah am 1. Oktober im Bonner Reihenhaus der Grünen Petra Kelly und Gert Bastian? Die wenigen Indizien deuten auf eine Verzweiflungstat des Generals, rational nicht erklärbar.“

Eingestreut zwischen bestätigenden Mutmaßungen finden sich Texte über öffentliche Verlautbarungen, die das anders sehen, wie die des ukrainischen Kernphysikers Wladimir Tschernosenko, der gemeinsam mit Petra Kelly die Folgen von Tschernobyl recherchierte. Wladimir Tschernosenko ist der Auffassung, dass die Atommafia zum Mord bereit gewesen sei. Die Ost-Berliner Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley und viele Kelly-Freunde/innen glauben an einen perfekten Mord, denn ohne Abschiedsbrief an ihre MitstreiterInnen wären Petra Kelly und Gert Bastian nie aus dem Leben geschieden. Doch werden diese Aussagen mit dem Hinweis entwertet: „Dass Bastian selbst die tödlichen Schüsse abgab, steht für die Kripo außer Frage.“ Merkwürdig bleibt, dass Gert Bastian beim Abfassen eines Briefes an seinen Anwalt in München in einer zweitrangigen Rechtssache nicht nur mitten im Satz, sondern mitten in einem Wort aufgehört hat. Als die Polizei kam, war die elektrische Schreibmaschine noch angestellt. Der Spiegel berichtet: „Ein Mann, der fingerfertig Maschine schreibt, wird so jäh unterbrochen (oder er unterbricht sich so jäh), dass er „statt „müssen“ nur noch „müs“ zu Papier bringt, nimmt seine Pistole und erschießt erst die Geliebte. Dann geht er, obwohl er ein Jahrzehnt lang Petra Kellys Nähe suchte, in den Flur und tötet sich selbst.“ Mit weiteren nicht belegten Behauptungen und vielen intimen Schilderungen aus dem Privatleben wird der Eindruck eines zweifelsfreien Doppelselbstmordes erweckt. Die Wahrscheinlichkeit eines politischen Doppelmordes mutiert zur Wahrscheinlichkeit eines privaten Beziehungsdramas. An die Vorgaben des Spiegel halten sich gegenseitig verstärkend alle anderen Printmedien bis hin zur alternativen taz und dem Neuen Deutschland; ebenso die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Als weitere Einzelheiten ans Tageslicht kommen, verfährt der Spiegel lt. Link

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1993-26.html>

neun Monate später unter der Titelüberschrift „Tödliche Liebe“ nach derselben Masche; mit dem Unterschied von jetzt zehn Seiten und zusätzlicher Berufung auf die vom CIA kreierte Verschwörungstheorie, mit der alle unliebsamen Argumente abgewiegelt werden. Verstreut zwischen psychologischen Hypothesen erfährt der Leser, dass Petra Kellys Reihenhaus von außen einer Festung gleicht. An allen Fenstern und Türen hängen von innen Zettel mit der Aufschrift: „Bitte nicht öffnen. Warnanlage ist scharf.“ Zum Garten ist eine zusätzliche Lichtschranke installiert. Als die von Gert Bastian getrennt lebende aber immer noch mit ihm befreundete Ehefrau längere Zeit nichts von ihrem Mann hörte, alarmiert sie das mit Kelly/Bastian befreundete Ehepaar Lötters, deren Telefonnummer Gert Bastian, ganz gegen seine Gewohnheiten, kürzlich mit den Worten übermittelte: „Falls mal was passiert“. Als Rosemarie Lötters am Abend des 19. Oktobers 1992 gegen 22 Uhr zusammen mit ihren beiden Söhnen das Reihenhaus betritt, ist die Alarmanlage ausgeschaltet, das Hauptschloss nur einmal gedreht und die Tür zum Garten angelehnt. Ein penetranter Geruch schlägt ihnen entgegen. Auf den Stufen liegt ein Handschuh, Bücher liegen umher. Dann sehen sie den Körper Bastians im Flur neben dem umgekippten Bücherregal liegen und informieren die Polizei.

Als Todesursache werden zwei „fachmännisch“ aufgesetzte Kopfschüsse direkt ins Stammhirn festgestellt. Der Tod wird auf den 1. Oktober 1992 datiert. Die Obduktion der Leichen weist weder auf schwere Krankheiten hin noch auf Drogen oder Alkohol. Beide hatten volle Terminkalender. Lt. Kellys Terminkalender wollte sie am 1. Oktober im Büro der Bundestagsfraktion Korrekturen an eine Autorin in den USA faxen. Lukas Beckmann, der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der Grünen kritisiert, dass die Polizei bei ihren Ermittlungen nicht alle Spuren ausgewertet habe und hält die These

vom Doppelselbstmord für absurd.

Der sowjetische Dissident und langjährige Vertraute des Paares Lew Kopelew eröffnet lt. https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/kriminalitaet/id_85140084/petra-kelly-und-gert-bastian-wie-starb-das-gruene-spitzenpaar-.html und https://www.deutschlandfunk.de/tod-von-petra-kelly-und-gert-bastian-zwei-leichen-viele.724.de.html?dram:article_id=397217

die Trauerfeier in der Bonner Beethovenhalle Ende Oktober 1992 als erster Redner mit den Worten: „Ich glaube an keinen Selbstmord. Sie wären nicht freiwillig von uns gegangen, ohne es uns zu erklären. Es geschah etwas Schreckliches, Grausames, vielleicht wird es einmal aufgeklärt.“

Ein anschließender Offener Brief vom 9. November 1992, der die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses fordert, wird als unbegründet zurückgewiesen. Entgegen der öffentlichen Marschrichtung glauben viele Menschen wie Joan Baez, Katja Havemann, Richard Falk, Johan Galtung, Robert Jungk, Linus Pauling, Georg Wald, Konstantin Wecker etc., dass der gewaltsame Tod von Petra Kelly und Gert Bastian kein Selbstmord der beiden war, sondern ein Werk der Geheimdienste, möglicherweise der Atom-Mafia.

Christiane Gollwitzer, eine Vertraute, die mehr als zehn Jahre mit ihrer Familie in enger Beziehung zu Petra und Gert lebte, lässt der plötzliche Tod des Paares keine Ruhe. In der Hoffnung, dass eines Tages die Wahrheit ans Licht kommt, fühlt sie sich verpflichtet, ihre Zweifel immer wieder auszusprechen. Anlässlich des fünften Todestages ihrer engsten Freundin Petra veröffentlicht Christiane Gollwitzer unter dem Link <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/004636.html> ihre Erinnerungen.

1982: Als Feigenblatt für eine an zivile Bedürfnisse geknüpfte Forschung wird der bereits 1968 zum Dr. rer. nat. promovierte Naturwissenschaftler Prof. Helmut Tributsch ans HMI berufen. Ein Fachmann auf dem Gebiet der Solarenergie mit Schwerpunkt Fotoelektrochemie. Als belächelter Außenseiterwissenschaftler obliegt ihm die Leitung des Bereichs „Solare Energetik“. Lange Zeit hat er im HMI gegen die Widerstände der etablierten Atomwissenschaftler anzukämpfen. Seine Doktoranden müssen anfänglich trotz verfügbarer Räume ihre Büroplätze mit Schreibtisch auf den Gebäudefluren einnehmen. Noch zwei Jahre bevor Prof. Tributsch zum 1. Juli 2008 in den Ruhestand verabschiedet wird, werden etwa 1,3 Millionen Euro für regenerative Energieprojekte eingeworbene Personalmittel als Zuschuss für den als „Leuchtturmprojekt“ bezeichneten Hochleistungsmagneten der Großgeräte-Strukturforchung abgebucht. Die Wissenschaftler um Professor Helmut Tributsch forderten deshalb in einem internen Papier, dass „für Solarenergie eingeworbene Geld“ auch für eben jene ausgegeben werden müsse. Sie ärgerten sich über die Fremdverwendung der Gelder, die für Energiesparen und Effizienzsteigerungen gedacht waren und nicht für den gigantischen Energieverschwender eines Hochleistungsmagneten. Allein die Nebenkosten für Strom und Wasser würden sich jährlich auf drei Millionen Euro summieren, etwa so viel, wie den Solarforschern insgesamt im Etat zugebilligt worden ist. Der als „Sonnenfänger“ bezeichnete Prof. Tributsch lässt sich von derartigen Querelen nicht beirren und erreicht schließlich, dass ihm für seine Aufsehen erregenden und weit vorausschauenden Arbeiten ein gut eingerichtetes Labor zur Verfügung gestellt wird. Mehr bräuchte er für seine Forschung nicht, auch keinen Atomreaktor wie er immer wieder betont. Bei seiner Verabschiedung am HMI kann er auf über 400 Publikationen, 10 Bücher über Energie

und über Naturphänomene sowie zahlreiche Patente zurückblicken. Jetzt wäre es an der Zeit, seine wissenschaftlichen Schätze zu heben.

Auch auf alle anderen Großforschungsgeräte zur Entwicklung immer robusterer Materialien, die extremsten Bedingungen standhalten müssen und viele Ressourcen verschlingen, kann verzichtet werden. Sie dienen hauptsächlich einer modernen und höchsten Anforderungen gerecht werdenden Kriegsführung. Nicht von ungefähr ist Deutschland nach der Zerstörung und Demontage aller Rüstungsbetriebe wieder internationaler Spitzenreiter bei der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb Tod bringender Waffen. Für den zivilen Gebrauch dürfte eine Forschungspraxis mit zeitgemäß eingerichteten Laboren genügen. Schon jetzt würde das reichlich vorhandene Knowhow - richtig angewandt - für ein gutes Leben ausreichen.

Es ist absurd, wenn vom Staat gut ausgebildete Ingenieure damit beschäftigt werden, Verschleißprodukte zu entwickeln, die nach Ablauf der Garantiezeit kaputt gehen und nicht einmal mehr reparierfähig sind. Lt.

<https://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/a-187962.html>

bleiben rund 60 Prozent meistens tadelloser Patente, die viele dutzend Milliarden Euro Entwicklungsgelder gekostet haben, ungenutzt; bei einzelnen Unternehmen sind es bis zu 90 Prozent. Als Beispiel für ein gut genutztes altes Patent mag das ganz gewöhnliche, vielseitig verwendbare und preiswerte Ballistol Universalöl gelten. Das harz- und säurefreie Pflegeöl wurde lt. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ballistol>

Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt und wird zu seiner Anwendung in Industrie und Haushalt seitdem weitgehend unverändert hergestellt. Nach den Angaben seines Herstellers wird das hochwertige Spezialöl ohne Polytetrafluorethylen (PTFE) und Silikon aus Naturstoffen in pharmazeutischer Reinheit hergestellt, kann gesundheitlich unbedenklich verschluckt werden und wird im natürlichen Kreislauf biologisch abgebaut.

Oktober 1983: Nach Abarbeitung der Einwendungen durch die atomrechtliche Genehmigungsbehörde und Einstimmung der HMI-Mitarbeiter/innen auf kritische Bürger mit Rollenspielen, fand der Erörterungstermin zur Leistungserhöhung des Reaktors vom 10. Oktober bis 13. Oktober im ICC am Funkturm statt. Die geprobteten Rollenspiele hatten den Sinn, die Einwender/innen mit langatmigen und bis ins Detail gehenden Antworten bei unwichtigen Fragen zu ermüden und bei wichtigen Fragen nur kurze ausweichende und in die Irre führende Antworten zu geben. So dauerte es zum Beispiel viele Stunden, bis das HMI hinsichtlich der Sicherheit des Atomreaktors zugeben musste, dass das Dach des nach oben offenen Schwimmbadreaktors nur gegen Schneelasten geschützt ist und die zuvor genannte meterdicke Betonummantelung lediglich das Reaktorbecken betrifft. Nach weiterem Nachbohren stellte sich heraus, dass auch die meterdicke Betonummantelung nicht hält, was sie verspricht, weil sie wie ein Schweizer Käse mit Rohren durchlöchert ist.

Am Ende des zweiten Verhandlungstages wurde offensichtlich, dass die mit dem Einbau und Betrieb der Kalten Neutronenquelle (KNQ) verbundenen Gefahren noch einer zusätzlichen Klärung bedürfen. Die KNQ besteht aus auf minus 250° gekühltem Wasserstoff und dient der Verlangsamung der Reaktorneutronen zum Zweck der Untersuchung und Entwicklung neuer Materialien. Kommt Wasserstoff mit Sauerstoff in Berührung, entsteht ein hochexplosives Gemisch. Diese Tatsache ist insofern von großer Bedeutung, als sich die KNQ in unmittelbarer Nähe zum Reaktorkern befindet und es keine Materialien gibt, die auf Dauer der Neutronenstrahlung standhalten. Ein

weiteres Gutachten stand im Raum. Nach Abschluss des Termins ist der Verhandlungsführer Gerald Hennenhöfer von verschiedenen Seiten bestürmt worden, keinesfalls ein die Angelegenheit verzögerndes Gutachten in Auftrag zu geben; sich zumindest aber vorher mit Bonn (Sitz des Bundesforschungsministeriums) abzustimmen. Das unseriöse Ansinnen bestätigend, hat Gerald Hennenhöfer anlässlich des dritten Erörterungstermins bekannt gegeben, doch ein Gutachten zur Untersuchung von eventuell möglichen Schadenseintrittswahrscheinlichkeiten in Auftrag zu geben.

15. August 1985: Ohne das neue Gutachten und den daran wieder anschließenden Erörterungstermin abzuwarten, erteilt der Senator für Wirtschaft und Arbeit Elmar Pieroth (CDU) eine erste Teilgenehmigung zur Änderung des BER II und ordnet den sofortigen Vollzug an. Davon ausgenommen ist der Einbau der noch nicht ausreichend untersuchten KNQ. Zur Begründung der sofortigen Vollziehbarkeit beruft sich die Genehmigungsbehörde darauf, dass dies „im öffentlichen Interesse“ sei. Die Bundesrepublik sehe in der Finanzierung starker Neutronenquellen einen Schwerpunkt. Ein Aufschub des Reaktorbaus würde zudem die internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik schwächen. Außer forschungspolitischen Aspekten seien bei einer Bauverzögerung auch wirtschaftliche Nachteile zu befürchten.

1985–1997 Exkurs: Der Prozess gegen das HMI

23. Oktober 1985: Eine Anwohnerin (Studienrätin) und ein Anwohner (Versicherungsangestellter) reichen Klage gegen die erste Teilgenehmigung zur Änderung des BER II vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin ein. Die Studienrätin beendet ihr Engagement vorzeitig und zieht ihre Klage zurück. Übrig bleibt als Kläger der Angestellte, ein Vater zweier Kinder. Unterstützt wird er von seiner Ehefrau, der BI-Wannsee und von der am 5. Oktober 1978 gegründeten Alternativen Liste (AL.) Letztere gibt die Zusage, die Prozesskosten zu tragen. Neben gesundheitsabträglicher Strahlung und Sicherheitsdefiziten beanstandet der Kläger, dass politisch nicht sichergestellt ist, dass die Ergebnisse der Forschung nur friedlichen Zwecken dienen und nicht der Führbarkeit eines Atomkrieges. Außerdem bedinge die Atomforschung ein Missverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, was sich u. a. durch die Observierung von Einwendern und HMI-MitarbeiterInnen, die der Informationsweitergabe verdächtigt werden, gezeigt hat. Parallel zum Gerichtsverfahren wird der geplante Ausbau des HMI von vielen Bürger/innen solidarisch mit Formen des zivilen Ungehorsams begleitet. Den Ursprung des Widerstandes bildet die Bürgerinitiative zur Erhaltung des Ortskerns Wannsee. In ihr haben sich Bürger/innen zusammengefunden, die über die Krebshäufigkeit in der Umgebung des Atomreaktors erschrocken sind. Nach dem Bericht einer Ärztin sind besonders Kinder von HMI-Mitarbeiter/innen betroffen. Für Unruhe sorgen mysteriöse Gefäßabnomalien bei Kindern von HMI-Mitarbeiter/innen wie z.B. eine nicht mehr zuwachsende Fontanelle oder der Tod eines drei Monate alten Säuglings aufgrund von Gefäßmissbildungen. Die Mutter des Säuglings verstarb sechs Jahre danach ebenfalls an Krebs. Der laxer Umgang mit Radioaktivität führte zu Kontaminationen an Händen, Fußböden und Arbeitstischen. In den 70er Jahren traten bei sieben von 28 Personen aus der

Reaktormannschaft Krebserkrankungen auf. Im Februar 1987 muss ein kontaminierter Abluftkanal abgebaut werden. Anlässlich einer Anhörung im Umweltausschuss des Abgeordnetenhauses im Mai 2012 stellt der Strahlenschutzexperte Dr. Sebastian Pflugbeil anhand offizieller Daten des Bundesumweltamtes fest, dass die Abluftemissionen des BER II den Abgabewerten großer AKW entsprechen und zur berechtigten Sorge Anlass geben. Für die HMI-Mitarbeiter/innen kein Grund zur Panik. Das Vertrauen auf die Strahlenschutzgesetzgebung ist grenzenlos. Entsprechend ihrer Ausbildung wird die radioaktive Niedrigstrahlung als ungefährlich eingestuft. Den vielen im und am HMI aufgetretenen Krebsfällen müssten andere Ursachen zugrunde liegen. Ein schwer an Krebs erkrankter Physiker wird gefragt, ob es nicht möglich sei, dass seine Erkrankung vielleicht mit seiner Berufstätigkeit am HMI zusammen hängen könnte. Entrüstet weist er die Frage zurück. Eine Grenzwertüberschreitung hätte das am Körper getragene Dosimeter nie angezeigt. Aus Gewohnheit geht er bis kurz vor seinem Tod noch stundenweise seiner Arbeit am HMI nach. Noch unzulänglicher erweist sich die Ausbildung der Mitarbeiter der Genehmigungsbehörde. Auf die Frage eines besorgten Anwohners, wie weit das HMI im Normalbetrieb abstrahlt, folgte die verblüffende Antwort, dass die radioaktive Strahlung am Zaun des HMI enden würde. An einer von der BI veranstalteten öffentlichen Diskussion in der Wannsee Gaststätte Halali nimmt aus Fürsorge um die Gesundheit der Bevölkerung der frühere Direktor Neumann der Landesversicherungsanstalt Berlin (LVAB) teil. Von ihm stammt die Anregung, den Protest in alle Bezirke zu tragen. Damit ist die BI organisatorisch überfordert. Einzelne BI-Mitglieder und der Kläger schließen sich zu einer losen HMI-Gruppe zusammen und machen mit der Vorstellung weiter, sich über Bezirksgrenzen hinweg zu vernetzen, aufzuklären und die Bevölkerung zum Mitmachen zu bewegen. Mit der Verteilung damals noch analoger Flugblätter ist es ein mühsames Geschäft. Die Situation änderte sich schlagartig mit der Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986. In allen Stadtteilen schießen Bürgerinitiativen wie Pilze aus der Erde. Sie wollen die weitere Nutzung der Atomenergie verhindern. Zusammen mit ihnen sowie mit Journalisten und Rundfunkreportern, die sich ihrem Berufsethos verpflichtet fühlten, kann eine größere Öffentlichkeit hergestellt werden. Die Zeit beachtlicher Diskussions- und Informationsveranstaltungen sowie Demonstrationen in der Innenstadt und in Zehlendorf beginnt, Eingänge des HMI werden blockiert und Sonntagsspaziergänge um das Reaktorgelände veranstaltet. Sendungen über einen Wannsee-Gau im alternativen Radio 100,3 folgen. Dank vielfältiger Unterstützung kann die auf den 12. Dezember 1986 anberaumte mündliche Verhandlung vor dem OVG mit einer gewissen Gelassenheit erwartet werden. Für fachlichen Beistand wird ein Physiker gewonnen, der in der Erwachsenenbildung tätig ist. Als letzte Möglichkeit, die Öffentlichkeit vor der angesetzten Gerichtsverhandlung über den angefochtenen Sofortvollzug der ersten Teilgenehmigung aufzuklären, findet am 25.11.86 in der TU Berlin unter dem Titel „Riesenmikroskop oder doch Atomreaktor?“ eine vom ASTA der TU in Zusammenarbeit mit der AL-Hochschulgruppe initiierte Informations- und Diskussionsveranstaltung statt. Die Eingangsreferate bestreiten ein Kernphysiker, ein kundiger Student, eine Philosophin und der Kläger mit seinem Rechtsanwalt. Als Leiterin der anschließenden Diskussion im überfüllten Hörsaal fungiert ein Mitglied der Alternativen Liste. Deutlich wurden die Interessen, die hinter der gemeingefährlichen und patriarchalisch geprägten Großforschung stehen. Sicherheitsdefizite wie die fehlende Betonkuppel, schädliche

Strahlung und alternative Forschungsmöglichkeiten kommen zur Sprache. Anwesende Journalisten schreiben emsig mit. Das erhoffte Medienecho bleibt jedoch aus. Dafür berichtet die bürgerliche Presse ausführlich über die Veranstaltungen der Gegenseite. So z.B. über die am 5.12.86 in Anwesenheit des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom Wissenschaftssenator George Turner eröffnete Vortragsreihe „Wissenschaft und Gesellschaft“. Unter voller Namensnennung des Klägers wird dabei auf die Aussagen vom „Sachverständigenkreis Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung“ hingewiesen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) hat dieser Sachverständigenkreis diagnostiziert, dass die Methoden der Neutronenstreuung „für die weitere Entwicklung der Physik und Chemie...eine Schlüsselstellung einnehmen“ und „unverzichtbar“ seien. An den Ausbauplänen müsse unbedingt festgehalten werden. Zuvor sind die Parlamentarier durch das BMFT mit der Drucksache 10/6225 vom 22.10.86 über die Relevanz unterrichtet worden, die die Bundesregierung der Großforschung beimisst. Danach ist die staatliche Finanzierung und Weiterentwicklung von Großforschungseinrichtungen von hohem Belang und stellt ein essenzielles Instrument für die Forschungspolitik dar. Offiziell werden als Schwerpunkte für das HMI Entwicklungen auf den Fachgebieten Physik, Festkörper- und Materialforschung und Chemie festgelegt. Der Materialforschung kommt besondere Bedeutung zu. Sie umfasst ein breites Spektrum zugehöriger Gebiete wie „Kerntechnik, Weltraum, Fusion“ und muss zentrenübergreifend koordiniert und beraten werden.

An Langfristperspektiven des HMI sind Datenverarbeitung und Elektronik abgemacht. Inoffiziell dient diese Art Großforschung der Entwicklung extrem beanspruchbarer Materialien. Sie werden zwar für zivile Zwecke kaum benötigt, sind aber für die Überlebensfähigkeit moderner Waffensysteme in einem Atomkrieg wichtig und schaffen Voraussetzungen für die Militarisierung des Weltraumes sowie die Entwicklung autonomer digitaler Waffensysteme.

Unter dem Mantel nachhaltiger Energie sollen Materialien gefunden werden, die der Simulation von kontrollierten Kernfusionen standhalten. Ermöglicht werden damit weitere Kenntnisse über unkontrollierte Kernfusionen wie sie bei der Wasserstoffbombe vorkommen. Hilfestellung leisten moderne Datenverarbeitungsanlagen mit denen schwierigste Rechenoperationen, die früher Jahre beanspruchten, in Sekundenschnelle bewältigt werden können. Über die Militarisierung des Weltraums redet unverblümt Abteilungsleiter Borst vom BMFT anlässlich einer am 14./15.4.86 in Berlin stattfindenden Konferenz hochschulfreier Forschungseinrichtungen. Im Namen der Bundesregierung ermuntert er ausdrücklich, sich an der als Krieg der Sterne bekannten strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) zu beteiligen. Der eindeutigen Rechtslage, dass der Sonderstatus von Berlin jegliche Waffenforschung verbietet und den eindringlichen Warnungen tausender von Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren vor den großen Gefahren, die eine Militarisierung des Weltraums mit sich bringt, wird keine Beachtung geschenkt. Eine Gruppe von 61 kritischen HMI-Wissenschaftler/innen geht mit einer Zeitungsanzeige an die Öffentlichkeit: „Wir verpflichten uns, alles in unseren persönlichen Kräften stehende zu tun, um eine Durchführung von SDI-Forschung in den Großforschungseinrichtungen der Bundesrepublik zu verhindern.“ Bereits im November 1984 führte diese Wissenschaftlergruppe eine Unterschriftensammlung mit einem Appell zur Verhinderung von Waffensystemen im Weltraum durch.

Mit SDI bietet sich nun dem Wissenschaftsministerium eine gute Gelegenheit, im

Namen deutsch-amerikanischer Freundschaft und Kooperation eigene Weltraumpläne in die Tat umzusetzen.

Um die Öffentlichkeit von der zivilen Ausrichtung des HMI zu überzeugen und für den schnellen Ausbau des Atomreaktors einzunehmen, verbreitet Direktor Stiller die Nachricht, dass der neue Reaktor Ausgangspunkt für die Entwicklung besserer Solarzellen sei. Bei dieser Mär platzte den Solarforschern am HMI der Kragen. Ungeachtet der geltenden Richtlinien, dass jeder Kontakt mit den Medien über den Leiter der Öffentlichkeitsarbeit gehen muss und dass Veröffentlichungen, aus denen hervorgeht, dass sie aus dem HMI stammen, der Genehmigung bedürfen, wenden sich die Solarforscher direkt an die Öffentlichkeit. Unmissverständlich stellten sie richtig: „Der Reaktor ist auf keinen Fall notwendig. Mit einer klaren Trennung wäre uns mehr geholfen.“ Auch die Zahlen mit denen sich die HMI-Leitung schmücke, stimmen nicht. „Unverschämt“ nennt sie ein Solarforscher. „Wir wollen mehr als nur ein Aushängeschild sein“ betont er. Statt der vom HMI-Pressesprecher Robertson behaupteten 75 Wissenschaftler würde in Wahrheit die von Prof. Tributsch geleitete Solar-Arbeitsgruppe ganze 12 Forscher zählen. Ähnliche Diskrepanzen bestehen hinsichtlich der finanziellen Ausstattung. Etwa ein Viertel des HMI-Haushalts von 110 Millionen Mark bekämen die Solarforscher. „Schön wär`s“. Tatsächlich erhalten sie statt 27,5 Millionen Mark lediglich vier Millionen Mark. Sie seien daher „gezwungen“, Drittmittel einzuwerben. Von diesen Drittmitteln mussten sie überdies jährlich 600.000 Mark wieder dem HMI überlassen (siehe taz vom 20. 6. 1989 „Keine Sonne für Solarforscher“).

Doch zurück zum Prozessauftakt.

Vor den Türen des Gerichts gibt es viel Händeschütteln und Zuspruch von Seiten der in großer Zahl erschienen Besucher. Im Verhandlungsraum angekommen, sind die meisten Plätze bereits von der Gegenseite mit deren Experten besetzt oder reserviert. Obwohl das Land Berlin über gute eigene Hausjuristen verfügt, lässt es sich von einer teuren Berliner Privatkanzlei vertreten. Ebenso das HMI. Für interessierte Bürger bleiben nur wenige Plätze frei. Gegenüber dieser geballten Gegenmacht müssen sich der Kläger und sein Anwalt allein behaupten. Ihr als fachlicher Beistand beauftragter Physiker erlitt kurz vor Verhandlungsbeginn einen Nervenzusammenbruch. Dennoch gelingt es, alle Schwachstellen des als Umbau (bei einem Umbau muss die Standortfrage nicht mehr geprüft werden) deklarierten Neubaus (das gesamte Equipment des Reaktors ist komplett neu) so darzustellen, dass die Gegenseite kein schlüssiges Argument mehr dagegen vorzubringen weiß und sich darauf zurückzieht, mit mathematischen Formeln die durchaus vorhandene Möglichkeit einer Kernschmelze soweit herunterzurechnen, dass sie dem so genannten Restrisiko als „sozialadäquate Last“ zuzuordnen wäre. Ähnlich aberwitzig wird auch auf die Argumente der hohen Krebssterblichkeit in der Reaktormannschaft und in der Nachbarschaft reagiert. Möglicherweise seien die zum Tode führenden Krebserkrankungen durch noch unentdeckte Viren ausgelöst worden. Keinesfalls kämen radioaktive Strahlen des Atomreaktors in Frage, weil der Nachweis nicht erbracht worden ist, dass Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung überschritten worden sind. Im Übrigen wären die behaupteten Krebsfälle nicht bewiesen, weil es kein Krebsregister gibt. Von der Genehmigungsbehörde ist nämlich die Führung eines Krebsregisters mit der Begründung abgelehnt worden, dass das „rausgeschmissenes Geld“ wäre, weil sich herausstellen würde, dass durch die Filteranlagen des HMI die Luftqualität so gut sei, dass sie die Gesundheit der unmittelbaren Anwohner sogar stärken würde.

Den ersten Verhandlungstag beenden die Richter ohne sich in irgendeiner Weise festzulegen. Erst nach langer Beratungsphase tritt das Gericht am 22. Dezember 1986 wieder zusammen.

Mit großem Ernst verkündet Richter Grundei die Entscheidung, dass das HMI die Anlagen zur Leistungserhöhung mit der Einschränkung errichten darf, die für den Einbau der KNQ unabdingbaren Baumaßnahmen zu unterlassen..., "um so die Schaffung eines den Einbau der KNQ faktisch präjudizierenden Zustandes zu verhindern." In einer für Gerichtsprozesse außergewöhnlichen persönlichen Anmerkung führt der sich bürgernah gebende Gerichtspräsident Grundei u. a. aus: „Die sehr langen Beratungen im vorliegenden Fall waren von Gewissensnöten begleitet und wir haben uns mit nur knapper Mehrheit zu der verkündeten Entscheidung durchgerungen.“ „Die Frage, ob sein Urteil richtig gewesen ist, bedrückt den Richter mehr, als es die öffentliche Meinung wahrhaben will. Das gilt vor allem für die Rechtsfindung auf den Gebieten, in denen Recht und Technik aufeinanderstoßen.“ Die Richter müssen sich im Wesentlichen mit einer Plausibilitätskontrolle begnügen. In diesen Bereichen der Hochtechnologie haben verwaltungsrechtliche Verfahren kaum mehr als eine Alibifunktion für unsere Rechtsstaatlichkeit.“

Was in seiner persönlichen Anmerkung fehlt, ist der außerordentliche Druck, dem sich die Justiz von Seiten der Politik ausgesetzt sieht. Noch während der mündlichen Verhandlung wird dem Gericht ein Schreiben des BMFT überreicht aus dem hervorgeht, dass „der sofortige Ausbau des BER II als notwendige Neutronenquelle für die Forschung in der Bundesrepublik Deutschland noch dringlicher geworden ist“.

Nach anfänglicher Enttäuschung über den knappen Richterspruch wird erkannt, dass sich dennoch der Einsatz gelohnt hat, weil der vorläufige Stopp des Einbaus der KNQ das HMI an einer für das Gesamtkonzept empfindlichen Stelle trifft.

Für den überwiegenden Teil der inzwischen im Parlament angekommene AL Fraktion bedeutet das Negativurteil das Ende der Prozessunterstützung. Selbst die ursprünglich zugesagte Übernahme der angefallenen Prozesskosten soll nicht mehr gelten und wird erst durch die energische Intervention des integeren Grünen Hans-Christian Ströbele ermöglicht.

Sich von alledem nicht entmutigen lassend geht es der HMI-Gruppe und dem Kläger um weitere Vernetzung, Vermehrung der Proteste, Ausdenken weiterer Ideen, wie der lebensfeindlichen Großforschung der Garaus gemacht werden kann und Sammeln von Spenden zur Finanzierung weiterer Prozesse. Kein leichtes Unterfangen, zumal die im Verfahren beigeladene Firma Siemens mit Hilfe großer internationaler Anwaltskanzleien wie Oppenhoff & Rädler und Prof. Dr. Redeker & Partner und auch das BMFT alles daran setzten, um aus der Klage keinen Präzedenzfall werden zu lassen. Siemens will sich das mit Staatshilfe ausgebaute profitable Atomgeschäft auf keinen Fall vermässeln lassen. Das BMFT hat zur Entwicklung von Materialien für die geostrategische Nutzung des Weltraums den Forschungsreaktor des HMI fest eingeplant.

Geschickt wird der Reaktorausbau in einzelne, sofort zu vollziehende Teilgenehmigungen und Änderungen von Teilgenehmigungen so gesplittet, dass sich die Gefahrenlage mit jeder Einzelgenehmigung im Verhältnis zur Gesamtgenehmigung wesentlich verringert. Nach und nach werden vollendete Tatsachen geschaffen. Exemplarisch sollen einige Ereignisse den weiteren Prozess- und Protestverlauf veranschaulichen.

Als ein Glücksfall stellt sich in der Zeit der Berliner Koalition von SPD und Alternativer

Liste von 1989 bis 1991 die Besetzung der Spitze des Umweltsenats mit Dr. Michael Schreyer heraus. Eine intelligente, emanzipierte, und sich von Prinzipien der Vorsorge und Rücksichtnahme leitende Persönlichkeit. Vergleichbar mit der unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommenen Grünen Petra Kelly. Heute bleibt die atompolitische Sprecherin der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, standhaft und lässt sich nicht von dem geballten Widerstand aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und sogar aus den eigenen Reihen von ihrer kritischen Haltung zur Atomenergie abbringen.

Nach Abarbeitung von nunmehr 600 Einwendungen im nachgeholten Erörterungstermin zum Einbau und Betrieb einer Kalten Neutronenquelle (KNQ) am 22. bis 25. Juni 1987, erfolgt vom Senator für Wirtschaft und Arbeit am 29. Oktober 1987 mit Billigung der Alliierten Kommandatura Berlin als sofort zu vollziehender Erster Nachtrag zur Ersten Teilgenehmigung die Genehmigung zum Einbau einer KNQ sowie deren nichtnukleare Inbetriebnahme. Dabei wird festgestellt, dass nach dem vorläufigen Prüfergebnis keine Umstände bekannt wären, die gegen einen nuklearen Betrieb der KNQ sprechen würden. Der gegen den Bescheid des Senators für Wirtschaft und Arbeit erhobenen Klage bleibt der Erfolg versagt. Ohne Zulassung der Revision weist das OVG am 6. Juni 1990 die Anfechtungsklage ab. Das Gericht sieht sich nicht berechtigt, eine naturwissenschaftlich-technische Überprüfung der Behördenentscheidung vorzunehmen und beschränkt sich mehr oder weniger auf die Prüfung, ob willkürfrei entschieden worden ist. Wenige Tage vor der Gerichtsentscheidung wird bekannt, dass auf einer Baustelle auf dem Gelände des HMI bei Baggerarbeiten eine intakte Mörsergranate aus dem letzten Krieg gefunden wurde. Wegen der möglichen Gefährdung des in einer einfachen Werkhalle untergebrachten Atomreaktors zeigt sich die Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller besorgt. Lt. taz vom 1. Juni 1990 forderte sie einen Tag vorher die Offenlegung, wie in der Vergangenheit sichergestellt worden sei, dass der Forschungsreaktor durch Sprengkörper nicht gefährdet ist. Das OVG Berlin hat in der Pressemitteilung vom 6. Juni 1990 zu diesem Problem Stellung genommen: „Das Gericht sah kein Ermittlungsdefizit darin, dass die Genehmigungsbehörde nicht das gesamte HMI-Gelände einer Munitionsbergung unterzogen habe. Die Genehmigungsbehörde sei berechtigt gewesen, sich auf die Auskunft einer sachverständigen Behörde zu stützen, die die Unbedenklichkeit des Bauvorhabens geprüft und bestätigt habe.“ Dazu ein Kommentar in der taz vom 7. Juni 1990: „Nicht die Sachargumente bestimmten am Ende des Verfahrens, sondern das politische Umfeld. Die Justiz ist unabhängig, heißt es. Im luftleeren Raum jedoch agiert sie nicht.“ Gegen die verengte Sicht des Gerichts kann auch der neu gewonnene fachliche Beistand Dr. Sebastian Pflugbeil nichts ausrichten. Sebastian Pflugbeil, Physiker und letzter Minister der DDR-Regierung sowie Mitbegründer der Demokratiebewegung „Neues Forum“ reagierte auf Anfrage solidarisch und sagte sofort zu, den HMI-Prozess unterstützend zu begleiten.

Sein Motto. „Es hat Sinn, etwas Richtiges zu tun, auch wenn die Aussichten auf Erfolg äußerst gering sind.“

Zuvor ist mit Beschluss vom 16. Juni 1988 der Antrag auf aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage zurückgewiesen worden. Damit war eigentlich der Weg frei, nach fünf Jahren Stillstand, den Atomreaktor in Betrieb zu nehmen. Doch Umweltsenatorin Schreyer lässt sich nicht beirren und behält sich eine gründliche Prüfung vor.

Nach dem Fall der Mauer gesellt sich noch ein junges Paar aus Potsdam dem Klageverfahren zu. Im Wege einer Klageänderung beantragt es mit Schriftsatz vom 25.

Mai 1990 dem laufenden Gerichtsverfahren vor dem OVG Berlin beizutreten. Ihrer Initiative ist es auch zu verdanken, dass DDR-Bürger/innen die Möglichkeit eingeräumt wird, Bedenken gegen den am Rand der Landeshauptstadt Potsdam stehenden Atomreaktor geltend zu machen. Zu diesem Zweck werden an drei verschiedenen Orten vom 18. Mai bis 18. Juli 1990 alle bisher genehmigten Unterlagen zum Betrieb des HMI-Atomreaktors ausgelegt. 832 Einwendungen folgen. Dazu aufgerufen hat die Friedensinitiative Zehlendorf (FIZ), das Bündnis 90, die AL und das Bürgerkomitee Kleinmachnow. Neben Problemen der Sicherheit, der radioaktiven Belastung und des Katastrophenschutzes geht es hauptsächlich um die Neubewertung der Entsorgungsfrage. Die sonst übliche öffentliche Erörterung der Einwendungen fällt aus. Gegen den Widerstand der Umweltsenatorin Schreyer hat der Senat von Westberlin am 8. Mai 1990 beschlossen, dass den DDR-BürgerInnen nur ein verkürztes informelles öffentliches Informationsverfahren zugestanden wird.

Mit unerwarteter Schnelligkeit reagiert das OVG Berlin auf das Beitrittsverlangen in das laufende Verfahren und verkündet bereits am 5. Juni 1990: „Die Änderung der Klage ist unzulässig.“ Als Begründung führt das unter dem neuen Gerichtspräsidenten Prof. Dr. Wilke regierungskonform geführte Gericht u. a. prozessökonomische Gesichtspunkte an.

Die Zwischenzeit nutzen der Kläger und seine Unterstützer/innen. Sie wollten u. a. herausfinden, ob eine schadlose Beseitigung der radioaktiven Abfälle überhaupt möglich ist. Ein Netzwerk aus FIZ, ARGUS Potsdam (Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung) und Neuem Forum knüpft internationale Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ländern, die für eine evtl. Aufnahme abgebrannter Brennelemente des HMI in Frage kämen. Ansonsten wird mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf den forschungspolitischen Irrweg des HMI hingewiesen. Das gelingt durch vernetzte demokratische Basisarbeit mit hauptsächlich ehrenamtlich engagierten und organisierten Initiativen und aktiven Einzelpersonen. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben seien weitere Akteure genannt: Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW), Ärzteinitiative gegen Atomenergie e. V., Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung e. V., Regenbogenfabrik Kreuzberg, Frauen-Frühstücksgruppe – eine Gruppe von Frauen im Alter zwischen 20 und 60, die sich mit Straßenaktionen gegen männlichen Allmachtswahn besonders im Bereich der Atomtechnologie richtet -, AL Zehlendorf, Wählergemeinschaft unabhängiger Bürger (WUB), SPD-Zehlendorf, Zehlendorfer Kulturverein, Arbeitskreis Wissenschaftskritik, Philosophie, Patriarchatskritik, Literatur und Kunst nach Tschernobyl, Gruppe Mittwochsaktion mit wöchentlicher Mahnwache an der Gedächtniskirche, BI Spandauer gegen Atomkraft, Werkstatt für dezentrale Energieforschung, Initiative Gegenwind etc. Kontakte zu Hochschulen und Kirchengemeinden werden ausgebaut und führen zu Diskussionsveranstaltungen in gut gefüllten Sälen mit Wissenschaftler/innen, Juristen, Ärzten, Theologen, Philosophen, Zukunftsforschern und dem Kläger als Referenten. In Bioläden, Apotheken und Buchhandlungen werden gern genommene Flugblätter ausgelegt, mit nach ihrem Berufsethos handelnden Journalisten und Rundfunkreportern wird zusammengearbeitet und große Demonstrationen in der Innenstadt und in Zehlendorf sowie Blockaden der Eingänge des HMI und Sonntagsspaziergängen um das Reaktorgelände werden organisiert. Die gleichzeitige Teilnahme an großen Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf, Wackersdorf und Garching bringen neue Kontakte zu den dortigen Bürgerinitiativen und kritischen Wissenschaftlern, die sich für den

Fortgang des Prozesses als hilfreich erweisen.

Des Weiteren fährt mit einem Lautsprecherwagen ein bekannter Lungenfacharzt außerhalb seiner Praxisstunden zusammen mit seiner Ehefrau durch die Berliner Bezirke und klärt die Bevölkerung über die Gefahren auf, die für das Leben und die Gesundheit von dem Betrieb eines Atomreaktors in der Großstadt ausgehen.

An zentralen Orten werden warnende Plakate von einem begabten Szenenbildner aufgestellt, der u. a. das Signet des Friedensfilmpreises der Berlinale entwarf.

Eine Zehlendorfer Psychologin verfasst in regelmäßigen Abständen Flugblätter mit dem Symbol einer Pusteblythe. Sie appelliert an die Bevölkerung, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden und die atomare Bedrohung nicht länger hinzunehmen.

Tango tanzende Frühstücksfrauen sorgen in der Fußgängerzone der Wilmersdorfer Straße mit dem Wannsee-Tan-GAU für Aufsehen.

Eine Kommunikationstechnikerin veranstaltet einen Workshop zum atomaren Unsinn. Dabei wird u.a. die Idee eines Siemensboykotts geboren. Aus der Taufe hebt ihn ein Steglitzer Lehrer, der sich dafür extra von seiner Schule beurlauben lässt. Er beginnt mit der Verteilung von Flugblättern und einer Postkartenaktion. Mit der Beteiligung von IPPNW nimmt der Boykottaufruf an Fahrt auf und führt nach zwei Jahrzehnten schließlich 2011 zum Ausstieg der Fa. Siemens als Generalunternehmer aus dem Atomgeschäft. Der frühere Siemens-Chef Heinrich von Pierer beklagte, dass das Atomgeschäft zwar nur zwei Prozent des Umsatzes von Siemens ausmacht, aber für 90 Prozent des Ärgers sorgt.

Ein Concept-Art-Künstler stellt in den Ausstellungsräumen der japanischen Botschaft drei gelbe Schilder mit zuvor gemessenen Werten der Gammastrahlung auf, um auf die atomare Bedrohung in Berlin aufmerksam zu machen.

Eine französische Karikaturistin kreiert Briefmarken mit einem explodierenden HMI-Reaktor. Diese kleinen Kunstwerke werden von der Post wie echte Briefmarken angenommen.

Mit in großer Zahl versendeten Offenen Briefen zur Erweiterung des HMI wendet sich der Verein Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung Berlin e. V. am 8. April 1988 an den damaligen Bürgermeister Eberhard Diepgen. mit dem Appell: „sich nicht länger den in Beton gegossenen Sachzwängen zu beugen. Benutzen Sie in einer so existenziellen Frage Ihren gesunden Menschenverstand und steigen Sie auf Sonnenenergie um. Sie wird uns fehlerhaften Menschen gerecht und bietet auch den nachkommenden Generationen eine Lebenschance. 73 Prozent aller Bundesbürger wenden sich gegen die Atommeiler. Was hindert Sie daran, ihre Meinung zu akzeptieren?“ Diepgen zog es vor, darauf nicht zu antworten.

Schriftstellerisch begabte Menschen ersinnen ein HMI-Störfallhörspiel, das im alternativen Radio 100,3 so authentisch gesendet wird. Zahlreiche verunsicherte Hörer rufen an.

Erwähnenswert ist auch die gelungene Behelligung an einer geschlossenen Festveranstaltung aus Anlass des 50. Jubiläums der Kernspaltung. Am 2. Dezember 1988 wollten die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V. , die Gesellschaft Deutscher Chemiker e. V., die Deutsche Physikalische Gesellschaft und das HMI mit vielen geladenen Gästen in der Berliner Kongresshalle das denkwürdige Kernspaltungsjubiläum gebührend feiern. Einer couragierten Mistreiterin vom Verein Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung Berlin e. V. gelingt es, sich eine Eintrittskarte zu verschaffen. Noch bevor der erste Festredner ans Mikrofon tritt, stürmt

sie nach vorn, bemächtigt sich des Mikrofons und macht der verblüfften Festgesellschaft klar, dass es nichts zu Feiern gibt. Für den gleichen Tag haben eine Studentin und der Kläger eine Demonstration zum Thema: „50 Jahre Kernspaltung – Was gibt's denn da zu feiern“ angemeldet. Im Schneegestöber führt die Demo vom Olivaer Platz über den Kurfürstendamm, Jochimstaler Str., Kantstr., Uhlandstr., Hardenbergstr., Ernst-Reuter-Platz zur Technischen Universität. Fast wäre die Demo vorzeitig von der Polizei beendet worden, weil auf dem Kudamm aus der Menge heraus Schneebälle geworfen wurden. Dem Kläger gelang es, die Demonstrierenden von weiteren Schneeballwürfen abzuhalten, um die Endkundgebung mit dem extra angereisten früheren Sicherheitsbeauftragten des HMI, Prof. Jens Scheer, nicht zu gefährden. Nicht verhindern kann der Kläger jedoch, dass in der Hardenbergstr. plötzlich einige Demonstranten von hinten auf das Gelände der TU stürmen, die dortige Feier stören und einige Ausstellungsexponate entzweischlagen. Im Hinblick darauf, dass alle anderen friedlich blieben, konnte nach anfänglicher Ratlosigkeit Jens Scheer mit seiner Ansprache beginnen. In Kernsätzen seiner Rede erinnerte er daran, dass die Bombe für Hitler nicht am „Widerstand“ deutscher Physiker scheiterte, sondern daran, dass nicht genügend reiner Graphit vorhanden war, und dass norwegische Freiheitskämpfer die Schwerwasserfabriken in Rjukan in die Luft sprengten bevor die deutsche Besatzungsmacht zugreifen kann.

Zur aktuellen Situation führt er aus: „Atomkraft zu werden, das technische und wissenschaftliche Know-how zu erlangen, war der Sinn des 1955 begonnenen Atomprogramms der BRD. Und wer glaubt, dass sie das erst nach Vollendung der WAA im Jahr 1995 sein könnte, und dass das durch Verhinderung der WAA zu verhindern sei, der oder die unterschätzt die Lage. Die BRD ist längst faktisch Atomwaffenmacht, sie hat aus den AKWs und mit der kleinen WAA in Karlsruhe mehr als genug Plutonium in Hanau und anderswo gehortet, um viele Atombomben zu bauen, sowie es ihr politisch opportun erscheint.“

Über seine frühere Tätigkeit im HMI berichtet Jens Scheer: „Obwohl ich hier im HMI für den Strahlenschutz verantwortlich war, hatte ich Null Ahnung von Kritik, musste ich nach meinem Ruf nach Bremen 1971 von BürgerinitiativlerInnen auf die seit Jahren in den USA laufende Debatte um Sternglass, Gofman, Tamplin aufmerksam gemacht werden. So war ich selbst Opfer eines Mechanismus, der hinter dem Rücken der beteiligten WissenschaftlerInnen ein falsches Lehrgebäude stabilisiert.“

An die Versammelten richtet Jens Scheer den Appell: „Heute gilt es nicht nur gegen Atomrüstung zu kämpfen, sondern genauso gegen die zivile Nutzung. Und das nicht etwa nur, weil die zivilen AKWs den Bombenstoff liefern, sondern weil diese selbst Tod und Krankheit in ungeheuerlichem Maße verbreiten. Wo immer Mensch ernsthaft Statistiken untersuchte, zeigten sich Krankheiten durch den Normalbetrieb von Atomanlagen, von den Opfern der unvermeidlichen Unfälle ganz zu schweigen.“ „Das verpflichtet, den Widerstand dagegen zu unterstützen, dafür ist es nie zu spät.“

Mit ähnlichen Worten endet das zum 50. Jahrestag der Kernspaltung herausgegebene 22. Zehlendorfer Pustebumen-Flugblatt: „Wenn wir weiter den Lügen der Wissenschaftler, Politiker und Industriemanager glauben, die uns eine großartige Zukunft versprechen, dann wird das Leben auf der Erde in absehbarer Zeit zu Ende sein. Dann sagen wir „ja“ zu Krankheit und Sterben, sagen „ja“ zur möglichen totalen Zerstörung von uns und allem, was uns lieb ist.“

HMI-Wissenschaftler/innen sagen, „dass sie 150 000 Jahre lang strahlenden und

hochgiftigen Müll verantworten können. Wie lange wollen wir noch solchen Unsinn glauben? Bis wir wieder in blindem Gehorsam in die Katastrophe rutschen? Nein! Lasst Pustebblumen blühen – überall.“

Die eindrucksvollen Proteste dürften dazu beigetragen haben, dass sich die Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung am 24. Oktober 1989 mit den Stimmen der AL und SPD dafür ausgesprochen hat, den Senat aufzufordern, die Genehmigung für die Inbetriebnahme des Reaktors nicht zu erteilen.

Bestärkt durch breiten und vielfältigen Widerstand gegen eine atomare Großforschung, dem Zuspruch ihrer Parteikollegin, der Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Hilde Schramm und einer Gruppe Wissenschaftler des HMI, die dem nuklearbetriebenen Forschungsreaktor skeptisch gegenüberstehen und lieber eine sinnvolle, der Nachhaltigkeit gewidmete Forschung betreiben wollen, lässt sich Senatorin Michaela Schreyer nicht von ihrer sorgfältigen Prüfung abhalten, ob die Bedingungen des Atomgesetzes erfüllt sind.

Noch bevor Potsdamer Anwohner/innen ihre Bedenken zum hochrisikvollen Betrieb des Atomreaktors äußern können und die Genehmigungsbehörde Gelegenheit zur Abwägung der Argumente bekommt, setzt Bundesforschungsminister Riesenhuber die Senatorin Schreyer massiv unter Druck. Ohne demokratische Spielregeln einzuhalten, verkündet er selbstherrlich und mediengerecht, dass er keine sinnvolle Zukunft für den Forschungsstandort Berlin mehr sieht, wenn nicht umgehend die Erlaubnis zum Betrieb des „kleinen Forschungsreaktors“ erteilt wird. Der „modernste deutsche Forschungsreaktor“ sei „ein wichtiges Element auch für die Erhaltung der Spitzenstellung Berlins als europäischer Forschungsstandort.“ Um den Druck zu erhöhen, kündigt er vorsorgliche Verhandlungen mit dem Senat zur Übernahme des HMI durch Berlin an. Eberhard Diepgen, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU stößt ins gleiche Horn. Für ihn stellt das Beteiligungsverfahren Potsdamer Bürger/innen keine rechtliche Notwendigkeit dar, sondern eine Verschleppung des Genehmigungsverfahrens. Forsch verlangt er vom regierenden Bürgermeister Walter Momper (SPD) und dem gesamten Senat, den Reaktorbetrieb umgehend zu genehmigen. Am 8. Mai 1990 fällt mit SPD-Mehrheit der Senatsbeschluss, dass bis Ende Juli eine endgültige Entscheidung über die Inbetriebnahme getroffen werden muss. Ultimativ fordert Walter Momper während einer öffentlichen Veranstaltung Michaela Schreyer auf, sich endlich nach dem Atomgesetz zu richten und die Betriebsgenehmigung zu erteilen. Die Gegenfrage, ob er das Atomgesetz kenne, muss Momper, der den Forschungsreaktor verniedlichend als „Kaffeekessel“ bezeichnet, verneinen. In einer vierseitigen Beilage lässt der Berliner Tagesspiegel vom 1. Juli 1990 Prof. Barbara Riedmüller (SPD), Senatorin für Wissenschaft und Forschung in West-Berlin, über die neue Strukturpolitik Berlins und seine bedeutende Rolle in Europa, zu Wort kommen. Nach anfänglicher Belehrung, dass es sich nicht um ein kleines Atomkraftwerk zur Energieerzeugung handelt, sondern „um ein Forschungsgerät“, „das für die Wissenschaftler die Funktion eines Mikroskops hat“, bemüht sie sich mit folgendem Vergleich um Zustimmung: „Das Hahn-Meitner Institut, eine unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung als Teil einer Zukunftsstrategie für Berlin gegründete Großforschungseinrichtung, ist auf dieses Gerät hin ausgerichtet, ohne das es seine wesentlichen Funktionen verliert – wie eine Stahlwerk ohne Hochofen.“ „Die Anlage entspricht den hohen deutschen Sicherheitsstandards. Ein Entsorgungskonzept liegt vor.“ „Das vorliegende Entsorgungskonzept ist

gesetzeskonform.“ Zwar hätten die USA „wegen interner amerikanischer Hindernisse die Rücknahme (gemeint sind die abgebrannten Brennelemente) vorübergehend unterbrochen, aber ihre Bereitschaft erklärt, in rund zwei Jahren wieder zur Verfügung zu stehen.“ „Der von verschiedenen Seiten vorgebrachte Verdacht, die abgebrannten Brennelemente könnten zur Atomwaffenproduktion benutzt werden, ist inzwischen entkräftet worden.“ „Vom 1. Januar 1992 an müsste das Land Berlin die Forschungsanlage alleine finanzieren, da Bundesminister Riesenhuber ohne das zentrale Forschungsgerät keine wissenschaftliche Zukunft für das Institut sieht.“ „Außerdem hat der Bund Schadensersatzansprüche angemeldet, die monatlichen Kosten für den „stand-by-Betrieb“ belaufen sich auf rund 1,8 Millionen DM.“ Das dem problematischen Atomreaktor eine schützende Betonummantelung fehlt, er mitten in einem Wohngebiet steht und die Anwohner radioaktiv verseucht, ist für Barbara Riedmüller kein Thema. Ihre Abhandlung endet mit ...“ist es für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin äußerst schädlich, wenn wir die einzige Berliner Großforschungseinrichtung, einen Eckpfeiler unseres Forschungssystems der Auflösung preisgeben,...“

Einen Monat später kann in der Tagesspiegelausgabe vom 5. August 1990 Michaela Schreyer antworten. Zu Beginn des dreiseitigen Artikels kommt sie auf die Drohgebärden aus Bonn zu sprechen. Dann ergänzt sie die Vergleiche der wissenschaftlichen Kollegin Barbara Riedmüller um wichtige Details. Es stimmt zwar, dass das Gefährdungspotential für die Bevölkerung beim BER II geringer ist als das Gefährdungspotential von Atomkraftwerken. „Dennoch ist es nicht unerheblich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Forschungsreaktor direkt am Rande eines der dichtesten Ballungszentren Europas steht.“ Dem Vergleich, dass beim Betrieb des BER II nicht so viel zu entsorgende Brennelemente (BE) anfallen wie beim Betrieb eines kommerziellen Leichtwasserreaktors (LWR) fügt sie hinzu, dass die BE für LWR nur einen Urananreicherungsgrad von zirka vier Prozent haben, hingegen die BE für den BER II von 88 bis 93 Prozent. „Die IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) betrachtet bereits Uran mit einem Anreicherungsgrad von mehr als 20 Prozent als waffentauglich. Das Uran aus den Brennelementen des BER II ist mithin „bestes“ waffentaugliches Material. – Auch beim so genannten Abbrand bestehen beträchtliche Unterschiede. Die dem Brennelement entzogene Energie pro Masse ist bei den BER-II-Brennelementen erheblich größer als bei LWR-Brennelementen. Daraus folgt, dass die im BER II verwandten Brennelemente pro Masse erheblich mehr radioaktive Spaltprodukte beinhalten als die Brennelemente aus LWR. Daher sind diese Brennelemente auch problematischer wiederaufzuarbeiten als LWR-Brennelemente.“ „Aus diesem Grund gab und gibt es in den USA, wohin bisher die Brennelemente des HMI verbracht wurden, keine zivil genutzte Wiederaufarbeitungsanlage für Brennelemente aus Forschungsreaktoren.“ „Die Wiederaufarbeitung in den USA beinhaltet zudem eine Wiederverwendung des hoch angereicherten Urans aus den Brennstäben des Hahn- Meitner-Instituts für den militärischen Nutzungskreislauf. Das hoch angereicherte Uran wurde als Treiberbrennstoff in den Produktionsreaktoren des „Savannah River Plant“ im US-Staat South Carolina eingesetzt, um den Neutronen-Output im Reaktorkern zur Herstellung waffenfähigen Materials – vor allem Tritium – zu steigern.“ „Dieser Entsorgungspfad in den USA ist jedoch nicht länger verfügbar, weil die dafür genutzten Anlagen derzeit nicht betrieben werden können, da hierfür umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden müssen.“

Angesichts der durch die Anlagen in Savannah River Plant hervorgerufenen schwerwiegenden Umweltprobleme „bestehen berechnete Zweifel, dass die Anlagen in absehbarer Zeit wieder zur Verfügung stehen werden.“ Ähnlich verhält es sich mit dem evtl. in Frage kommenden Atomstandort Dounreay in Schottland. Im Übrigen kann sich das HMI auch nicht auf die für die Entsorgung von Atomkraftwerken geltenden Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge vom 28. Februar 1980 berufen, weil weder eine Wiederaufbereitungsanlage noch ein Endlager für radioaktive Abfälle in Sicht sind. Das „Prinzip Hoffnung“ allein würde nicht den Anforderungen des Atomgesetzes nach einer schadlosen Verwertung oder geordneten Beseitigung radioaktiver Abfälle gerecht werden. Damit vertritt die Umweltsenatorin eine Position, die auch der Kieler Energieminister Günther Jansen (SPD) vertritt. Wenige Tage später versagt Michael Schreyer mit dem richtungweisenden Bescheid vom 10. August 1990 die Betriebsgenehmigung für den Forschungsreaktor. Dazu der renommierte Atomrechtsexperte Reiner Geulen in einem Interview mit der taz: „Eine Genehmigung wäre rechtswidrig“ und Niedersachsens Umweltministerin Griefahn: „Frau Schreyer hat auch vollkommen richtig entschieden.“

Unbeeindruckt von der Rechtslage stellt die CDU-Opposition am 15. August 1990 einen Misstrauensantrag gegen Michael Schreyer. Forschungspolitiker der CDU/CSU Bundestagsfraktion stellen öffentliche Überlegungen an, ob Michael Schreyer „nicht persönlich in Amtshaftung“ zu nehmen sei. Mit einer von HMI-Geschäftsführer Hans Stiller initiierten und von 516 Mitarbeitern/innen unterzeichneten ganzseitigen Anzeige im Tagesspiegel vom 25. August 1990 wird der Regierende Bürgermeister von Berlin aufgefordert, „Verantwortung zu übernehmen und das HMI als Großforschungseinrichtung zu erhalten.“ Bezüglich der vom HMI seit 1957 ungeklärten Entsorgungsfrage heißt es: „Wir unterstützen deshalb die Initiative des Senats beim Bund zur Entwicklung eines deutschen Entsorgungskonzepts für Forschungsreaktoren.“ In einem Interview mit der Berliner Abendschau antwortet Stiller auf die Frage ungeklärter Entsorgung: „Das machen doch alle so“ und weiter, dass ja evtl. Strahlenschäden beim Menschen „nicht sofort zum Tode“ führen würden. Sekundiert wird diese Haltung mit Anzeigen des „Informationskreises Kernenergie“ in Tageszeitungen vom 21. und 28. August 1990. Darin wird behauptet, dass durch den Einsatz verbesserter Techniken die Ableitung radioaktiver Substanzen aus bundesdeutschen Kernkraftwerken in die unmittelbare Nachbarschaft auf 15,5 bzw. 25% des ursprünglichen Wertes von 1978 so reduziert sei, dass sie im Normalbetrieb „zwar rechnerisch erfassbar, aber nicht mehr messbar sind.“ In den USA sei sogar die Mehrheit der „grünen“ Bevölkerung der Auffassung, dass Strom aus Kernenergie die wichtigste Energiequelle der Zukunft darstellen würde.

In aufgeheizter Stimmung stimmt am 20. August 1990 das Abgeordnetenhaus von Berlin über den Misstrauensantrag der CDU ab. Die zusammen mit den rechtskonservativen Republikanern (REP) abgegebenen Stimmen der CDU reichen jedoch nicht aus, Michael Schreyer zu entmachten und damit die notdürftig gekittete Koalition von SPD und Grünen zu kippen. Zum endgültigen Eklat kommt es, als unter Momper und seinem Innensenator Erich Pätzold (SPD) in den frühen Morgenstunden des 12. August 1990 begonnen wird, die bis dahin friedlich und in guter Nachbarschaft zu anderen Anwohnern lebenden Hausbesetzer/innen in der Mainzer Str. in Berlin-Friedrichshain zu räumen. Zum guten Nachbarschaftsklima gehören die von den Hausbesetzern geschaffenen gemeinwohlorientierten Einrichtungen Volksküche und Volksbibliothek.

Die Empörung über die überraschende Räumung ist riesengroß, zumal die Räumung illegal ist. Der gut ausgerüsteten Berliner Polizei schlägt ein so erbitterter Widerstand entgegen, dass zur Verstärkung 1 200 Polizisten aus Westdeutschland angefordert werden müssen. Auf dem Höhepunkt der Häuserkämpfe werden hektisch Hausbesitzer gesucht, um mit nachträglichen Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs die Polizeieinsätze zu rechtfertigen. Am dritten Tag, dem 14. August, bekommt die Polizei die Lage unter Kontrolle. Einen Tag später kündigt die AL ihre Koalition mit der SPD auf. Hinterher geben die drei von der AL gestellten Senatorinnen ihren Rücktritt bekannt. Bis zu den Neuwahlen am 2. Dezember 1990 übernimmt der als Zehlendorfer Reaktorgegner in Erscheinung getretene bisherige Finanzsenator Norbert Meisner (SPD) kommissarisch den Posten von Michael Schreyer. Dem starken Druck der Reaktorverfechter ist er nicht gewachsen. Am 26. November 1990 hebt Meisner ohne Prüfung der Akten und ohne Rücksprache mit Michael Schreyer den ablehnenden Bescheid für den Forschungsreaktor aus formellen rechtlichen Gründen auf. Hauptargument gegen den aus sachlichen Gründen nicht zu kippenden Bescheid seiner Amtsvorgängerin sei die Beteiligung von Schreyers Staatssekretär Groth im HMI-Verfahren. Nach Ansicht der ehemaligen Umweltsenatorin eine absurde Behauptung, weil Groth „weder weisungs- noch entscheidungsbefugt“ gewesen sei. Nach den Wahlen am 2. Dezember 1990 ist die CDU mit 40,3% wieder die stärkste Partei in Berlin, gefolgt von der SPD mit 30,5% der Wählerstimmen. Die AL rutscht auf 5% ab. Danach bleibt Momper zunächst SPD-Landesvorsitzender, erklärt aber am 17. August 1992 im Zusammenhang mit seiner neuen Tätigkeit als Geschäftsführer der Immobilienfirma des in politische Skandale tief verstrickten Baulöwen Dr. Ellinghaus seinen Rücktritt.

Der frisch gewählte Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz Volker Hassemer (CDU) bastelt an der neuen Betriebsgenehmigung. Zur Verbesserung der Sicherheit nimmt er Korrekturen vor und installiert ein für Forschungsreaktoren ungewöhnliches Fernüberwachungssystem. Von der unbedingt notwendigen Betonkuppel wie bei dem Münchener Forschungsreaktor will Hassemer aus Kostengründen nichts wissen. Ebenso wenig von der Lösung der Entsorgungsfrage. Er lässt es beim Alten. Die Entsorgungslage verschlechtert sich sogar. Mit Schreiben vom 4. März 1991 teilt die Transportfirma Nuclear Cargo Service mit, dass die Verschiffung des hochgiftigen Atommülls zur in Frage kommenden schottische Wiederaufbereitungsanlage in Dounray ab kommendem Jahr keinen Versicherungsschutz mehr genießt. Mit einem Dringlichkeitsantrag der Bezirksversammlung von Zehlendorf vom 13. März 1991 von der Fraktion der Grünen/AL und der WUB soll sich das Bezirksamt beim Senat von Berlin sofort und mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die für den 15. März avisierte Betriebsgenehmigung nicht erteilt wird, weil derzeit effektiv keine Entsorgungsmöglichkeit besteht und eine Lagerung plutoniumhaltigen Mülls auf dem Gelände des HMI nicht zu verantworten wäre. Diese letzte Möglichkeit, sich gegen die bevorstehende Betriebsgenehmigung zu wehren, verspielt die Zehlendorfer SPD. Einer ihrer Bezirksverordneten enthält sich der Stimme, so dass bei Stimmgleichheit von 21:21 der Dringlichkeitsantrag abgelehnt wird. Trotz der fatalen Sicherheits- und Entsorgungslage erteilt Volker Hassemer am 26. März 1991 die dritte Teilgenehmigung für den Reaktorbetrieb und verfügt die sofortige Vollziehung. Beratungen des Klägers mit der ihm am meisten unterstützenden FIZ führen zum Ergebnis, dass das Verhalten der Genehmigungsbehörde nicht akzeptiert werden darf und weiter prozessiert werden

soll.

Mit Schriftsätzen vom 9. April 1991 wird die dritte Teilgenehmigung der Betriebsgenehmigung angefochten und der Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gestellt. Neben nicht ausreichend geklärten technischen Fragen wird bemängelt, dass neuen Erkenntnissen über radioaktive Strahlung und einer veränderten Sicherheitslage nicht Rechnung getragen wird. Außerdem ist die Gefahr explodierender Kriegsmunition nicht ausreichend geprüft. Überdies darf keine Genehmigung bei fehlender Entsorgungsvorsorge erteilt werden.

Das regierungskonforme und sich auf formelle Kriterien berufende Gericht will sich nicht tiefer mit den Argumenten des Klägers auseinandersetzen. Bereits am 4. Juli 1991 beraumt es die mündliche Verhandlung an. Mit Beschluss vom 8. Juli 1991 lehnt es den Antrag auf Aussetzung des sofortigen Vollzuges der Genehmigung zur Aufnahme des nuklearen Betriebes des Forschungsreaktors ab. Ohne eigenen Standpunkt schließt sich das Gericht den Behauptungen der als sachkundig erachteten Genehmigungsbehörde und den fragwürdigen Rechtskonstruktionen international tätiger Starnanwälte des Betreibers an. Um ein Beispiel zu nennen: Auf die Forderung des Klägers nach einer Betonummantelung des Reaktors wegen der deutlich gestiegenen Gefährdung durch die Zunahme des Flugverkehrs und des internationalen Terrorismus wird vorgehalten, dass der Kläger auf die Bestandskraft der Errichtungsgenehmigung präkludiert sei. Im Übrigen seien zum Schutz vor Terror und Sabotage organisatorische Maßnahmen getroffen worden, die aber geheim bleiben müssen, weil sie sonst wirkungslos werden würden. Bei dieser Sachlage sieht der Kläger in einem Anwaltswechsel die letzte Möglichkeit, Recht zu bekommen. Zunächst wird eine gestandene Rechtsanwältin aus der Anti-AKW-Szene beauftragt, dann eine eher traditionelle Rechtsanwaltskanzlei. Doch letzten Endes kann auch dadurch kein Blumentopf gewonnen werden. Dafür erfährt der Kläger viel Solidarität aus allen Teilen der Bevölkerung. Namhafte Künstler spenden Skulpturen, Gemälde und Zeichnungen, die von einer Galerie professionell versteigert werden. Benefizkonzerte und Zirkusveranstaltungen bereichern das Spendenaufkommen, so dass am Ende des 12 Jahre dauernden Rechtsstreits noch ein kleiner Rest übrig bleibt, der zwei jungen Wissenschaftlern als Dank für ihre kostenlosen Expertisen überwiesen wird. Zuvor verdient eine Meldung des „BERLINER KURIER AM SONNTAG“ vom 4. Mai 1997 Beachtung. Unter der Überschrift „Beim Nachbarn der Atomforscher sind die Trauben verstrahlt“ wird berichtet, dass Berlins einziger Atomreaktor künstliche radioaktive Stoffe abgibt und damit das Obst in den nur 300 Meter entfernten Kleingärten, in denen der Flieder blüht und Kinder spielen, verstrahlt. Als Quelle nennt der KURIER einen Anwohner, der seine Behauptung mit einem Messprotokoll der Landesmessstelle vom 2. September 1995 belegt. Lt. Protokoll sind unter anderem die für Atomreaktoren typischen Radionuklide Cerium-141 und Neptunium-239 (das zu Plutonium-239 zerfällt) nachgewiesen. Wegen ihrer verhältnismäßig kurzen Halbwertszeiten von 32,5 bzw. 2,4 Tagen können sie nach einer Analyse des Umweltinstituts München nur aus dem HMI stammen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, entgegnet der vom KURIER befragte Pressesprecher des Hahn-Meitner-Instituts Thomas Robertson: „Aus dem Reaktor entweicht keine künstliche Radioaktivität. Wir messen ständig.“ Derselben Meinung ist die Senatsumweltverwaltung. Dort ist man sich sicher, dass die Maschine die die beiden Stoffe festgestellt hatte, defekt war. Werden doch sonst auch alle Vorkehrungen getroffen, dass keine erhöhte Radioaktivität festgestellt wird. Die

Messgeräte der Nah- und Fernüberwachung sind so angebracht, dass sie jeweils im Windschatten der radioaktiven Ableitungspfade befestigt sind. Zum Beispiel befindet sich in einem angrenzenden Kleingarten das Messgerät versteckt an der dem Reaktor abgewandten Rückseite eines Baumes. Vor der an einer Straßenlaterne angebrachten Fernüberwachung in der Königstraße in Wannsee steht der große Rathausbau. So kann die Institutsleitung behaupten, dass sich bis auf eine Ausnahme die radioaktiven Emissionen im Bereich von 0,7 Mikrosievert pro Jahr bewegen und damit „gesundheitsunschädlich“ seien. Übrigens ist der Pächter des Gartens, der seine Weintrauben zur Verfügung stellte, kurze Zeit später an Krebs verstorben. Er hielt sich gern zur Entspannung im Garten auf. Sein zu guter letzt angeschaffter Geigerzähler hat seine Witwe dem Kläger überlassen. Die laufend durchgeführten Messungen mit dem Gerät, das nach Auskunft eines Fachmannes durchaus den geeichten Geräten der Landesmessstelle entspricht, ergeben stets Messwerte, die doppelt so hoch sind wie die offiziellen Werte.

Um der Forderung nach Stilllegung des die Gesundheit gefährdenden Atomreaktors Nachdruck zu verleihen, kippen Umweltaktivisten am 21. Mai 1997 eine Wagenladung verstrahltes Obst und Gemüse vor dem Amtssitz des Umweltsenators Peter Strieder aus. Als energiepolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen schließt sich Hartwig Berger der Forderung nach Abschaltung des Atomreaktors an. Wenige Tage nach der Aktion am Sitz des Umweltsenators beginnt die letzte Gerichtsverhandlung in dem sich über ein Jahrzehnt hinziehenden Rechtsstreit.

Mit dem OVG-Urteil vom 28. 5. 1997 wird der Prozess gegen das HMI rechtskräftig abgeschlossen. Die Klage wird ohne Zulassung einer Revision abgewiesen. Als Kleine Aufmerksamkeit übergibt der Kläger gegen Ende der Verhandlung dem Präsidenten des OVG, Prof. Dr. Wilke, für seine Bemühungen bei der Rechtsausfindung ein symbolisches Atommüllfässchen.

In der Begründung der „IM NAMEN DES VOLKES“ verkündeten Gerichtsentscheidung wird auf zuvor erteilte Genehmigungen verwiesen, die Bestandskraft erlangt hatten. Übrig bleiben ungelöste Probleme wie der mangelnde Strahlenschutz und die fehlende schadlose Beseitigung der radioaktiven Hinterlassenschaften. Angesichts des von Politik und Wirtschaft ausgehenden Drucks hat sich das Gericht an die Buchstaben wirklichkeitsfremder Gesetze geklammert. Trotz der bereits zur Zeit der Urteilsfindung geltenden gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass es eine ungefährliche Dosis radioaktiver Strahlung nicht gibt, hat das Gericht am 30mrem-Konzept der veralteten Strahlenschutzverordnung festgehalten. Als Begründung führt das Gericht aus, dass das 30mrem-Konzept auf den Empfehlungen der Internationalen Kommission für Strahlenschutz (ICRP) basiert. Dabei verschließt das Gericht seine Augen vor der Tatsache, dass es sich bei der ICRP um einen geschlossenen Kreis sich gegenseitig nominierender Vertretern ziviler und militärischer Atomanlagen handelt. Die Teilnahme von Ärzten beschränkt sich auf Radiologen, die ein besonderes Interesse an der Strahlennutzung haben. Das im Hinblick auf das Schutzkonzept nicht erklärbares Ergebnis der wissenschaftlichen Studie einer Diplom-Biologin und eines Diplom-Physikers, dass sich weltweit in der Nähe von Atomanlagen ein konsistentes Bild auf erhöhte Leukämieinzidenz und Mortalitätsraten bei Kindern ergibt und andere vom Kläger vorgelegte fachliche Darstellungen – einschließlich derjenigen zum Petkau-Effekt - veranlassen das Gericht lediglich zur Bemerkung:..., „dass es in der Strahlenkrebsforschung noch zahlreiche ungeklärte und zum Teil kontrovers diskutierte

Probleme gibt und dass hinsichtlich dieser wissenschaftlichen Forschung sowohl im maßgebenden Zeitpunkt der Erteilung der Betriebsgenehmigung als auch derzeit noch vieles im Fluss ist“. Zum in § 28 Abs. 1 Nr. 2 StrlSchV geregelten Strahlenminimierungsgebot führt das hohe Gericht aus: „Dass diese Vorschrift keinen Drittschutz vermittelt, entspricht seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. Dezember 1980 (BVerwGE 61, S. 256) der herrschenden Rechtsprechung...“

Als während der Hauptverhandlung die radioaktive Belastung mit den künstlichen Radionukliden Ce-141 und Np-239 im Obst der ans HMI angrenzenden Kleingärten behandelt wurde, musste der Sprecher der Umweltbehörde einräumen, dass das Computerprotokoll mit den Messwerten nachträglich mit dem handschriftlichen Vermerk versehen wurde „Unterhalb der Nachweisgrenze“, weil die Nachweisgrenze nur um 10 Prozent überschritten wurde. Da mit der willkürlichen Heraufsetzung der Nachweisgrenze für das Gericht die Welt wieder in Ordnung ist und die Messungen der Fernüberwachung „Anhaltspunkte für derartige Emissionen des Reaktors mit der Fortluft nichts hergäben“... „war daher ebenfalls eine weitere Sachaufklärung durch das Gericht nicht geboten.“ Zum Problem der nach dem Atomgesetz geforderten schadlosen Beseitigung der radioaktiven Abfälle bemerkt das Gericht lakonisch: „Die Entsorgungsregelung des § 9a AtG als solche vermittelt keinen Drittschutz (vgl. BVerwG, Urteil vom 22. Januar 1997, a. a. O., UA S 28). Es bedarf deshalb keiner Klärung, ob die in der Betriebsgenehmigung getroffene Entsorgungsregelung nach den tatsächlichen und rechtlichen Gegebenheiten im Genehmigungszeitpunkt in jeder Hinsicht objektiv rechtmäßig ist.“

Hinsichtlich nicht auszuschließender terroristischer Angriffe hätte der Kläger keine konkreten Anhaltspunkte dafür vorgetragen, dass die vorgesehenen Schutzvorkehrungen organisatorischer Art nicht ausreichend sind. „Überdies ist die Gefahr terroristischer Angriffe mit panzerbrechenden (Kriegs-) Waffen dem allgemeinen Bevölkerungsrisiko und damit dem Restrisiko zuzuordnen (es folgen Hinweise auf antiquierte Urteile und Beschlüsse aus den Jahren 1975, 1976 und 1978).“

Von der Mainstream-Presse wird das Urteil mehr oder weniger kritiklos mit ziemlich gleich lautenden Überschriften hingenommen. So am 29. Mai 1997 die taz: „Gerichtsurteil zum HMI-Reaktor“, die Berliner Morgenpost: „Reaktor-Urteil: Keine Gefahr, Betrieb ist rechtmäßig“, der Tagesspiegel (Tsp.): „Reaktor wird nicht abgeschaltet, Oberverwaltungsgericht weist Klage eines Anliegers zurück“, Berliner Zeitung: „Richter weisen Klage gegen Atomreaktor ab“ etc.

Immerhin hat der Tsp. als einzige Tageszeitung den Anwalt des Klägers befragt und einen Tag später am 29. Mai 1997 berichtet, wie enttäuscht der Anwalt vor allem über die wenig überzeugenden Entscheidungsgründe der Richter zum Vorwurf waren, dass der Reaktorkern genehmigungswidrig betrieben werde. Inzwischen hat auch die taz weitere Informationen eingeholt und schreibt am 29. Mai 1997 unter der Überschrift „Kampf gegen HMI-Reaktor soll weitergehen“: „Nach der Abweisung der Klage gegen den Atomreaktor im Hahn-Meitner-Institut (HMI) in Wannsee haben die Grünen und das Anti-Atom-Forum zu weiterem Widerstand aufgerufen. Nach dem juristischen Scheitern müsse die Abschaltung jetzt politisch entschieden werden, erklärte der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Hartwig Berger. Neben der Gefährdung der Umwelt belaste der Reaktor durch seinen Atommüll weiterhin die Umwelt und verseuche über das Zwischenlager im schottischen Dounreay den Nordatlantik. Vor allem aber sei der Reaktor für die Forschung überflüssig und fresse das Geld für sinnvolle

Umweltforschung, erklärte Berger. "Markus Will vom Anti-Atom-Plenum schließt sich der Kritik an und steuert bei, dass man sich nun verstärkt auf phantasievolle direkte Aktionen konzentrieren wolle.

Die kurze Zeit später im Darmstädter Amtsgericht eröffnete Ausstellung des Berliner Karikaturisten und ehemaligen Strafverteidigers Philipp Heinrich passt gut zum OVG-Urteil. Unter dem Titel „Justitia greift sich an den Kopf“ berichtet die Frankfurter Rundschau vom 11. Juni 1997: „Heinrich thematisiert den Zwiespalt zwischen Recht und Gerechtigkeit“. Er weist mit dem Zeigefinger kritisch darauf hin, wie Juristen zu angepassten Ja-Sagern und sturen Paragraphenreitern ausgebildet werden, und dass auf dem Instanzenweg „Humanität und Humanismus auf der Strecke bleiben,“

Zur Strahlenproblematik sei abschließend ein Sachverhalt erwähnt, der bisher unter der Decke gehalten wurde. Die zweimonatlich erscheinende Umweltzeitung „Grünstift“ bringt sie mit der Ausgabe vom 7. August 1997 ans Tageslicht: „Dumm gelaufen: Wenige Tage nach der Urteilsverkündung erschien der Jahresbericht des Bundesumweltministeriums 1994, in dem die Behörde feststellte, dass der seit 1991 betriebene Forschungsreaktor erhebliche Mengen radioaktiver Edelgase und Tritium emittiert hat. Und mehr noch: Der Forschungsreaktor ist trotz seiner Winzigkeit Spitzenreiter bei der Emission von Jod, Kohlenstoff und Tritium, zum Teil in ähnlichen Mengen wie der „große Bruder“ in Krümmel. Pech für den Kläger, dass der Jahresbericht zum Prozess noch nicht vorlag, und dem Gericht die Gutachtenlage bei der Urteilsbegründung unklar erschien. Und ein Schelm, wer Abgründiges dabei denkt.“

Nach Meinung des Klägers und seiner Mitstreiter/innen trägt der Richterspruch nichts zur Problemlösung bei. Dennoch war der Kampf nicht vergebens. Während des Prozesses ist im Gegensatz zum Münchener Forschungsreaktor erreicht worden, dass die Brennelemente des Atomreaktors von hoch angereichertem waffenfähigem Uran-235 (HEU, Highly Enriched Uranium, Anreicherung 93 Prozent) auf niedrig angereichertes Uran-235 (LEU, Lightly Enriched Uranium, Anreicherung 20 %) umgerüstet worden sind. Außerdem ist dem HMI die nukleare Suppe so versalzen worden, dass an eine weitere Leistungserhöhung des Atomreaktors nicht mehr im Entferntesten gedacht wird.

Nach den etwas vollmundigen Worten der Anti-Atom-Initiativen und der Grünen will der angekündigte Protest gegen den Weiterbetrieb des Berliner Atomreaktors nicht mehr so recht in Gang kommen. Ein Babelsberger Heilpraktiker, dem zu Ohren gekommen ist, dass die Betreiberangaben über gesundheitsunschädliche Strahlung beim Normalbetrieb des Atomreaktors nicht der Wahrheit entsprechen, lässt nicht locker und bewirkt, dass sich die Einzelinitiativen unter dem Dach von Anti-Atom-Berlin (AAB) Atomgegner/innen vernetzen. Die bisher sehr rührige FIZ sieht keinen Sinn mehr, gegen den Wannsee-Reaktor anzukämpfen und engagiert sich bei den Mayors For Peace, damit sich die Städte auf der ganzen Welt aktiv für die Abschaffung der Atomwaffen einsetzen. Dafür nimmt die Zusammenarbeit mit IPPNW und den Naturfreunden an Fahrt auf. Das zum Schutz aller Atomanlagen errichtete Lügengebäude unschädlicher künstlich erzeugter radioaktiver Niedrigstrahlung soll endlich zum Einsturz gebracht und die Welt von der Bedrohung durch Atomwaffen befreit werden. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bildet sich schnell unter tatkräftiger und zielstrebigem Unterstützung Babelsberger, Potsdamer und Wannseeer Bürger/innen innerhalb von Anti-Atom-Berlin die Standortgruppe atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de. Dazu stößt noch ein Dozent einer Potsdamer Fachhochschule. Zusammen mit dem ehemaligen

Kläger spannt er die EU-Kommission ein, sich mit dem Atomreaktor in Wannsee auseinandersetzen, weil der vergrößerte Reaktor mit seinen weiterhin ungelösten Problemen einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht standhalten würde. Der umfangreichen Schriftwechsel, einschließlich eines Umweltbeschwerdeverfahrens und einer Petition bleiben jedoch erfolglos. Auf Berliner Ebene ist das HZB mit Demonstrationen, Dekontaminierungsübungen, einer Luftballonaktion zur Kenntlichmachung der Ausbreitung radioaktiver Strahlung, einem Autokorso durch Berlin mit dem seit 40 Jahren politisch interessierte Motorradclub Kuhle Wampe, kurzzeitigen Verkehrsblockaden am Mexikoplatz in Nikolassee zur Beachtung der Evakuierungszone im „Ernstfall“, Informationsveranstaltungen, Presseerklärungen, Veröffentlichungen in bürgernahen Medien, Podiumsdiskussionen mit Politikern und das erste und letzte Mal sogar mit HZB-Vertreter/innen im Verdi-Gewerkschaftshaus in Wannsee etc. bis zum Abschalten des Atomreaktors Ende 2019 auf Trab gehalten worden.

1986–1990 Militarisierung des Weltraums – Ein Atomwaffenexperiment läuft schief

28. März 1986: Lt. Wikipedia werden zwei Geheimabkommen zwischen den USA und der BRD zur strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) und zum Technologietransfer unterzeichnet. 1990 liegen zu diesem Zweck bereits 38 Verträge mit deutschen Forschungseinrichtungen und der Industrie vor.

12. September 1986: Aus einer lapidaren Zeitungsmitteilung geht hervor, dass im Kernkraftwerk Krümmel erhöhte radioaktive Werte gemessen worden sind. Auf Anfrage teilt der Betreiber mit, es könne „definitiv ausgeschlossen werden, dass der Anstieg der Radioaktivität im Werk selbst verursacht worden sei.“ Ein Grund zur Unruhe würde nicht bestehen. Daran halten sich alle, bis Anfang der 1990er Jahre die ersten Fälle von Blutkrebs, vor allem bei Kindern auftauchen. Die über viele Jahre anhaltende höchste Leukämierate Deutschlands alarmiert die Bevölkerung. Weil die von der Regierung 1991 und 1992 eingesetzten Untersuchungskommissionen nichts finden, nehmen unabhängige Wissenschaftler mit Unterstützung der dortigen Bürgerinitiative selbst Boden- und Staubproben in der Umgebung von Geesthacht vor. Sie finden lt. Strahlentelex vom 5. April 2007 u. a. bis zu einem Millimeter große radioaktive Kügelchen des künstlich erzeugten Radionuklides Americium-243. Da solche Kügelchen keiner Anlage im Normalbetrieb entweichen können, muss es eine Explosion gegeben haben.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, leugnet die Landesregierung die Existenz dieser Mikrokügelchen oder tut sie als Wurmkot ab. In der anschließenden Gutachterschlacht kann vor laufender Kamera nachgewiesen werden, wie vom Staat zur „Aufklärung“ eingesetzte Institute Gutachten manipulieren. Die Bürgerinitiative wollte der Angelegenheit auf den Grund gehen und beabsichtigte, die Unterlagen der Feuerwehr aus dem Unglücksjahr 1986 einzusehen. Kurz zuvor brennt die zuständige Feuerwache aus ungeklärter Ursache vollständig ab.

Nach dem Urteil des mit dem „Nuclear-Free Future Award“ ausgezeichneten Physikers Dr. Sebastian Pflugbeil ist der Unfall auf ein illegales Kernwaffen-Experiment im GKSS-

Forschungszentrum in Geesthacht zurückzuführen. Lt. <https://www.jungewelt.de/artikel/49056.da-wurde-wohl-an-einer-a-bombe-gebaut.html>

deutet alles darauf hin, dass Experimente gemacht wurden, die in der Literatur Hybridversuche heißen. Dabei geht es darum, Eigenschaften von Kernfusion und Kernspaltung zu kombinieren. Diese Experimente eignen sich für die Entwicklung von Mini-Atomwaffen.

16. Oktober 1987: Die taz veröffentlicht eine Schwarze Liste der CIA, dass wegen des Atombombenverdachts ohne Sondergenehmigung u. a. keine High Tech an das BMFT und an Kernforschungszentren geliefert werden darf. Als eines der größten Institute, die sich mit Atomwaffentechnik beschäftigen hatte der CIA das Kernforschungsinstitut Karlsruhe identifiziert. Das HMI fiel nicht darunter. Allem Anschein nach wollte man nicht die für beide Seiten förderliche Zusammenarbeit in der Atomwaffenforschung gefährden, wie z. B. Untersuchungen zur Langzeitlagerung von Atomwaffen (Los Alamos Natural Lab Structural and Magnetic Characterization of Actinide Materials; Nr.95665).

23. März 1988: Lt. taz warnt der DGB vor Militärforschung. Bundesvorstandsmitglied Richert sieht eine „schleichende Umorientierung der Forschungspolitik der Bundesregierung vom zivilen zum militärischen Bereich.“ Während von 1982 bis 1986 die Gesamtausgaben für zivile Forschung lediglich von 4,35 Prozent auf 10,65 Prozent gestiegen sind, haben sich die Ausgaben für die Wehrforschung um fast 57 Prozent erhöht. Dafür seien Mittel zur Humanisierung der Arbeit um mehr als 13 Prozent zurückgegangen.

April 1989: Lt. Wikipedia gründet Forschungsminister Riesenhuber zur Koordination der Raumfahrtaktivitäten die Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten (DARA) mit Sitz in Bonn. Gleichzeitig übernimmt die DARA Management- und Projektträgeraufgaben von der Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) sowie vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT). DFVLR wird in die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) umbenannt.

Die aus öffentlichen Mitteln finanzierte DARA ist privatrechtlich als GmbH organisiert. Alleiniger Gesellschafter ist der Bund. Das Verteidigungsministerium sitzt mit einem Staatssekretär im Aufsichtsrat. Die bisher scheinbare Trennung von ziviler und militärischer Raumfahrt ist damit endgültig aufgehoben. Im Einklang mit dem Verteidigungsministerium kann Großmachtambitionen freien Lauf gelassen werden, ohne dass jemand in die Karten gucken kann.

22. April 1990: Auf Einladung der FIZ hält aus Anlass einer Demonstration vor den Toren des HMI Michael Lowe von der Energy Research Foundation – einer Stiftung für alternative Energieforschung – eine Rede mit der er auf die Verstrickung des HMI bei der Herstellung nuklearer Waffen in Savannah River Plant/USA aufmerksam macht. „Angereichertes Uran wird im HMI im Reaktor verbrannt und dann nach Savannah River Plant gebracht. Diese verbrauchten Brennstäbe werden dazu benutzt, um Atomwaffen für die USA herzustellen. Die USA schickt dann wieder hoch angereicherten Brennstoff zurück. Welch ein Kuhhandel. Also auch Sie in Berlin spielen eine Rolle im Wettrüsten.“

20. Juni 1990: Auf einer gemeinsamen Veranstaltung von AL, ARGUS Potsdam (Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung), FIZ und Neuem Forum Potsdam hält Chris Bunyan von der Schottischen Bewegung gegen atomare Bedrohung (SCRAM) in der Fachschule für Gesundheitswesen in Potsdam eine Rede zur geplanten „Entsorgung“ abgebrannter HMI-Brennstäbe nach Dounray/Schottland.

„Ich bin in Ihrem Land diese Woche, weil ich versuchen möchte, Sie davon zu überzeugen, keinen radioaktiven Müll in mein Land zu schicken...“ Als Begründung nennt er zehnfach höhere Leukämieerkrankungen bei kleinen Kindern, verursacht durch zwei Wiederaufbereitungsanlagen mit denen Plutonium und Uran als waffenfähige Kernbrennstoffe gewonnen werden.

1990–1999 Einigungsvertrag – Gleichschaltung der DDR-Wissenschaft

12. September 1990: Nach Bekundungen der BRD und DDR „ auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen“ zu verzichten und der Erklärung, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird sowie, „dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“, ist der Zwei-plus-Vier- Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR einerseits sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits in Moskau unterzeichnet worden.

In den Vorgesprächen erklärte US-Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 in Moskau gegenüber Präsident Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse als Begründung, dass Deutschland weiterhin Mitglied der NATO bleiben soll: „Würden Sie ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der NATO und ohne US-Streitkräfte, dafür aber vielleicht mit eigenen Atomwaffen, lieber sehen?“

Nach Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde tritt der Vertrag mit einer offiziellen Zeremonie am 15. März 1991 in Kraft.

Der 2+4-Staatsvertrag beendet die seit Juni 1945 von den Vier Alliierten beanspruchten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und bewirkt die volle völkerrechtliche Souveränität Deutschlands. Jetzt hat die unter der zerstörerisch wirkenden Gesinnung Adenauers herangewachsene Generation freie Hand und kann - bestätigt von ewiggestrigen - richtig loslegen. Nach und nach werden dezentrale Strukturen durch zentrale Strukturen ersetzt, Friedensforschung durch „Sicherheitsforschung“ abgelöst, investigative Journalisten wie Ekkehard Sieker -- er machte z. B. öffentlich, dass die ZDF-Dokumentation über Pläne, dass Fidel Castro Kennedy ermorden wollte, erlogen war -- durch PR-Journalisten ersetzt und demokratische Einrichtungen der Zivilgesellschaft im Inland finanziell ausgetrocknet und umgepolt werden – zuletzt mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac, Campact und VVN-BdA. Hingegen werden „demokratische“ Einrichtungen der Zivilgesellschaft im Ausland unterstützt.

Bei einer stetig steigenden Mitarbeiterzahl wird das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, kurz Bundespresseamt (BPA) zu einem Neusprech-Propaganda-Amt ausgebaut und umgebildet. Ursprünglich war das BPA eine Abteilung des 150 Mitarbeiter beherbergenden Kanzleramtes. Heute arbeiten im jetzt selbständig gewordenen BPA 470 Mitarbeiter und im Bundeskanzleramt 750.

Um den Unmut der Bevölkerung über eine verfehlte Politik zu kanalisieren, kommen befähigte Meinungsmanager mit wissenschaftlichen Fachkenntnissen in Soziologie, Psychologie, Anthropologie und Verhaltensökonomie zum Einsatz. Im Orwellschen Sprachgebrauch werden Kriegseinsätze um Absatzmärkte und Rohstoffe und um gefälligere Regime als gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Rettungseinsätze, Aufgaben der Konfliktverhütung sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten bezeichnet.

In den juristischen Fakultäten der Hochschulen wird die Unrechtspraxis völkerrechtswidriger Handlungen als eine „Weiterentwicklung des Völkergewohnheitsrechts“ gelehrt. Hochgestellte Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft, Militär, Medien, Wissenschaft und Kultur ziehen in demokratisch nicht legitimierten, gut organisierten, und sich gegenseitig beeinflussenden privaten Netzwerken wie Atlantik-Brücke, Bilderberger Konferenz, Trilaterale Kommission etc. Strippen und lassen die Ergebnisse durch öffentlichen Medien 1:1 verbreiten.

Die verfassungsrechtlich gebotene Trennung von Staat und wirkungsvollen Fernseh- und Rundfunkanstalten wird nach den Links

<https://swprs.org/der-propaganda-multiplikator/> und

<https://www.heise.de/tp/features/Jan-Fleischhauer-die-Atlantik-Bruecke-und-die-CIA-3838580.html?seite=all>

durch Mitglieder der Atlantik-Brücke unterlaufen. Sie stellen regelmäßig die Intendanten. Auch prominente Nachrichtenmoderatoren/innen sind in der Atlantik-Brücke organisiert. Glücklicherweise gibt es immer wieder Persönlichkeiten, die lieber einen Rauswurf riskieren, als sich verbiegen zu lassen.

17. Oktober 1990: Während in der Öffentlichkeit die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Forschung mit einem Atomreaktor an Schärfe zunehmen, besinnt sich die Humboldt-Universität (HU) auf ihre Wurzeln und lädt den Biochemiker Erwin Chargaff zu einem akademischen Festakt ein. Nach der Begrüßung durch den vor einigen Monaten frei gewählten Rektor Heinrich Fink und Überbringung der üblichen Grußworte hielt der in den USA berühmt gewordene Prof. Chargaff zum Thema „Betrachtungen zur Wandlung des Begriffs Universität“ den Festvortrag. Seine Kernthesen: Es gäbe zuviel Forschung. Dieses Zuviel an Forschung sei die eigentliche Ursache der fortschreitenden Zerstörung der Natur. Nach dem zweiten Weltkrieg hätte es eine Forschungsexplosion gegeben, die zu einer wissenschaftlichen und technischen Informationsflut geführt hätte, wie sie vom einzelnen Menschen nicht mehr bewältigt werden kann, selbst mit der Hilfe von Computern nicht; es sei denn, er würde sich auf ein ganz enges Forschungsgebiet beschränken. Der Zwang zur Spezialisierung ließe den Forschern die größeren Zusammenhänge, die Verbindungen zum ganzen nicht mehr wahrnehmen oder sogar absichtlich vergessen.

Vielen Gästen sprach er damit aus der Seele und/oder regte sie zum Nachdenken an. Einer der Zuhörer, Prof. Stiller vom HMI, hat wenige Tage danach Chargaffs Thesen aufgegriffen und bei der Eröffnung einer Ausstellung der TU unter dem Motto „Forschung bestimmt die Zukunft“ Fragen formuliert wie: „Will man die Spezialisten, die so genannten Fachleute, wieder abschaffen oder zumindest an Zahl verringern und etwa durch Universalgelehrte im Sinne von Humboldt ersetzen? Oder wenigstens die Fachleute solchen Universalgelehrten unterordnen?“

Selbst fest in komplexe Strukturen verankert, hat er sogleich geschlussfolgert, dass die mit der Explosion der Informationen und der Zahl der Menschen auf der Erde zunehmenden Probleme nur mit Spezialisten in großen Einrichtungen zu lösen seien. So engagiert wie Erwin Chargaff für längst fällige Reform von Lehre und Forschung warb, wollte der erste nach der Öffnung der Mauer frei gewählte Rektor der HU, der parteilose Geisteswissenschaftler Heinrich Fink, zusammen mit Studenten und Professoren aus eigener Kraft die universitären Strukturen nach dem humboldtschen Konzept der Einheit von Lehre und Forschung erneuern und einer staatlicher Bevormundung entziehen. Als erste Maßnahmen führte er das Studium generale ein und gründete mit Zivilisationsforschung, Friedens- und Konfliktforschung drei neue Fachbereiche. Ein Jahr später am 28. November 1991 erhielt er ohne vorherige Anhörung vom CDU Kultursenator Erhardt die mit sachfremden und falschen Anschuldigungen begründete fristlose Kündigung. Trotz zahlreicher in- und ausländischer Proteste gegen diese Willkür und einer juristisch erstrittenen Weiterbeschäftigung wurde die Kündigung sofort vollstreckt und in nachfolgenden rechtsstaatlich bedenklichen Verfahren bestätigt.

Damit ist verhindert worden, dass aus der HU ein wissenschaftliches Zentrum werden kann, an dem das von Konkurrenz getriebene tödliche Zusammenspiel von Wissenschaft und Rüstung durchbrochen und bedacht werden könnte, was an Errungenschaften des realen Sozialismus beizubehalten ist.

22. November 1990: Ohne die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde des Staatsvertrages am 15. März 1991 abzuwarten, fasst die BRD-Regierung § 16 des Kriegswaffenkontrollgesetzes neu und ermächtigt sich zur völkerrechtlich geächteten Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen, sofern sie der Verfügungsgewalt der NATO unterstellt werden.

14. Februar 1991: Die Ratifikationsurkunde zu den beiden seit 1977 von der Bundesregierung verschleppten Zusatzprotokollen zum Genfer Rotkreuz-Abkommen über den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg ist beim Schweizerischen Bundesrat mit dem Nuklearvorbehalt hinterlegt worden, dass nach dem Verständnis der Bundesrepublik die Bestimmungen über den Einsatz von Waffen nur für das konventionelle Arsenal gelten.

1992: Um mit verstärkter militärischer Kooperation den nationalen Interessen in Deutschland und der Welt mehr Geltung zu verschaffen, wird auf Beschluss des Bundessicherheitsrates unter Admiral a. D. Dieter Wellershoff als Präsidenten die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) errichtet. Wörtlich heißt es: „Führungskräfte aus Bund und Ländern und aus sicherheitspolitisch relevanten privaten Bereichen gemeinsam über die Ressortgrenzen hinaus weiterbilden.“

Die Leitung der BAKS obliegt einem abwechselnd vom Auswärtigem Amt und dem Verteidigungsministerium benannte Präsidenten und Vizepräsidenten sowie einem Direktor der Bereiche Kommunikation, Fachveranstaltungen und Seminare.

Über grundsätzliche Fragen entscheidet das Kuratorium. Es setzt sich aus Mitgliedern des Bundessicherheitsrats unter Vorsitz der Bundeskanzlerin/ des Bundeskanzlers zusammen. Beraten wird das Kuratorium von dem Beirat mit seinen weltlichen und geistlichen Zuarbeitern der Macht wie Prof. Herfried Münkler, Jörg Schönbohm und dem

ehemaligen katholischen Militärgeneralvikar Walter Wakenhut.

Als eine über Ressortgrenzen hinaus reichende Institution für die gesamtstrategische Grundorientierung kommt der Akzeptanzbeschaffung in der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zu. Für diese Rolle werden in Seminaren und Fachveranstaltungen fachlich kompetente Personen in Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien auf Leitungsfunktionen und „die erforderliche Meinungsführerschaft“ vorbereitet. Neben klassischer Pressearbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Internetredaktion, Sozialen Medien und Bürgerdialogen wird der sicherheitspolitische Nachwuchs gefördert. Extra zur gezielten Vernetzung junger Fach- und Führungskräfte aus Politik, Behörden und Gesellschaft wird gemeinsam mit dem Freundeskreis der BAKS im April 2015 der Arbeitskreis „Junge Sicherheitspolitiker“ gebildet.

Organisiert ist die BAKS als selbstständige Dienststelle des Verteidigungsministeriums. Sie unterliegt der Aufsicht des Bundessicherheitsrats.

13. 8. 1992: Die BRD-Regierung veröffentlicht ihren Plan, den ehemals von russischen Streitkräften verwendeten Übungsplatz in der Wittstock-Ruppiner Heide künftig als größten Übungsplatz Europas für Tiefflüge und Bombenabwürfe zu nutzen. Noch im selben Monat finden die erste größere Demonstration mit 4.500 Menschen gegen den als „Bombodrom“ bezeichneten Übungsplatz der Bundeswehr und die Gründung der brandenburgischen BI FREIEHEIDE Kyritz-Wittstock-Ruppin statt. Von Beginn an begleiten Mitglieder der BI-Wannsee den Protest der Anwohner wirksam mit eigenen Beiträgen und Transparenten. Gegen die nicht zum Einlenken zu bewegendende Regierung setzten sich in den folgenden 16 Jahren zunehmend mehr Menschen mit Protestmärschen, Platzbesetzungen und juristischen Verfahren zur Wehr. Mit mehr als 10 000 Teilnehmern finden in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner-Heide die größten Ostermärsche in der BRD statt. Insgesamt nehmen 350.000 Menschen an 112 Protestveranstaltungen teil. Zum endgültigen Scheitern des den Krieg fördernden Projekts dürfte der Prozess vor dem Oberverwaltungsgericht OVG Berlin-Brandenburg am 27. März 2009 beigetragen haben. In die Enge getrieben, warum nach so vielen Jahren immer noch am Betrieb des Bombodroms festgehalten wird, lassen die Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums die Katze aus dem Sack. Insbesondere Atombombenabwürfe sollten geübt werden. Vermutlich um diese Tatsache nicht bekannter werden zu lassen, hat das Bundesverteidigungsministerium auf eine Revision gegen das am selben Tag erlassene abschlägige OVG-Urteil verzichtet.

Ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft. Mitglieder der sich gegen die militärisch genutzte Atomforschung des HMI zusammengefunden haben, waren von Anfang dabei.

1995: Die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) wird in die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren umgewandelt. Ein weiterer Schritt zur inhaltlichen und strukturellen Steuerung, wie zur Praxis gemeinsamer Hochschulberufungen und zu thematischen Prioritäten.

1. Januar 1995: Durch Umbenennung des Kernforschungszentrums Karlsruhe in Forschungszentrum Karlsruhe -Technik und Umwelt erhält das KfK einen zivilen Anstrich.

21. April 1995: In der FAZ gibt Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) bekannt:

“Europa müsse ein gleichrangiger Partner Amerikas mit globaler strategischer Handlungsfähigkeit sein, die von der Beteiligung Amerikas nicht abhängig sei.”

Ohne Atomwaffen ist Gleichrangigkeit und strategische Handlungsfähigkeit nicht zu haben.

1. Oktober 1997: Der Drang immer größer und mächtiger zu werden, führt zur Verschmelzung der DARA mit der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) unter Beibehaltung der Abkürzung DLR zum neuen Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

Mit dieser Fusion wird der kriegsentscheidenden Nutzung des Weltraums Rechnung getragen. Die militärisch herausragenden Geschäftsfelder sind: Raumfahrt, Luftfahrt, Verkehr und Energie. Der Solarenergie kommt dabei die Rolle zu, die im Weltraum stationierten Satelliten dauerhaft mit Energie zu versorgen.

Nach dem Stand von 2019 beschäftigt das DLR etwa 8.700 Mitarbeiter/innen und besitzt an 27 Standorten in Deutschland 40 verschiedene Institute sowie zahlreiche weitere Test- und Betriebseinrichtungen. Wie alle vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gesteuerten Forschungseinrichtungen ist die DLR privatrechtlich als Verein mit Sitz in Köln organisiert.

Der Etat des DLR für eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beträgt im Geschäftsjahr 2018 etwa 1,035 Mrd. Euro. Als Projektträger des BMBF erhalten das DLR und andere namentlich nicht genannte Forschungsprojekte ein zusätzliches Budget von über 3 Mrd. Euro. Weitere Mittel in Millionenhöhe fließen der DLR über Aufträge aus der Rüstungsindustrie zu. Zum Beispiel entwickelte das DLR mit Drittmitteln einer australischen Militärforschungsorganisation Hyperschallflugkörper, die sich als Angriffswaffen mit verringerter Vorwarnzeit nutzen lassen und Erstschlagsoptionen eröffnen (NDR Info „Das Forum“ vom 3. 5. 2014). Sie eignen sich, das strategische Gleichgewicht zwischen den Großmächten noch weiter zu Lasten Russlands zu verschieben.

Üppig mit Geld ausgestattet ist es kein Wunder, dass lt. Link https://www.dlr.de/content/de/downloads/publikationen/broschueren/2016/broschuere-das-dlr.pdf?_blob=publicationFile&v=16

alle abgebildeten fest angestellten und hoch bezahlten Mitarbeiter/innen des Großforschungsinstituts zufrieden lächelnd über ihre tolle Arbeit berichten, von der der jetzige Vorstandsvorsitzende meint:...“es eint sie der gemeinsame Gedanke, im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt an wichtigen Forschungs- und Entwicklungsfragen für unsere Gesellschaft zu arbeiten.“

Als neue Vorstandsvorsitzende für die Zeit ab 1. Oktober 2020 ist im März 2020 die Materialwissenschaftlerin und Maschinenbauerin Professorin Kaysser-Pyzalla gewählt worden. Das DLR ist die erste deutsche Großforschungseinrichtung mit einer Frau an der Spitze. Ob allerdings Anke Kaysser-Pyzalla als Vorbild für bestimmt fähige Wissenschaftlerinnen in einer männlich dominierten Forschungslandschaft dienen kann, ist fraglich. Hatte sie doch als frühere Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Helmholtz-Zentrums Berlin für Materialien und Energie (HZB) gezeigt, dass sie der mit ihrer Aufgabe verbundenen Verantwortung nicht gerecht wird. Erinnerung sei an ihr Verhalten, als Chefkonstrukteur des HZB Dr.-Ing. Karl Thilo Scholz im Juli 2010 einen Besorgnis erregenden Riss in einer Kühlleitung, tief unten im Reaktorbecken, unterhalb des Reaktorkerns zum Thema machte. Die Gefahr bestand, dass durch einen Bruch der

Schweißnaht das Rohr in unkontrollierte Bewegungen gerät und Bruchstücke der Schweißnaht im Becken freisetzt. Schlimmstenfalls könnte sich der Riss selbst ins Rohr übertragen. Bei einem Bruch des Rohres wäre der Reaktor nicht mehr ausreichend kühlbar. Nachschweißen ist nicht möglich. Einerseits kann das Beckenwasser wegen der zu hohen Strahlung nicht abgelassen werden, andererseits ist das umgebende Material durch den andauernden Neutronenbeschuss zum Nachbessern zu spröde. Als Lösung des kniffligen Problems käme eine provisorische Abstützung des Rohres in frage. Doch statt sich mit der Problematik näher zu beschäftigen und die möglichen katastrophalen Folgen abzuschätzen, verschweigt Anke Kaysser-Pyzalla im Einklang mit der Aufsichtsbehörde den langsam weiter wachsenden Riss. Ein Jahr später am 8. Juni 2011 antwortet die Aufsichtsbehörde auf die Frage einer Bürgerin nach dem Zustand des Reaktors, dass der BER II eine der bestgeprüften Anlagen sei und kein Bauteil verspröden könne. Tags darauf berichtet das Fernsehen in der ARD-Sendung „Kontraste“ über den nicht behobenen Defekt im Kühlsystem. Anhand eines Modells wird gezeigt, was bei weiterer Untätigkeit passiert. Es käme zu einer Atomkatastrophe bei der die Einwohner Berlins und Potsdams evakuiert werden müssten. Wegen fehlender Betonummantelung würde das gesamte radioaktive Inventar, also auch Transurane wie das hochgiftige Plutonium, freigesetzt; immerhin ein 138igstel der thermischen Leistung des verunglückten Fukushima-Reaktor-Block 1.

Chefkonstrukteur Thilo Scholz war seinem Gewissen gefolgt und hatte als Whistleblower das Fernsehen über die Gefahren einer möglich gewordenen Katastrophe informiert. Er weiß um die größere Sprödigkeit bestrahlter Metalle Bescheid. Durch betriebliche Bestrahlung nimmt die Bruchspannung zu und die Bruchdehnung wird kleiner. Das Material wird fester und spröder, sodass es bereits ohne wesentliche Dehnung (Vorwarnung) brechen kann. Dieses Phänomen ist seit langem bekannt. Nach einem im Oktober 1967 in Obrigheim und Erlange durchgeführten Strahlenschutzkursus hat darüber Dr. Eugen Sauter mit der Schrift „Die Grundlagen des Strahlenschutzes“ berichtet. Trotzdem gehören in Deutschland beim nuklearen Betrieb auftretende Rissbildungen an aus Stahl gefertigten Rohrleitungen und Druckbehältern zu den am meisten geleugneten und bis heute kaum gelösten Problemen. Exemplarisch sei hier die gemeinsame Presseerklärung von BUND Baden-Württemberg und BBMN (Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V.) vom 19. 6. 2020 genannt. Berichtet wird über den Antrag auf Entzug der Betriebserlaubnis für das Atomkraftwerk Neckarwestheim II, weil in mehr als 300 Röhren immer neue, gefährlich schnell wachsende Risse entdeckt werden. „Ein Abriss nur eines einzigen der mehr als 16.000 Heizrohre kann bereits einen schweren Kühlmittelverluststörfall auslösen, der bis zur Kernschmelze führen kann, mit all ihren Katastrophenrisiken für Menschen und Natur. Das bloße Verstopfen einzelner Rohre, das EnBW bisher praktiziert, ist Flickschusterei. Es missachtet sowohl die deutschen Sicherheitsanforderungen als auch weltweit anerkannte kerntechnische Sicherheitsstandards, wie die aktuelle Bewertung des renommierten Reaktorsicherheitsexperten Prof. Dr.-Ing. habil. Manfred Mertins belegt.“

So fahrlässig wie in Baden-Württemberg mit Rissbildungen umgegangen wird, ist auch der Umgang mit Rissbildungen in Berlin. Zwei weitere Jahre des Nichtstuns vergehen in denen sich der Riss ausbreiten kann. Schließlich wächst der Riss so rasant, dass am 29. November 2013 zur Notabschaltung des Reaktors gegriffen wird. Die darüber nicht informierte Öffentlichkeit erfährt später: „Der Forschungsreaktor BER II in Wannsee wurde nicht stillgelegt.“ Er sei wegen umfangreicher Arbeiten seit dem 29.11.2013 nur

nicht mehr im Leistungsbetrieb. „Es gab und gibt keine Risse im Kühlsystem.“ Nach Abschluss der Notreparatur mit einer provisorischen Abstützung des Rohres wird der Reaktor am 18. 2. 2015 heimlich still und leise wieder hochgefahren und der Whistleblower Thilo Scholz entlassen. Ihm ergeht es wie Jürgen Behnisch, dem ehemaligen Störfallingenieur bei der Kraftwerksunion (KWU) von Siemens. Als beaufsichtigender Elektroniker für die Überprüfung der Reaktorsicherheitsinstrumentierung der AKWs Kalkar und Brokdorf ist ihm aufgefallen, dass Sicherheitsrelais' für die Schnellabschaltung im Notfall keine Sicherheit bieten und Isoliermasse auslaufen kann. Für seine Entdeckung wird er zunächst von seinen Vorgesetzten gelobt. Als er jedoch darauf drängt, den Missstand zu beseitigen und notfalls die Öffentlichkeit zu informieren, wird er im Sommer 1986 fristlos entlassen. Der von ihm zur Verhinderung einer möglichen Kernschmelze vorgeschlagene Austausch aller in Frage kommender Steckverbindungen wäre zu kostenintensiv. Mit einer einstweiligen Verfügung und der Androhung einer Geldstrafe von 500.000,- DM sollte er mundtot gemacht werden. Doch Jürgen Behnisch lässt sich nicht ins Boxhorn jagen. Für ihn ist ein sicherer Kraftwerksbetrieb höherrangiger als wirtschaftliche Interessen. So nimmt er einen Rechtsstreit gegen Siemens in Kauf. Um einen teuren, jahrelangen Expertenstreit zu vermeiden und nicht ebenso lange zum Schweigen verurteilt zu sein, schließt er am 1. August 1986 das Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth mit einem Vergleich ab. Die Kosten des Rechtstreits werden gegeneinander aufgehoben. Im Kern kann Jürgen Behnisch alle gegen die KWU ins Feld geführten Argumente weiterhin verwenden. Aufgrund der vorgelegten Beweise sieht das Gericht auch die von Jürgen Behnisch vertretene Aussage, dass alle Kernkraftwerke der KWU extrem gefährdet seien, als gerechtfertigt an. Von der auf mehr Unterhaltung als auf Information eingestellten Öffentlichkeit ignoriert, nutzt Jürgen Behnisch seine Zwangspause, um als Aufklärer allein oder zusammen mit dem früheren Sicherheitsbeauftragte des HMI und inzwischen zum experimentellen Atomphysiker ausgebildeten Prof. Jens Scheer und dem Atomwissenschaftler Prof. Klaus Traube Studenten und Bürgerinitiativen die Gefahren der Atomenergie eindringlich vor Augen zu führen. Solidarisch unterstützt J. B. auch den schwierigen HMI-Prozess mit wertvollen fachlichen Hinweisen.

Eine neue Anstellung sucht er vergeblich. Für den Lebensunterhalt ist er auf das Einkommen seiner Ehefrau angewiesen. Whistleblower Thilo Scholz findet ebenfalls nach seiner fristlosen Entlassung keinen regulären Job mehr. Seine Familie hält er mit einem Marktstand über Wasser. Der Lehrauftrag an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) geht ihm ebenfalls verloren. Für befähigte Menschen, die ihren Beruf und ihre Verantwortung ernst nehmen, sich durch hohe Bezahlung nicht blenden lassen und gravierende Missstände, wenn nicht anders möglich, öffentlich anprangern, eine herbe Erfahrung. Der Verdacht einer illegalen Berufsverbotspraxis für Menschen, die an der offiziellen nuklearen Wahrheit rütteln und damit Großmacht- und Weltmachtträume durchkreuzen, drängt sich auf. Das ist bitter und schreit nach Wiedergutmachung sowie einem gesetzlich verbrieften Whistleblowerschutz.

Nach dem bekannten Modell der Maslowschen Bedürfnispyramide stellt der unter dem Begriff „Sozialbedürfnis“ zusammengefasste wertvolle Einsatz für das Allgemeinwohl ein zentrales menschliches Grundbedürfnis dar. Das sollte sich der Wertschätzung aller erfreuen.

2000–2013 Mit Erneuerbare Energien in die Zukunft – Mit Fusionstechnologie zur Großmacht?

1. April 2000: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) tritt in Kraft und läutet eine energiepolitische Zeitwende ein. Ein denkwürdiges Großkonzerne ausbremsendes Gesetz, dass den Erkenntnissen und Forderungen zahlreicher Klima- und Bürgerenergiebewegter seit den 1980er Jahren entspricht und eine Gruppe um den SPD-Politiker Hermann Scheer und dem Grünen Hans-Josef Fell auf den Weg bringt. Das EEG-Gesetz fördert das Engagement von Privatpersonen, kleinen Betrieben, und Bürgergenossenschaften. Es sieht eine feste Vergütung und eine Abnahmepflicht des Stroms vor. Der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin: „Mit dem EEG begann in Deutschland die Energierevolution der Welt.“

Als eine wirklich wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahme wirkt das EEG über Deutschlands Grenzen hinaus. Weltweit übernehmen mehr als 100 weitere Länder das Modell der Einspeisevergütung für erneuerbar erzeugten Strom. 2019 erreichen die erneuerbaren Energien mit 46 Prozent netto knapp die Hälfte des in der BRD verbrauchten Stroms.

Bei einer konsequenten Umsetzung des EEG-Gesetzes ließen sich der Betrieb von AKWs und Kriege um Öl nicht mehr rechtfertigen.

4. Juli 2000: Im beisein von Bundeskanzler Schröder und zahlreichen Ehrengästen wird das neue Institut für Plasmaphysik (IPP) des Max-Planck-Instituts in Greifswald feierlich eröffnet. Greifswald ist der Standort für das weltweit größte und modernste Fusionsexperiment Wendelstein 7-X. Vorgebliches Ziel: Ähnlich wie in der Sonne soll aus der Verschmelzung der Atomkerne Energie gewonnen werden. Dazu ist es nötig, ein Plasma aus den Wasserstoffsorten Deuterium und Tritium wärmeisoliert in Magnetfeldern einzuschließen und auf Temperaturen über 100 Millionen Grad aufzuheizen. Als Nebeneffekt wird lt. „Bild der Wissenschaft“ vom März 2018 „Forscher entfachen das Sonnenfeuer“ unter der Rubrik „Rohstoffe“ festgestellt: „Fusionsreaktionen erbrüten Tritium über die Reaktion eines Neutrons und eines Lithium-6-Kerns zu Helium-4 und Tritium.“ Wikipedia gibt unter dem Stichwort „Verwendung“ für das Element Tritium an: „Tritium ist auch ein wesentlicher Bestandteil bestimmter Kernwaffen. Bereits wenige Gramm eines gasförmigen Deuterium-Tritium-Gemischs können in Kernspaltungs-Waffen deren Sprengwirkung um den Faktor 2 verstärken, auch „boosting“ genannt. Für Neutronenbomben ist Tritium sogar essentiell zur Funktion notwendig; hier werden bis zu 20 Gramm Tritium pro Sprengkopf benötigt. In Wasserstoffbomben wird Tritium nur als Booster und zur Einstellung der Sprengkraft in der Fissionsstufe verwendet, in der Fusionsstufe kommt hingegen Lithiumdeuterid zum Einsatz, aus dem erst unter Neutronenbeschuss Tritium gebildet wird,“

2001: Als ein wesentlicher Meilenstein in der Reform der Helmholtz- Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) wird die Umwandlung des losen Gemeinschaftsverbundes zu einem nach Privatrecht organisierten eingetragenen zentral ausgerichteten Verein rechtlich selbständiger Mitglieder angesehen. Während früher Programme über Institutionen gefördert wurden, werden jetzt Institutionen über Programme gefördert. Kernstück der nach betriebswirtschaftlichen Wettbewerbsgedanken ausgerichteten programmorientierten Förderung ist die

Umstellung der Finanzierung der Forschungszentren mit eigenen Budgets zu einer zentralen Finanzierung auf der Ebene der Gemeinschaft. Die forschungspolitischen Vorgaben werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter Einbeziehung der Länder getroffen. Für die Umsetzung der Vorgaben sorgt die Helmholtz-Gemeinschaft indem sie die Arbeiten der 19 sich untereinander im Wettbewerb befindenden naturwissenschaftlich-technisch und biologisch-medizinisch ausgerichteten Forschungszentren in sechs Programmen kategorisiert. Für jeden Forschungsbereich wird angegeben, welche Mitgliedzentren der Helmholtz-Gemeinschaft beteiligt sind. Die einzelnen Programme betreffen Energie, Schlüsseltechnologien, Materie, Luftfahrt zusammen mit Raumfahrt und Verkehr, Gesundheit und Erde und Umwelt. Damit werden nahezu alle Bereiche unseres Daseins erfasst und gestaltet. Besonders problematisch sind die Bereiche Nukleartechnologie, Raketen- und Raumfahrttechnologie, Biotechnologie sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Als Dual-Use-Technologien lassen sie sich bestens für die moderne Kriegsführung nutzen.

Mit einem Budget von 4,8 Milliarden Euro (Stand 2019) und einer Mitarbeiter/innenzahl von mehr als 40.000 Beschäftigten ist diese Art zentral gelenkter und demokratisch nicht kontrollierbarer Gemeinschaft die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands.

Geworben wird mit dem Slogan, „große und drängende Fragen von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft zu beantworten“. In der Realität werden die Fragen jedoch nicht beantwortet, sondern die zu lösenden Probleme vergrößert, wie das Festhalten an der verschleiern als „nachhaltig“ bezeichneten Fusionsforschung und Entwicklung angeblich wirklich inhärent sicherer Atomkraftwerke der vierten Generation exemplarisch beweisen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die seit 1967 vom Helmholtz Zentrum München – Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt (HMGU) nach dem Bergbaurecht formell zu Forschungszwecken für eine sicheren Endlagerung angenommenen 125.000 Fässer schwachradioaktiver Abfälle und 14.779 Behälter mit mittelradioaktiven Abfällen am 1.1.2009 in die Verantwortung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) überführt werden mussten, weil die de facto als Endlager benutzte Schachtanlage Asse II infolge Wassereintruchs vom Einsturz bedroht ist und herausgekommen war, dass mindestens seit 1988 bekannt ist, dass laufend Wasser einsickert, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

10. 4. 2002: Der Namenszusatz Technik und Umwelt für das Forschungszentrum Karlsruhe -Technik und Umwelt wird durch „in der Helmholtz-Gemeinschaft“ ersetzt.

31. Dezember 2003: Unter dem Vorwand knapper Kassen bringt der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Baden-Württemberg, Peter Frankenberg (CDU), die ab 1. 4. 1992 als unabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts betriebene Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart (TA-Akademie) zum Schweigen. Die sich hoher Wertschätzung erfreuende Akademie hatte als Aufgabe, fachübergreifend mit Bürgerbeteiligung Technikfolgen zu erforschen, zu bewerten, den gesellschaftlichen Diskurs anzustoßen und Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu beraten. In diesem Verständnis hat sie zusammen mit Bürgerforen unter anderem zukunftsweisende Szenarien für eine nachhaltige Energieversorgung entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Doch anstatt preiswerte, gemeinwohlorientierte und klimaverträgliche Modelle umzusetzen, wird die Akademie

geschlossen.

Mit der Schließung der Akademie räumt die Politik die letzte Barriere gegen eine risikofolle Forschung auf den Gebieten der Nuklear-, Gen- Nano- und Informationstechnologie aus dem Weg. Die hohe Reputation und die wichtige Rolle dieser Akademie für die interdisziplinäre Umweltforschung wird nicht als Chance, sondern als Wettbewerbsnachteil begriffen. Für den leitenden Direktor der TA-Akademie, Prof. Dr. Ortwin Renn, bedeutet die Abschaffung einen Fadenriss, der nicht rückgängig gemacht werden kann. Schließungen der Lehrstühle für Toxikologie in den meisten Chemiefakultäten folgen. Kritischen Wissenschaftlern, die sich nicht in die vorgegebenen Programmstrukturen pressen lassen wollen, wird das Leben schwer gemacht, Expertisen werden nicht veröffentlicht, vorher bewilligte Gelder gestrichen oder das Gehalt gekürzt. Ein Wissenschaftler wie Dr. Hagen Scherb vom Helmholtz Zentrum München für Gesundheit und Umwelt (HMGU), der sich nicht nur mit Fragen beschäftigen will, wie bei der Krebsbehandlung eine Steigerung der Effektivität und Spezifität der medizinischen Strahlentherapie erreicht werden kann, sondern sich für die Krankheitsursachen interessiert, muss zum Beispiel für seine bahnbrechenden Arbeiten über die gesundheitlichen Folgen niedriger Radioaktivität seine Freizeit opfern. Zur Anerkennung seiner Forschungsergebnisse verhelfen ihm institutsfremde aus Mitgliedsbeiträgen finanzierte Organisationen wie IPPNW und die Gesellschaft für Strahlenschutz. So ist dann auch der einzige Beitrag, den das HMGU zum 30. Jahrestag von Tschernobyl liefert, eine Verharmlosung radioaktiver Niedrigstrahlung. Im Fernsehen stellt das HMGU ein Forschungsprojekt vor, mit dem die heilsame Wirkung radioaktiver Radonstrahlung bei Rheumaerkrankungen bewiesen werden soll. Dem steht die der HFG angeschlossene „Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg (DKFZ) nicht nach. Als größte biomedizinische Forschungseinrichtung Deutschlands mit 3.000 Mitarbeiter/innen wirbt sie mit dem Motto: „50 Jahre Forschen für ein Leben ohne Krebs“ und lenkt das Augenmerk der Öffentlichkeit von der Leben und Gesundheit bedrohenden Radioaktivität ab. Schädlicher Tabakkonsum wäre die Hauptursache von Krebs.

2. März 2004: Das Nachfolgeprojekt des als „Atomei“ bekannten Garchingener Forschungsreaktors (1957-2000) geht als erster und einziger nach Tschernobyl in Auftrag gegebener Atomreaktor mit der fragwürdigen Begründung in Betrieb, dass er für die Strahlentherapie an Krebs erkrankter Personen von medizinischem Nutzen sei. Um die Öffentlichkeit auf den umstrittenen Einsatz waffenfähigen hoch angereicherten Urans einzustimmen, verkündet TU-Präsident Wolfgang Herrmann in einer Hochglanzbroschüre „eine neue Ära in der medizinischen Forschung und in der Behandlung, in Diagnose und Therapie, insbesondere von Krebserkrankungen.“

Lt. Süddeutsche Zeitung vom 10. Juni 2020 musste die Bestrahlungsanlage stillschweigend eingestellt werden, weil zuwenig Patienten behandelt werden. 2014 gab es keinen einzigen Patienten und 2015 nur fünf.

Obwohl in der Betriebsgenehmigung sowie in einer Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern vorgegeben ist, dass der Reaktor bis spätestens zum 31.12. 2010 auf einen niedriger angereicherten Brennstoff umgerüstet werden muss, wird der Reaktor bis heute mit hoch angereichertem waffenfähigem Uran-235 (HEU, Highly Enriched Uranium, Anreicherung 93 Prozent) betrieben. HEU eignet sich für Atombomben und kann in den Proliferationskreislauf der nuklearen Waffentechnik

gelangen. Inzwischen haben sich mehr als 300 Kilogramm waffentaugliches Uran in Form von frischen und abgebrannten Brennelementen angesammelt. Nach dem im Auftrag der Grünen, des Umweltinstituts München, des Bundes für Naturschutz sowie der Bürger gegen den Atomreaktor Garching von der Rechtsanwältin Dr. Cornelia Ziehm am 11. 6. 2019 erstellten Gutachten verstößt der Betrieb des Atomreaktors gegen eine wesentliche Inhaltsbestimmung und ist illegal.

Wenn das Bayerische Umweltministerium den Betrieb nicht untersagt, kommt eine umweltrechtliche Verbandsklage in Frage. Der formale Antrag, den Reaktorbetrieb mit HEU-Brennelementen einzustellen, liegt dem Ministerium seit November vergangenen Jahres vor.

24. Oktober 2007: Gründung des ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) mit dem propagierten Ziel, die bisher nur für militärische Zwecke nutzbare Fusionsenergie für die Stromgewinnung zu gebrauchen. Der Reaktor beruht auf dem Tokamak-Prinzip und wird seit 2007 beim südfranzösischen Kernforschungszentrum Cadarache gebaut. 2008 wurde zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und dem ITER-Projekt eine Zusammenarbeit auf Expertenebene vereinbart. Frankreichs Ex-Staatspräsident Jacques Chirac, der kurz vor dem 50. Jahrestag von Hiroshima die zuvor eingestellten Atomwaffentests wieder anlaufen ließ, bezeichnet das Vorhaben als das größte Wissenschaftsprojekt seit der Internationalen Raumstation.

Teilnehmerstaaten des Unternehmens sind neben der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) die Staaten USA, Russland, China, Indien, Japan und Südkorea. Alles Staatengemeinschaften und Staaten, die über Atomwaffen verfügen oder wie Japan und Südkorea außenpolitisch militärische Ziele verfolgen oder verfolgt haben. Japan verfügt lt. <https://www.nzz.ch/international/japan-hat-genug-plutonium-fuer-tausende-von-atombomben-ld.1424523>

z. B. über den größten Plutoniumbestand aller Nichtatomstaaten. Insgesamt sind es 47 Tonnen. Genug Material für rund 6.000 Atomsprengköpfe. Wie Deutschland weigert sich Japan standhaft, den Atomwaffenverbotsvertrag der vereinten Nationen vom 7. 7. 2017 zu unterschreiben.

Die Planungen für den Fusionsreaktor begannen 1988 im deutschen Max-Planck-Institut für Plasmaphysik und führten 1990 zu einem ersten Entwurf des Versuchsreaktors. Die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ITER besorgen die eigenen nationalen Organisationen der sieben Teilnehmer. Für EURATOM fällt diese Aufgabe der neu gegründeten Agentur Fusion for Energy mit Sitz in Barcelona zu. Die BRD ist über die Helmholtz-Gemeinschaft mit dem Institut für Plasmaphysik (IEK-4) am Forschungszentrum Jülich und verschiedenen Instituten des KIT sowie dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching als assoziiertes Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft beteiligt.

1. Januar 2009: Fusion des HMI und der Berliner Elektronenspeicherring-Gesellschaft für Synchronstrahlung (BESSY) - also eines Helmholtz- und eines Leibniz- Zentrums - zum Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB).

1. Oktober 2009: Mit der Fusion des Forschungszentrums Karlsruhe und der Technischen Universität Karlsruhe entsteht das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) als die größte deutsche Forschungsuniversität in der Helmholtz-Gemeinschaft.

Die in der BRD einmalige Sondersituation der Verschmelzung von Großforschungseinrichtung und Universität führt zu unübersichtlichen Grauzonen und ermöglicht militärisch nutzbare Dual-Use-Technologie im internationalen Rahmen.

Von Anfang an ist der Kurs des KIT auf einen unaufhaltsamen Aufstieg der Kerntechnik getrimmt. Mit dem neuen Wachstumssektor „Technik der Kernfusion“ werden mit der Entwicklung supraleitender Großmagnete die Weichen für eine nunmehr „nachhaltige“ nukleare Zukunft gestellt. Bei dieser Schwerpunktsetzung bleibt für die Übernahme von bestimmten technisch innovativen Verfahren in andere zivilere Technikbereiche nicht viel übrig. Aus Anlass des 35. KIT-Jubiläums meldet sich der Papst der deutschen Wissenschaftsszene, Kurt Rudzinski, zu Wort. In der FAZ vom 2.4.1991 schreibt er: „mit seinen derzeit 4 300 Mitarbeitern und weit mehr als einer halben Milliarde Mark Jahresbudget“ habe das Zentrum „in seinem dreißigjährigen Bestehen noch keine Entdeckungen oder Forschungsergebnisse von internationalem Rang hervorgebracht“. Wie spärlich das Ergebnis beim 50. Jubiläum ausfällt, verrät die von der Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit der Helmholtz-Gemeinschaft herausgegebenen Festschrift von Peter Sperling „Geschichten aus der Geschichte – Bereit für die Zukunft“. Angeführt werden Innovationen bei Küchengeräten, in der Schokoladenverarbeitung und bei der Ortung von Schwachstellen in Rohrleitungen. Als Abfallprodukt der mit der Kerntechnik verbundenen Raumfahrt ist zudem eine Antihafbeschichtung von Bratpfannen und Töpfen entwickelt worden. Die Lösung von Fragen der richtigen Zusammensetzung plutoniumhaltiger Kernbrennstoffe hätte zu einem Mustererkennungsverfahren für die Formen von Pralinen geführt, die anschließend mit einem entsprechend programmierten Roboter vom Fließband geholt und in die jeweils vorgesehene Vertiefung in der Verpackung platziert werden. Mit zusätzlicher Elektronik ließen sich Messtechniken aus der Urananreicherung nach dem Trenndüsenverfahren zur Prüfung der Qualität von Rohrleitungen einsetzen.

Wie sehr das KIT der gefährlichen, risikoreichen, Mensch und Umwelt auf Dauer schädigende und in Frage stellende Atomtechnik verhaftet ist, lässt die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen [Drucksache 18 / 668] erahnen. Danach ist das KIT in gleich fünf Atomlobby-Vereinigungen Mitglied: Kerntechnische Gesellschaft e.V. , Deutsches Atomforum (DAfF) , VGB Power Tech e.V. , Nuclear Generation II& III Association (NUGENIA) und European Nuclear Education Network (ENEN).

Über öffentlich geförderte Militärforschung äußert sich das Bundeswehrjournal gem. Link <http://www.bundeswehr-journal.de/2014/us-millionen-fur-deutsche-wissenschaft-und-forschung/#more-2626>

wie folgt: „Die Beteiligung von öffentlichen Forschungseinrichtungen an wehrtechnischer Forschung sei grundsätzlich nicht zu beanstanden, zumal dies auch der zivilen Forschung zusätzliche Impulse geben könne.“

„Die Freiheit von Forschung und Wissenschaft sowie das Bekenntnis zur Bundeswehr seien im Grundgesetz verankert.“

Forschungsschwerpunkte sind nach wie vor Kernfusion, Transmutation und die vierte Generation der Kernreaktoren wie Small Modular Reactors (SMR). Mittels Blei-Wismut-Flüssigmetallkühlung würden diese neuen Reaktoren Atom-U-Booten eine geräuschlose Fortbewegung ermöglichen, ohne vom „Feind“ erkannt zu werden. Mehr dazu findet sich im Vortrag der atompolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, den sie am 29. 4. 2015 vor kritischen Studenten des KIT gehalten hat. Er ist

abrufbar unter dem Link: <http://kotting-uhl.de/site/zivil-militaerische-atomforschung-am-kit-schluss-damit/>

Mit der Entwicklung autonomer Waffensysteme und moderner nicht mehr sicht- und hörbaren militärischer Großgeräte wird die Kriegsfähigkeit erhöht und billigend in Kauf genommen, dass schon ein Computerfehler ein alles Leben vernichtenden Nuklearkrieg auslösen kann.

Nach dem Link: <https://www.etp.kit.edu/index.php>

beschäftigt sich das KIT in seinem Institut für Experimentelle Kernphysik (IEKP) auch mit der Elementarteilchenphysik und der Astroteilchenphysik. Themen sind u. a. Materie / Antimaterie, Asymmetrie und Dunkle Materie.

In diesem Zusammenhang ist auffällig, dass es dem Hochenergiephysiker Walter Oelert vom Forschungszentrum Jülich im September 2015 gelungen ist, erstmals Antimaterie herzustellen (Manfred Orlick „Vor zwanzig Jahren: Antimaterie ante portas“ in Zweiwochenschrift „Ossietzky“, Nr. 2 vom 16. 1. 2016). Zivile Energienutzung von Antimaterie ist noch aussichtsloser als die zivile Erzeugung von Energie mittels der Fusionstechnologie. Das militärische Potenzial ist jedoch verlockend. Siehe:

<http://www.sfgate.com/science/article/Air-Force-pursuing-antimatter-weapons-Program-2689674.php>

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/antimaterie-und-teleportation-us-luftwaffe-forscht-an-science-fiction-waffen-a-322150.html>

Ein einziges Gramm Antimaterie besitzt die Sprengkraft von 20 Kilotonnen TNT- sieben Kilotonnen mehr als die Hiroshima-Atombombe.

Mit starken Magneten kann Antimaterie eingefangen werden. Bei gleichzeitiger Kühlung verbessert sich die Ausbeute.

1. Dezember 2009: Mit dem Inkrafttreten des völkerrechtlich bindenden Vertrages von Lissabon sind die letzten Schranken für Militär und Finanzkapital weggeräumt worden. Dieser wenig bekannte Vorgang ist es wert, das Zustandekommen des Vertragswerks näher zu beleuchten. Nachdem die EU den anfangs noch zahlreich beteiligten Nichtregierungsorganisationen den Geldhahn abgedreht hatte, schafften es die von zivilgesellschaftlichen Organisationen eingebrachten Wertvorstellungen für ein gedeihliches Zusammenleben der Völker nur noch bis in die Präambel. Der harte Kern Gemeinwohl beeinträchtigender und Konzernwohl begünstigender Regelungen ist mit Unterstützung deutscher Politiker und der Medien vornehmlich nach den Vorgaben des international agierenden Bertelsmann-Konzerns bestimmt worden.

Für ihre gekonnte europagefällige Dauerpropaganda ist die BRD-Presse mit zum Teil mehrere Seiten umfassenden ganzseitigen Zeitungsanzeigen großer Konzerne belohnt worden. Die EU selbst gab für meinungsbildende Aktivitäten etliche Millionen Euro aus.

Als stärkste Wirtschaftsmacht Europas hatte sich Deutschland vorgenommen, die EU auch militärisch anzuführen. Dazu erklärte bereits im März 2007 die Bundeskanzlerin und damalige EU-Ratspräsidentin, Angela Merkel: „Wir müssen einer gemeinsamen europäischen Armee näher kommen.“ Um dieses Ziel zu erreichen, ist im Lissabonner Vertrag unter Abschnitt 2, Bestimmungen über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Artikel 42 (3) die Schaffung einer „Europäischen Verteidigungsagentur“ verfügt worden. Als Mitgift sind die Atomwaffen der ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und England willkommen. Der Rechtsphilosoph und Professor für Öffentliches Recht Dr. Erhard Denninger resümierte in der Frankfurter

Rundschau vom 20. 6. 2005: „Die seit dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs (1648) geltende Friedensordnung, die sich über das Recht definierte, gelte nicht mehr. Stattdessen etablierte sich eine <Weltgewaltordnung> ...“

Wie arrangiert die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) betrieben wird, belegt das NDR Info „Das Forum Streitkräfte und Strategien“ vom 17. 05. 2014. Danach verfügen die EU-Mitgliedstaaten über 1.5 Millionen Soldaten. Die jährlichen Militärausgaben betragen 190 Milliarden Euro. Nach Einschätzung des EU-Instituts für Sicherheitsstudien „ist die Europäische Union als Ganzes de facto immer noch die zweitstärkste Militärmacht der Welt.“ Hinter den sich für eine Europäische Armee aussprechenden Parlamentariern der CDU/CSU wie auch der SPD sieht Bruno Schoch von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ einen Reflex auf die globalen Machtverschiebungen in der Welt. „Dahinter steckt das Bewusstsein, dass in Zukunft nicht mehr die Amerikaner für alles zuständig sind...“

Ursprünglich sollte der mit einem riesigen Propagandaaufwand in Szene gesetzte Entwurf „VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA“ bereits am 16. 12. 2004 verabschiedet werden. Alles war gut vorbereitet. Über die schrittweise in kleinen Dosen veröffentlichten Texte schlussfolgerte Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg: "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob etwas passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Doch wache Bürger Frankreichs bemerkten, dass mit dieser Art der Verfassung die Demokratie, Gewaltenteilung, Sozialstaat und Gesetzgebung obsolet, aber Aufrüstung und Krieg zur Pflicht werden würden und verweigerten per Volksabstimmung ihre Zustimmung (siehe auch Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Heft 18/09 „Lissabon-Vertrag, der stille Staatsstreich“).

Nicht zuletzt aufgrund des besiegelten freien Kapitalverkehrs kann die Weltwirtschaftskrise von 2007/2008 bis heute nicht behoben werden.

Zum effektiven Schutz vor einer Bevölkerung, die nicht mehr bereit sein sollte, lt. <http://www.seniorenaufstand.de/rentenbeitragszahler-finanzieren-den-staatshaushalt-mit-30-milliarden-e/>

den Sozialstaatsabbau zugunsten eines Militärstaatsaufbaus mit Existenz bedrohenden Atomwaffen hinzunehmen, lässt der Vertrag von Lissabon die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Tötung im „Aufstand“ oder „Aufruhr“ zu. Obwohl an der Formulierung eines neuen Europavertrages seit Anfang 2002 gearbeitet worden ist, ist das Menschenrecht auf Leben nicht eindeutig geregelt. Einerseits wird die Menschenrechtsfahne hochgehalten, andererseits wird aber grade das Recht auf Leben durch versteckte, auslegungsbedürftige Ausnahmeregelungen wieder in Frage gestellt. Ein Phänomen, das in heiklen Rechtsangelegenheiten bei denen Vertreter von Großkonzernen mitwirken, häufig vorkommt. In den Erläuterungen zur Charta der Grundrechte, die unter der Leitung des Präsidiums des Konvents zur Ausarbeitung der Charta formuliert und unter der Verantwortung des Präsidiums des Europäischen Konvents aktualisiert wurden, heißt es : „Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels (Recht auf Leben) betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen“. „Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen

werden;“ Weiter heißt es, dass diese „Negativdefinitionen“ auch als Teil der Charta betrachtet werden müssen. Gem. Titel VII, Artikel 52 (7) des Lissabon-Vertrags sind die Erläuterungen, die als Anleitung für die Auslegung dieser Charta verfasst wurden, von den Gerichten der Union und der Mitgliedstaaten gebührend zu berücksichtigen. Der Text dieser Erläuterungen, der noch in der abgelehnten Verfassung von Europa abgebildet war, ist im Vertrag von Lissabon nicht mehr enthalten. Stattdessen wird auf die Veröffentlichung der Erläuterungen im Amtsblatt der Europäischen Union vom 14.12.2007 verwiesen. In einem unter dem Link

<https://www.nordbayern.de/die-eu-offnet-der-todesstrafe-eine-hinterture-1.570979>

nachzulesendem Interview mit der „Nürnberger Zeitung“ spricht der bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2005 als Staatsrechtler an der Universität Erlangen-Nürnberg hoch angesehene Prof. Karl Albrecht Schachtschneider von einer Wiedereinführung der Todesstrafe durch die Hintertür. Frühzeitig machte er in Vorträgen – auch an der FU Berlin – auf die mit dem EU-Vertragswerk verbundenen sozialen und demokratischen Defizite aufmerksam. Von den Medien weitgehend totgeschwiegen wandte er sich enttäuscht dem rechten Spektrum zu. Trotzdem dürfte seine Expertise Richtung weisend bleiben. Wird sie doch durch die jüngste das Recht auf Leben missachtende Menschenrechtspraxis, dass mit tödlichem Ausgang in Frankreich die Polizei auf Demonstranten schießt, die gegen Rentenpläne des Staatspräsidenten Macrons protestieren und die Polizei in Griechenland zur Abwehr von Flüchtlingen ebenfalls von Schusswaffen Gebrauch macht, bestätigt.

Die gegenteilige Rechtsauslegung vertritt Rechtsanwalt Dr. Gero Ziegenhorn, auf den sich hinsichtlich der Anwendung der Todesstrafe lt.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Todesstrafe>

die Einschätzung von Wikipedia bezieht. Gero Ziegenhorn arbeitet in der einflussreichen Anwaltskanzlei Redeker, Sellner, Dahs. Diese Anwaltskanzlei vertritt die Bundesregierung vor Gericht in fast allen Fällen, in denen Staatsinteressen auf dem Spiel stehen und lässt sich ihre juristische Akrobatik teuer bezahlen.

Der ehemalige Vizepräsident des Verfassungskonvents, Giuliano Amato, erklärte im Juni 2007, dass die Regierungschefs sich auf einen schwer lesbaren Text verständigt hätten, damit die Kernreformen nicht auf Anhieb erkennbar seien und sich die Forderungen nach Referenden in den Mitgliedstaaten vermeiden ließen. (Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht: „Ein neuer Umschlag“, in: marx 21 – Magazin für internationalen Sozialismus - Nr. 2, September 2007).

Der einflussreiche EU Parlamentarier und hoch bezahlte Angestellte des Bertelsmann Konzerns, Elmar Brok, gibt zusammen mit Jo Leinen im Vorwort des vom Europäischen Parlament herausgegebenen Vertragswerkes von Lissabon freimütig zu, dass der weniger leicht lesbare Vertrag die Voraussetzung für die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten bildet.

Am 27. 3. 2011 entscheidet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte rechtskräftig, dass der tödliche Kopfschuss eines Carabinieri auf einen Demonstranten beim Weltwirtschaftsgipfel in Genua am 20. 7. 2001 kein Verstoß gegen das Recht auf Leben sei.

Während seitens der EU die Menschenrechte nach innen abgebaut werden, instrumentalisiert die EU die Menschenrechte nach außen als Waffe gegen demokratisch gewählte Regierungen, die ihrer Bevölkerung keine „Marktwirtschaft mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ zumuten, sich nicht erpressen oder bestechen

lassen, über reiche Rohstoffvorkommen verfügen oder strategisch wichtig sind, wie zum Beispiel Venezuela und die Ukraine. So verlangte Lt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/51607.umsturzpl%C3%A4ne-f%C3%BCr-minsk.html>

der einflussreichste und als gemeinnützig anerkannte deutsche Think Tank, die Bertelsmann-Stiftung, bereits 2004, dass die EU auf die kommenden Präsidentschaftswahlen in der Republik Belarus direkten Einfluss nehmen und dabei nicht erlaubte Finanzierungsmethoden anwenden soll. Europäische Politiker sollen vor den Präsidentschaftswahlen nach Belarus gebracht und mit technischer Ausrüstung, wahlkampfbezogenen Materialien und Reisekosten unterstützt werden. Um die gültigen EU-Regularien (TACIS) zu umgehen, wird die Gründung eines EU-Fonds vorgeschlagen, der außerhalb der strengen Richtlinien für die üblichen Auslandsprogramme anzusiedeln ist. Für die vertraulich zu verwaltende Umsturzkasse käme nur eine kleine Anzahl interessierter Mitgliedstaaten in Frage. Ein Strategiepapier der deutschen Stiftung war das Ergebnis des Treffens mit Vertretern mehrerer Außenministerien und verschiedener „Nichtregierungsorganisationen“ in der litauischen Hauptstadt Vilnius. Euphemistisch wurden die Umsturzvorbereitungen als „neue Möglichkeiten der Unterstützung für Belarus“ umschrieben.

Vor dem erfolgreichen Putsch gegen die Ukraine reiste der Lobbyist des Bertelsmann-Konzerns, Elmar Brok, ab November 2013 während der sich krisenhaft zuspitzenden Entwicklung wiederholt nach Kiew. Nach dem Ende 2013/ Anfang 2014 erfolgreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch in Kiew durchgeführten Staatsstreich ist die völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates mit dem im Juni 2012 gegründeten „Europäischen Demokratiefonds“ (European Endowment for Democracy; EED) offizielle Praxis geworden. EED ist als privatrechtliche Stiftung konzipiert, die von den EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz finanziert wird. 75% des Budgets zwischen 16 und 26 Millionen Euro dienen der direkten Förderung Oppositioneller. Den Vorsitz dieser Art Stiftung teilen sich Elmar Brok (CDU) und Alexander Graf Lambsdorff (FDP). Der umtriebige, in vielen Netzwerken tätige Vizepräsident der „Christlich Demokratischen Internationale“, Elmar Brok, war von 1980 bis 2019 Mitglied des Europaparlaments und in dieser Eigenschaft von 1999 bis 2007 und von 2012 bis 2017 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik. Der auch als Mr. Bertelmann bezeichnete Elmar Brok gilt als einflussreichstes deutsches Mitglied im Europäischen Parlament. Als EU-Parlamentarier war er mit dem gescheiterten EU-Verfassungsvertrag und der anschließenden Neuauflage, dem Vertrag von Lissabon, befasst. Von 2001 bis 2002 hatte er einen Sitz im Konvent für die EU-Verfassung inne. Für die Erweiterung der EU fungierte Elmar Brok von 1999 bis 2007 als Hauptberichterstatler.

Nebenher leitete er von 1992 bis Mai 2011 als Europabeauftragter des Vorstandes der Bertelmann AG das Brüsseler Lobby-Büro. Danach stellte Elmar Brok bis Mai 2014 der Bertelmann AG seine Dienste als „Senior Vice President Media Development“ zur Verfügung.

Lt. Lobbypedia vom 27. 2. 2020 erhielt Elmar Brok bis 2011 zusätzlich zu seinen Diäten als Europaabgeordneter von der Bertelsmann AG ein geschätztes Jahreseinkommen von 200.000€. Für die Zeit danach bis Mai 2014 wurden ihm seine Dienste mit einem monatlichen Betrag zwischen 5.000 und 10.000€ vergütet. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim bezeichnet Broks Tätigkeit als „legale Korruption“. Elmar Brok

ist kein Einzelfall. Lt.

<https://medienwatch.wordpress.com/2011/06/06/lobbycontrol-interessenkonflikte-durch-nebentatigkeiten-auch-bei-deutschen-eu-abgeordneten/>

sind nach einer Studie vom 30. 5. 2011 mehr als 40% der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments Bezieher von Nebeneinkünften. In fast der Hälfte der Fälle dürfte ein Potenzial für Interessenkonflikte gegeben sein. Heute dürfte sich die Situation weiter verschlimmert haben.

26. März 2010: Um dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt näher zu kommen, verlangt der Bundestag mit übergroßer Mehrheit den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland. Die Bundesregierung wird „mit Nachdruck“ aufgefordert, sich in der NATO und direkt bei den USA dafür einzusetzen. Außenminister Dr. Guido Westerwelle (FDP): „Wir stehen am Beginn eines Jahrzehnts, in dem sich noch entscheiden wird, ob es ein Jahrzehnt der Aufrüstung oder der Abrüstung werden wird.“

Doch die auf Großmachtspolitik eingeschworene Bundesregierung lässt sich von der atomaren Teilhabe nicht abbringen.

6. Mai 2010: Bündnis 90/Die Grünen beantragen im Bundestag „unverzüglich damit zu beginnen, die Fusionsforschungsmittel aus dem Bundeshaushalt schrittweise auf die Erforschung der Erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung zu übertragen.“ Die Vorsitzende des Umweltausschusses, Sylvia Kotting-Uhl von den Grünen begründet den Antrag: „Bisher gibt es kein Material, was radioaktives und krebserregendes Fusions-Plasma zurückhalten kann.“

Die schon vor ca. 70 Jahren versprochene Verfügbarkeit der Fusionsenergie in 20 bis 30 Jahren würde sich laufend wiederholen. Nach aktuellem Kenntnisstand könnten unter der Voraussetzung erfolgreich verlaufenden Forschungsarbeiten lt.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Fusionsenergie>

frühestens im letzten Viertel des 21. Jahrhunderts Anlagen in wirtschaftlicher Größe mit einer elektrischen Leistung von 1000 bis 1500 MW errichtet werden. Das wäre zu spät, um die sich abzeichnende Klimakatastrophe aufzuhalten. Überdies gibt die Abgeordnete, Sylvia Kotting-Uhl, zu bedenken: „Der Traum von „unendlich viel Energie“ hat jedenfalls die typischen Begleiterscheinungen einer Hochrisiko-Technologie, von der Nähe zur Neutronen- oder Wasserstoffbombe, für die schon wenige Gramm Tritium reichen, ganz zu schweigen.“ Ihr Fazit: „Die Kernfusionsforschung ist ein Milliardengrab. Einer Forschung, die zukunftsfähige Lösungen sucht und den vielfältig verfügbaren natürlichen Reichtum sinnvoll nutzt, gehört die Zukunft – und in diese Zukunft gehören die Forschungsmilliarden.“

Mit ihrer Einschätzung befindet sich Sylvia Kotting-Uhl in bester Gesellschaft. Über die Untauglichkeit ziviler Nutzung des Fusionsreaktors haben sich der als herausragende Kenner der bundesdeutschen Kernenergiegeschichte geltende Prof. Joachim Radkau zusammen mit dem bis zu seiner Pensionierung als Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit tätigen Physiker Lothar Hahn in „Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft“ in einer bibliografischen Information der Deutschen Nationalbibliothek 2013 „oekom“ Seite 394 geäußert: „Wer die Geschichte kennt, weiß, dass dieser weiße Elefant seit der Genfer Atomkonferenz von 1955 als ewige Fata Morgana an den Horizont geistert. Immer wieder soll er in zwanzig Jahren real sein, aber wenn die zwanzig Jahre herum sind, dauert es wieder zwanzig Jahre. Und der

historische Blick macht überdeutlich, dass dieser Fantasiereaktor, der Energie nach dem Vorbild der Sonne oder konkreter der Wasserstoffbombe erzeugen soll, himmelweit aus aller bisherigen großtechnischen Erfahrung herausfällt“.

Stur werden weitere Forschungsmilliarden Euro für die immerhin militärische Macht verheißende Fusionstechnologie locker gemacht.

1. Juni 2012: Die EU-Kommission lehnt ab, sich mit der Bürgerinitiative für einen europaweiten Atomausstieg zu befassen. Umweltverbände aus zwölf EU-Ländern fordern mit der Initiative „Meine Stimme gegen Atomkraft“ die Abschaltung von 62 Hochrisikoreaktoren und wollen verbindliche Ausstiegspläne für alle anderen Atomkraftwerke. Zudem solle bis 2050 der komplette Umstieg auf Erneuerbare Energien vollzogen sein. Lobbyinteressen haben Vorrang. Die EU-Kommission lehnt trotz der großen Gefahren für Mensch und Umwelt das geplante Bürgervotum mit der vorgeschobenen Begründung ab, dass ein Atomausstieg nicht mit dem EURATOM-Vertrag im Einklang stünde.

2013: Das HZB beschließt, den Atomreaktor Ende Dezember 2019 abzuschalten und stillzulegen.

Die inzwischen durch Bürger/innen aus dem angrenzenden Potsdam erweiterte BI „atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de“ dürfte mit ihren vielfältigen Aktionen und Internetauftritten gegen die risikoreiche, gesundheitsschädigende und den Weltfrieden bedrohende Großforschung nicht unerheblich dazu beigetragen haben.

Nach Erinnerungen der Leiterin der Forschungsabteilung der Berliner Senatskanzlei Jutta Koch-Unterseher wird nach der Fukushima-Katastrophe auch die Frage immer drängender, ob ein „Reaktor in einer recht dicht besiedelten Großstadt wirklich sinnvoll ist“.

2014–2020 Mittel für Erneuerbare Energien werden gekürzt – Forschungsgelder für Nuklearenergien werden erhöht

1. August 2014: Die umstrittene Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vom 29. März 2000 tritt in Kraft.

Damit wird unmittelbar vor dem für den 23. September 2014 anberaumten Klimagipfel in New York dem fortschrittlichen und weltweit als Vorbild geltenden EEG-Gesetz das Genick gebrochen. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Grünen-Politiker Hans-Josef Fell spricht von einer Beerdigung: „Mit der jetzt verabschiedeten Novellierung wird das EEG beerdigt“. „Das ist eine Ausbaubremse in einem ganz schlimmen Maße. Der dringend schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien wird gebremst und in die Hände der Industrie gelegt. Diese Koalition (gemeint ist die große Koalition aus CDU/CSU und SPD) tut alles, um die Bürgerenergiebewegung abzuwürgen.“ Und es kommt noch schlimmer. Mit der nächsten am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Novellierung des EEG-Gesetzes wird auch der Ausbau der nachhaltigen Windkraft nachhaltig abgewürgt. Mit den Gegenreformen von 2014 und 2017 bekommt die Solarenergie mit der Senkung der Einspeisevergütung den „atmenden“ Ausbaudeckel verpasst. Bei der Windenergie sorgt die Umstellung von einer festen Einspeisevergütung zu einem komplizierten Ausschreibungsverfahren zur Verdrängung aus dem Markt. Als Folge werden im ersten Halbjahr 2019 82 Prozent weniger Windräder aufgestellt als im gleichen Zeitraum im

Jahr davor. Der sonst um den Erhalt klimaschädlicher Arbeitsplätze besorgten Bundesregierung ist es egal, dass mit ihren trotz zahlreichen Warnungen durchgeboxten klimaschädlichen Novellierungen lt. <http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2020/klima/energiewende-rueckwaerts.html> in der Solarbranche 100.000 und in der Windkraftbranche 40.000 Arbeitsplätze verloren gehen.

Der frühere Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Jürgen Trittin (Grüne) gibt zu bedenken: „Aber ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Investitionen der letzten Jahre auszahlen, wo es sich lohnt, den eigenen Strom vom Dach selbst zu verbrauchen, weil er billiger ist als von den Stadtwerken, da tritt die Bundesregierung auf die Ausbaubremse.“

„Die Anlagen werden weiter produziert, aber nicht mehr in Deutschland, sondern vor allem in China. Das ist bitter. So werden die Menschen in Deutschland um den Lohn ihrer Mühen gebracht. Denn es sind die deutschen Stromkunden, die die EEG- Umlage finanzieren, die die globalen Innovationskosten schulterten und schultern.“

Was ist der Grund, warum die Bundesregierung auf der Bremse steht und absehbar die vereinbarten Klimaschutzziele nicht einhält? Vermutlich konnte sich die BRD-Regierung bei der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 nicht vorstellen, was für eine Kraft von einer Energiewende von unten ausgeht. Der Bürgermeister eines Dorfes aus Sachsen-Anhalt belehrt sie eines Besseren. In dem ursprünglichen EEG-Gesetz sah er eine Chance, die hohe Arbeitslosigkeit seiner Dorfgemeinschaft zu beheben. Unter Einbeziehung aller interessierten Dorfbewohner/innen gelingt ihm die schrittweise Umstellung von einem verarmten Dorf zu einem ökonomisch blühenden, autarken und nachhaltig wirtschaftenden Gemeinwesen, dass sogar die Nachbargemeinden mit nachhaltig erzeugtem Strom versorgt. Weil sich u. a. Besuchergruppen aus dem fernen Japan für das Modelldorf interessieren, hält er es für angebracht, persönlich dem Wirtschaftsministerium die Erfolgsgeschichte mitzuteilen. Doch die Enttäuschung ist riesengroß. Statt Anerkennung konstatiert er Bestürzung. Dem Bundeswirtschaftsministerium muss es gedämmt haben, dass sich mit einem weiteren zügigen Ausbau erneuerbarer Energien nach den selbst in Auftrag gegebenen und dann für acht Monate unter Verschluss gehaltenen Gutachten der als kompetent und politisch neutral geltenden Institute Consentec und r2b EnergyConsulting vom Juni 2010 sowie den Prognosen Armin Michels vom Aachener Ingenieurbüro BET und dem zu ähnlichen Ergebnissen kommendem Umweltbundesamt und Öko-Institut ein kompletter Ausstieg aus der Kernenergie bis 2017 durchaus realistisch ist, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Damit steht der für die Klimaschutzziele als nachhaltig eingestufte Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zur Disposition. Ohne zivile Atomenergienutzung ist eine militärische Nutzung nicht möglich. Die Weltmachträume der BRD, zusammen mit willigen EU-Partnern die Rolle der im Niedergang befindlichen USA einnehmen zu können, drohen wie Seifenblasen zu zerplatzen. Die zu diesem Zweck mit Beteiligung des Berliner Forschungsreaktors mit langem Atem durchgehaltene Dual-Use-Strategie wäre vergebens gewesen. Zur Disposition stehen auch Großforschungsanlagen mit denen EU-Forschungsgelder abgegriffen werden. Lt. https://ec.europa.eu/germany/eu-funding/grants_de stellte Deutschland im vergangenen 7. Forschungsrahmenprogramm die meisten EU-Projekte und erhielt eine Förderung von 6,4Mrd. Euro. Zu den am meisten bedachten Forschungszentren gehören die für ihre zivil/militärischen

Großforschungsprojekte bekannten Fraunhofer Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft und das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt. Ins Wanken kämen auch alle um Schutz der Großprojekte vor Sabotage oder Terrorangriffen eingeführten zentralen polizeistaatähnlichen Überwachungsstrukturen. Die Bespitzelung der kapitalismuskritischen Anti-Atom-Bewegung wäre nicht mehr zu rechtfertigen.

Mit der EEG-Novellierung hat die Politik die Gefahr gebannt, dass mit einer nachhaltigen, dezentralen, demokratischen und kleinteilig organisierten Energiewirtschaft bestehende machtvolle, zentrale, demokratisch nicht kontrollierbare Strukturen obsolet werden. Zeitgleich beginnt die schrittweise Gewöhnung der Öffentlichkeit an die Nutzung der Nuklearenergie als Ausweg für das sonst nicht mehr zu realisierende Klimaziel. Dabei wird der von der Anti-AKW-Bewegung verwendete Begriff „Atom“ durch den harmlos klingenden Begriff „Kern“ ersetzt.

Da die Bundesregierung bei der Energieerzeugung entgegen allen Beteuerungen weiterhin auf fossile Rohstoffe wie Kohle und Öl setzt und die nukleare Sparte mit Atomkraftwerken der vierten Generation sowie „nachhaltigen“ Fusionsreaktoren ausbaut, rückt die Gefahr von weiteren Rohstoffkriegen immer näher. Der ungebremste menschengemachte Klimawandel hat die Temperaturen am Nordpol so steigen lassen, dass die Eisdecke immer schneller schmilzt und dadurch einen erleichterten Zugang zu den bedeutenden arktischen Erdöl- und Erdgasvorräten ermöglicht. Da kann die Bundesregierung nicht abseits stehen und zeigt Flagge mit der aktiven Mitwirkung bei den Manövern wie jüngst im März bei „Cold Response 2020“ im Norden Norwegens und im Juli 2020 mit „Dynamic Mongoose 2020“ vor der Küste Islands. Mit derart unnötigen Machtdemonstrationen wird der klimaschädliche Co2 Ausstoß zusätzlich erhöht. Nach Meinung von Prof. Dr. Stefan Bayer, dem Leiter vom sicherheitspolitischen Thinktank der Bundeswehr, dem „German Institute for Defence and Strategic Studies“ (GIDS) könne man einen höheren Ausstoß an Treibhausgasen durch mehr Militäreinsätze in Kauf nehmen. Die Hauptaufgabe der Bundeswehr sei, „Sicherheit“ herzustellen. So sieht es auch die Bundesregierung. Der Klimaschutz kann warten. Infolge des mit bürokratischen Hürden versehenen Ausschreibungsverfahrens gibt es nach den Recherchen des Diplom Geophysikers und Klimaforschers Wolfgang Pomrehn lt. junger Welt vom 4. August 2020 in der Juni-Ausschreibungsrunde für an Land zu errichtende Windkraftanlagen nur für etwas mehr als die Hälfte der möglichen 826 Megawatt (MW) Zuschläge. Die Halbjahresbilanz an neu errichteten Windkraftanlagen beziffert sich in den ersten sechs Monaten 2020 auf nur gut 500 MW, was ein Rückfall auf die Ausbautzahlen während der Finanzkrise 2008 ff. bedeutet. Dessen ungeachtet erwirkt die Regierung einen erhöhten Strombedarf mit der flächendeckenden Installierung von Stromtankstellen für Elektroautos und das Pushen von Digitalisierung und Smart Cities.

7. Mai 2015: Nach acht Jahren Bau- und Entwicklungsarbeit weiht das HZB im Rahmen eines Festkolloquiums den weltweit stärksten Magneten für die Untersuchung mit Neutronen ein. Der Hochfeldmagnet produziert zuverlässig ein Magnetfeld von rund 26 Tesla und übertrifft damit den Zielwert von 25 Tesla.

Für den komplexen Hochfeldmagneten mit seinen Kühlanlagen musste eine eigene Stromversorgung mit 4 Megawatt Leistung aufgebaut werden. Entwickelt wurde der Magnet in Zusammenarbeit mit dem „National High Magnetic Field Laboratory“ Florida. Auf der Homepage der "National High Magnetic Field Laboratory" ist nachzulesen, dass die amerikanische Atomwaffenschmiede „Los Alamos Laboratory“ beteiligt ist; ein

Kooperationspartner des HZB bis heute. Nebulös heißt es, dass die im Experiment verwendete Kombination aus Neutronen und starken Magnetfeldern „von großem Nutzen“ sei. Forscher/innen erhoffen sich „ein besseres Verständnis von Supraleitern sowie weiteren Materialien mit interessanten Eigenschaften.“

Juni 2016: Im Weißbuch „ZUR SICHERHEITSPOLITIK UND ZUR ZUKUNFT DER BUNDESWEHR“ mit einem Vorwort von Angela Merkel und Ursula von der Leyen heißt es, dass unsere global vernetzte Nation in die Lage versetzt werden muss, den sicherheitspolitischen Herausforderungen „auch langfristig verantwortungsvoll zu begegnen.“ Um das zu gewährleisten hält die Bundesregierung an der nuklearen Teilhabe zwecks „verstärkter Vornepräsenz“ und einer „strategischen Nuklearfähigkeit“ fest.

In einem frühen Aufsatz des Koordinators für Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Karl-Heinz Kamp in der Neuen Zürcher Zeitung vom 13.1.2006 S. 7 heißt es: „Der Besitz von Atomwaffen vergrößert das Spektrum politischer und militärischer Optionen eines Landes.“

Als neue Aufgaben werden Cyberabwehr, Cyberverteidigung und Cybersicherheits- und Außenpolitik genannt. Am Beispiel des russischen Vorgehens in der Ukraine wird suggeriert, dass von Russland eine Gefahr ausgehe. Das Weißbuch endet mit einem Bekenntnis zur Bündnistreue: „- geleitet durch seine Interessen und verbunden mit der Bereitschaft, auch in Führung zu gehen sowie in der internationalen Sicherheitspolitik mehr Verantwortung zu übernehmen.“

1. Januar 2017: Das Gesetz zur Änderung des Völkerstrafgesetzbuches vom 22. Dezember 2016 tritt in kraft. Lt.

https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//%5B@attr_id='bgbl116s3150.pdf'%5D#__bgbl__%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl116s3150.pdf%27%5D__1484213974814

wird § 80 Strafgesetzbuch (StGB) - Vorbereitung eines Angriffskrieges gestrichen und durch §§ 80a bis 82 ersetzt und abgemildert.

Vorher hieß es: „Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.“

Jetzt heißt es. „Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) zum Verbrechen der Aggression (§ 13 des Völkerstrafgesetzbuches) aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis fünf Jahren bestraft.“

Der Hinweis auf die Charta der Vereinten Nationen stellt keinen Ersatz für den gestrichenen § 80 StGB dar, weil er einen weiten Spielraum für Interpretationen ermöglicht. Beispielsweise wird der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg als „humanitäre Intervention“ deklariert.

16. Juni 2017: In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fordert Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Deutschland muss seine militärischen Fähigkeiten stärken“. „Gerade, weil wir zu den wenigen politisch, demokratisch stabilen Staaten weltweit gehören, wird von uns erwartet, dass wir uns bei der Beilegung von

Konflikten stärker beteiligen als vor zehn oder zwanzig Jahren.“ In diesem Zusammenhang verweist er auf die Abspaltung der Krim durch Russland. Damit sei die Frage von Krieg und Frieden auf europäischem Boden zurückgekehrt. Nicht wahrhaben will er, dass der Abspaltung der Krim von der Ukraine eine friedliche Volksabstimmung vorherging. Hingegen erfolgte die Abspaltung des Kosovo von Jugoslawien durch einen Aggressionskrieg mit deutscher Beteiligung.

18. Oktober 2017: Die deutsche Bundesregierung stimmt einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ und somit einer europäischen Verteidigungsunion zu, an der sich zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten beteiligen „müssen“. Auch scheint man inzwischen bereit zu sein, über den „Europäischen Verteidigungsfonds“ eine Aufrüstung in anderen EU-Staaten mitzufinanzieren und militärische „Fähigkeiten“ in Europa zusammenzuführen. Diese Entwicklung dient nicht dem Frieden. Bevor Staaten unter Druck gesetzt und gegen ihren Willen zu Aufrüstung und Krieg genötigt werden, wäre lt. <https://de.sputniknews.com/politik/20171109318219465-bundeswehr-eu-prognose-experte-interview/> eine öffentliche Debatte überfällig.

10. März 2018: Auf der Homepage von Nuklearia – Für moderne und sichere Kernenergie - ruft Anna Veronika Wendland unter der Überschrift „Die Zukunft sagt: Atomkraft, ja bitte! zur Teilnahme am Nuclear Pride Fest am 21. Oktober 2018 in München auf. Die Nuklearia ist Teil der europaweiten Nuclear Pride Coalition die sich für Erhalt und Ausbau der Kernenergie einsetzt. Der Nuklearia-Verein ist als gemeinnützig anerkannt und gibt sich partei- und konzernunabhängig.

Anna Veronika Wendlands Habilitationsprojekt über Kernkraftwerksstädte zwischen Utopie und Katastrophe im östlichen Europa ist mit Stipendien der „Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung“ durchgeführt worden. Der Vorsitzende im Kuratorium dieser Stiftung, Werner Wenning, gehörte zu den deutschen Managern, die im Jahr 2010 den „Energiepolitischen Appell“ mit der Forderung einer Laufzeitverlängerung für Deutschlands Atomkraftwerke unterzeichnet haben. Der Appell war eine deutliche Positionierung pro Atomkraft und pro Kohle. Der Produktionszweig von Thyssen-Krupp gilt als besonders stromintensiv. Dazu passt, dass die Fritz Thyssen Stiftung mit der Förderung der Studie „Effekte von Umweltprotest in der Bundesrepublik Deutschland“ auch einen Beitrag zur Akzeptanzforschung geleistet hat.

Auf der Einladung zum jährlichen Vereinstreffen von Nuklearia im Oktober 2016, auf dem Anna Veronika Wendland in den Vorstand gewählt wurde, heißt es an vorderer Stelle: „Die Nuklearia lädt zusammen mit anderen kernenergie- und technikfreundlichen Vereinen zu einer gemeinsamen Jahrestagung ein.“ Als teilnehmende Organisationen werden u. a. die „Kerntechnische Gesellschaft e. V.“, „Bürger für Technik e. V.“, „Fortschritt in Freiheit e. V.“, die „Arbeitsgemeinschaft Energie und Umwelt“ (AGEU) und die AfD aufgelistet. Ein Tagungspunkt lautete: „Vernetzung der Vereine mit gleichen Interessen.“

BfT Sprecher Eckehard Göring ist lt. <https://energiewende-rocken.org/kernkraftbefuerwortung-unertraeglich/>

auch in einem von der BfT als „Umweltschutztruppe“ bezeichneten Verein aktiv. Der Verein nennt sich „Die neuen 68er“. Er tritt für Gentechnik und Atomkraft ein und wettet gegen das „Geschäft mit der Angst“.

29. Juli 2018: Der renommierte Politikwissenschaftler Prof. Christian Hacke hat sich lt. Link <https://www.n-tv.de/politik/Professor-fordert-deutsche-Atombomb> in einem Gastbeitrag für die „Welt am Sonntag“ für die atomare Bewaffnung Deutschlands ausgesprochen. Damit die Bundesrepublik „zukunftsorientiert denken und handeln“ könne, müsse „jeder potenzielle Angreifer nuklear abgeschreckt werden“. Bei Wikipedia sind seine Mitgliedschaften in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, im International Institute for Strategic Studies, im Committee on Atlantic Studies, im World Security Network und in einem Beirat des Bundesverteidigungsministeriums aufgeführt.

30. Oktober 2018: Um unmissverständlich klarzustellen, dass die Bedrohung durch oder der Einsatz von Atomwaffen gegen das Recht auf Leben verstößt, verabschiedet der UN-Menschenrechtsausschuss die „Allgemeine Bemerkung Nr. 36. Danach kann so ein Verstoß eine völkerrechtliche Straftat darstellen. „Allgemeine Bemerkungen“ spiegeln eindeutig Völkergewohnheitsrecht wider und sind ein wichtiger Beitrag zu dessen Weiterentwicklung.

25. Januar 2019: Im C. H. Beck-Verlag erscheint das Buch des renommierten Historikers Prof. Dr. Dieter Langewiesche „Der Gewalttätige Lehrer, Europas Kriege in der Moderne“. Mit seinem Buchtitel stellt Langewiesche ein Bezug zum Werk des Historikers Thukydides her, der im fünften Jahrhundert vor Christus lebte und den Krieg als einen „gewalttätigen Lehrer“ charakterisierte.

Über drei Jahrzehnte hat Langewiesche nachgedacht, warum Kriege geführt werden und welche Folgen sie haben. Zu den unbequemsten Wahrheiten der Geschichte gehört nach seinen Erkenntnissen, dass der Krieg bis zum heutigen Tag eine Gestaltungskraft ersten Ranges sei. Eine von Langewiesche etwas abweichende Interpretation des Krieges wäre eine Ableitung vom Wortstamm „Krieg“. Danach würden Kriege geführt, um etwas zu kriegen, zu bekommen, bzw. zu erlangen. In jedem Fall übt der Krieg von der Antike bis heute insbesondere für Entscheidungsträger eine so große Faszination aus, dass sie mit der Option eines Nuklearkrieges -- jetzt mit modernisierten Atomwaffen -- die Möglichkeit ihres eigenen Untergangs nicht mitdenken.

Vor diesem Hintergrund und in Kenntnis der Verheerungen zweier Weltkriege dürfte sich der Historiker Langewiesche genötigt gefühlt haben, mit seiner unbequemen Einsicht vom Krieg als Vater aller Dinge aufzuwarten, um ihre heutige Gültigkeit in Frage zu stellen. Die gemeinsame Forderung der KZ-Überlebenden, Widerstandskämpfer und Antifaschisten nach der Befreiung am 08. Mai 1945 „Nie wieder Krieg!“ erhält somit Gegenwartsresonanz. Um aus der Geschichte der Kriege auszusteigen, seien Konfliktlösungen durch Verhandlungen der Ausweg.

Als sehr bedrohlich erachtet der Autor, dass seit den 1990er Jahren mit humanitären Argumenten – wie beim Kosovokrieg der NATO - die Idee vom gerechten Krieg zurückgekehrt ist.

27. Juni 2019: Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) veröffentlicht unter dem Link <https://www.insm.de/insm/kampagne/klimaschutz/12-fakten-zur-klimapolitik> „12 Fakten zur Klimapolitik.“ Damit wendet sich die Lobbyorganisation der Industrie

gegen eine CO₂-Steuer und stellt nationale Bemühungen zur Rettung des Klimas als wirkungslos und überflüssig in Frage. Bereits 2012 hatte INSM gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobilisiert. Gefordert wird die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien. Stattdessen soll ein „Wettbewerbsmodell“ eingesetzt werden.

In seinem am 10. März 2010 im Econ Verlag Berlin erschienenem Buch „WIR ABNICKER“ beschreibt der seit 2002 dem Deutschen Bundestag als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestagswahlkreis Dortmund I angehörende Politiker und Autor, Marco Bülow, die INSM als eine hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie bezahlte Denkfabrik, die über „ein Jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern“ verfügt. Die genannten Industriezweige profitieren besonders von den Großforschungsprojekten der Fusions- und Kerntechnik.

Monetär gut ausgestattet ist INSM in der Lage, viele sich bietende Möglichkeiten der Einflussnahme zu nutzen, wie teure Anzeigenkampagnen zu schalten, Broschüren zu verteilen oder Veranstaltungen zu organisieren, z. B. im Juni 2009 im Hotel Adlon mit Gastrednern Angela Merkel und dem damaligen Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. „Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus.“

September 2019: Dennree, der umsatzstärkste Fachgroßhändler für Bio-Lebensmittel und Naturkosmetik im deutschsprachigen Raum, macht durch eine Tochtergesellschaft, der Biosupermarkt-Betreiber Denn's Biomarkt GmbH, unter dem Link

<https://bio-markt.info/kurzmeldungen/dennree-fuer-kernkraft.html>

mit dem Slogan „Kernkraft? Ja, bitte!“ Werbung für Kernkraft. Das lässt sich Dennree 300.000 € kosten. Im Werbungsfoto mit der Scheckübergabe ist eingeblendet: „Scheck für Kernkraft-Forschung © Dennree“. Erst wenn man genauer hinschaut, sieht man unter dem die Seite ausfüllenden Foto den Satz: „300.000 Euro für den Saatgutfonds der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.“

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Nach dem Magazin „t3n“ (Netzwerk für digitale Pioniere, Early Adapter und Zukunftsmacher) gehört lt.

<https://t3n.de/news/werbefails-2019-waren-groessten-1233192/4/>

die Werbekampagne unter dem Slogan "Kernkraft - Ja bitte!" zu den "Werbefails 2019: Trotz zahlreicher Einwände gegen seine irreführende, ethische und moralische Grenzen sprengende Werbekampagne hat Dennree am Slogan "Kernkraft - Ja bitte!" über einen längeren Zeitraum mit der Begründung festgehalten, dass er bewusst provozieren will, um gutes Saatgut zu fördern. Zur Frage nach der Herkunft des Geldes für den 300.000€-Scheck hält sich der Konzern bedeckt.

Aufgrund massenhafter Proteste sich nicht hinter das Licht führen lassender Bürger/innen wird das inkriminierte Logo jetzt nur noch in direktem Zusammenhang mit der Aufklärung über biologisch-dynamisches Saatgut verwendet.

21. August 2019: Das Bundeskabinett hat die neuen, ressortübergreifenden Leitlinien deutsche Arktispolitik beschlossen. Unter „Verantwortung übernehmen“ wird anfangs formuliert, dass man die Arktis als einzigartigen Raum schützen, als konfliktarme Region erhalten und die vorhandenen Ressourcen schonend nutzen wolle. Wie die konfliktarme Region erhalten werden soll, erfährt man etwas später. Ein „sicherheitspolitisches Engagement im Rahmen von EU und NATO“ ist vorgesehen.

5. September 2019: Mit einem Festakt wird in Berlin das von der Bundesregierung angestoßene ÖPP- Projekt „Futurium“ eröffnet. Zweck der vom „Tagesspiegel“ vom 27. 8. 2019 als „Ein teurer Klotz Zukunft“ bezeichneten Einrichtung ist nach offizieller Lesart die Errichtung eines Ortes zur Präsentation und Diskussion von Zukunftsfragen.

Träger der auf unbestimmte Zeit geschaffenen und als gemeinnützig anerkannten Einrichtung ist die „Futurium gGmbH“. Finanziert wird das ganze von Gesellschaftern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Darunter befinden sich Schwergewichte wie Siemens AG, Bayer AG, Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co KG sowie die in Hochrüstung auf Weltniveau verstrickten Großforschungseinrichtungen der Hermann von Helmholtz Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V., Fraunhofer-Gesellschaft e. V., Max-Planck-Gesellschaft e. V. und Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.. Dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtete Forschungseinrichtungen wie das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie sucht man vergebens.

Den Vorsitz in der Gesellschaftsversammlung und im Aufsichtsrat führt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das immer noch im Geist des früheren Atomministeriums handelnde BMBF trägt die Hauptlast der Finanzierung und bestimmt damit die Zielrichtung. Für den kurzen Dienstweg ist die an das BMBF angrenzende Lage des Futuriums ideal. Organisiert im Privatrecht braucht das Futurium keine demokratische Kontrolle zu befürchten und fällt nicht unter das Informationsfreiheitsgesetz. So verwundert es nicht, dass das „Futurium“ in seinen Ausstellungsräumen (Stand Februar 2020) die vierte Generation Atomreaktoren als nunmehr ungefährlich, wirtschaftlich und bis 2040 fertig entwickelt propagiert und gleichzeitig die immer noch unausgereifte und in noch weiter Ferne liegende Stromgewinnung durch Fusionsreaktoren als einen nachhaltigen Weg aus der Klimakrise ansieht.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass unter dem Deckmantel des Bürgerdialogs Meinungsmanagement für einen Wiedereinstieg in die Kernenergie betrieben werden soll. Für einen echten Bürgerdialog wie er erfolgreich von der nach allen Seiten transparenten – von der Politik aber inzwischen geschlossenen – Stuttgarter Akademie für Technikfolgenabschätzung geführt wurde, steht der nach Privatrecht geschlossene Charakter des Futuriums entgegen. Jeder halbwegs gebildete Laie weiß, dass die zivile Atomtechnik ohne staatliche Subventionen unwirtschaftlich ist, viele Ressourcen verschlingt, Mensch und Umwelt beschädigt, von militärischer Nutzung nicht zu trennen ist und keinen Ausweg aus der Klimakrise bietet.

Anders die wirklich nachhaltigen erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind und Wasserkraft. Sie stehen sofort zur Verfügung, sind erprobt, effizient, ungefährlich und können dezentral ohne Leitungsverlust direkt dort betrieben werden, wo Energiebedarf besteht.

11. November 2019: Auf Antrag der Fraktion der FDP findet im Abgeordnetenhaus von Berlin eine Besprechung unter dem Titel „Auf dem Weg zu BESSY III – 10 Jahre Helmholtz-Zentrum Berlin: Bestandaufnahme, Ausblick und Perspektiven“ statt. Prof. Dr. Bernd Rech, der neue Sprecher der wissenschaftlichen Geschäftsführung des HZB in Berlin-Wannsee erläutert: „Wir haben zwei Stansorte, erstens den Lise-Meitner-Campus in Wannsee, wo auch der Reaktor BER II steht, dort ist aber auch viel Forschung im

Bereich Energie, Energiematerialien und auch unsere Augentumortherapie, und zweitens den Wilhelm-Conrad-Röntgen-Campus, dort steht BESSY II, aber dort gibt es auch weitere Laboratorien in der Energieforschung.“

Die zur Behandlung einer Form des Netzhautkrebses genutzte Augentumortherapie würde am Campus Wannsee in Zusammenarbeit mit der Charité erfolgen. Hervorgehoben wird zudem das 2018 eröffnete neue Laborgebäude für Energieforschung mit dem Aufbau eines hochkomplexen Laserlabors. Bemerkenswert an den Ausführungen ist, dass das Beispiel mit der Augentumortherapie nichts mit dem Atomreaktor zu tun hat, sondern nur mit dem sonst nutzlosen Großgerät Vicksy, einen Teilchenbeschleuniger.

Welchem Zweck das hochkomplexe Laserlabor dient, wird nicht erklärt. Mit Blick darauf, was Bessy für die Wissenschaft leistet, führte Rech einen Dinosaurierzahn an, in dem ein 150 Millionen Jahre alter Virus bei Bessy gemessen wurde. ...“das ist eines der netten Beispiele, wir schauen aber auch, zusammen mit der Charité, Zahnwurzelbehandlungen an,“... „Für die Zukunft des HZBs stünden Themen wie: Energiematerialien, Quantenmaterialien und eine Synchrotronquelle, als herausragende, nationale wie internationale Alleinstellung.“

Vielleicht kennt Prof. Rech keine näheren Details über den mit den Großforschungsgeräten verbundenen militärischen Nutzen. Mit der privaten Organisation der öffentlich gesteuerten und bezahlten Forschung lässt sich vieles geheim halten. Anwesende Politiker aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien begnügen sich mit den wenig aussagekräftigen Auskünften und fragen nicht weiter nach. Gespräche mit Wissenschaftler/innen anlässlich der Tage der Offenen Tür ergeben, dass militärische Zusammenhänge unbekannt sind. Allenfalls bereits im Ruhestand befindliche HMI-Mitarbeiter können sich an die Möglichkeit militärisch verwendbarer Forschung erinnern. Die Verantwortung dafür weisen sie jedoch der Politik zu. Wie im Atomwaffenprojekt der USA sind auch in der BRD nur wenige Wissenschaftler/innen über die Forschung zu atomaren Waffen informiert. Eine Ausnahme ist die wissenschaftliche Direktorin des zur Helmholtz-Gemeinschaft gehörenden IPP Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, Prof. Sibylle Günter. Ihr untersteht die Kernfusionsforschungsanlage Wendelstein 7-X. Auf die Frage, warum die laserinduzierte Fusionsforschung so intensiv betrieben wird, antwortete sie lt.

<https://www.helmholtz.de/energie/%E2%80%9EEin%20erster%20Schritt%20auf%20dem%20Weg%20zur%20Z%C3%BCndung%E2%80%9C/> „Diese Forschung hat auch eine militärische Komponente. Die Kapseln sind so etwas wie Modelle für kleine Wasserstoffbomben. Das ist auch kein Geheimnis. Dieser Hintergrund macht es verständlich, dass in diese Forschung auch beträchtliche finanzielle Mittel aus dem Militärbereich fließen.“

Nach einem Artikel von „Forschung und Wissen“ ist es dem kalifornischen Lawrence Livermore Laboratory mit einem Laser-Experiment gelungen, mehr Energie bei einer Kernfusion zu erzeugen, als der Brennstoff zuvor aufgenommen hat. Den Hintergrund dieses Experiments beschreibt der Link:

<https://www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/physik/laser-erzeugt-kernfusion-in-mini-fusionsreaktor-13371936> „Die Versuche im Kalifornischen Livermore liefern zwar wichtige Erkenntnisse für die Fusionsforschung, jedoch ist das Ziel der Experimente nicht die Energiegewinnung, sondern die Weiterentwicklung thermonuklearer Waffen. Das amerikanische Militär kann so die Sicherheit, Lebensdauer und Zerstörungskraft

von Atombomben erhöhen ohne internationale Verträge zum Verbot von Atomwaffen zu verletzen.“

Das Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf (HZDR) drückt sich nicht so deutlich aus. Sibyllinisch wird unter dem Link:

<https://www.hzdr.de/db/Cms?pNid=2805&pLang=de>

über Hochleistungsstrahlenquellen wie Laser-Teilchenbeschleuniger berichtet: „Intensive fokussierte Laserpulse von DRACO verwandeln Targets aus festem Material in heißes Plasma an dessen Oberfläche Protonen und Ionen zu kinetischen Energien im Bereich vieler 10 MeV beschleunigt werden können. Unser Ziel ist, diese Idee zu kompakten alternativen Beschleunigern für die Krebstherapie zu entwickeln.“

11. Dezember 2019: Mit der endgültigen Abschaltung des hoch risikobehafteten Berliner Experimentierreaktors, BER II endet die erste Etappe der BI, die über vier Jahrzehnte gegen das atomare Großforschungszentrum in Berlin-Wannsee mobilisierte. Ein schöner Anlass, am Abend des Abschalttages in einem gemütlichen Babelsberger Kiez-Cafè mit einem Glas Sekt anzustoßen. In erwartungsvoller, heiterer Atmosphäre führt ein Aktivist mit einer digitalen Diashow durch die Stationen des Widerstandes und animiert damit einzelne Personen zu spontanen Stellungnahmen. Besonders beeindruckend sind die Statements der früheren Umweltsenatorin Michaela Schreyer über damalige Versuche polischer Erpressung und von Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, eines Leiters der Forschungsabteilung¹ – Erdsystemanalyse Ozeane, Atmosphäre und Biosphäre in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft - des Potsdamer-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), dass die BRD sich – wenn sie wollte – zu 100 Prozent über EE-Technologien versorgen könne. In den dadurch ausgelösten Diskussionen melden sich auch die frühere Potsdamer Klägerin und der Potsdamer sowie Berliner Kläger gegen den Reaktorbau zu Wort. Mit Erleichterung wird zur Kenntnis genommen, dass sich mit der Abschaltung des Reaktors die Gefahr eines Atomunfalls verringert. Lt. Strahlentelex ist nämlich der Reaktor BER II in Berlin-Wannsee mit Abstand der störanfälligste Forschungsreaktor Deutschlands. Während der älteste, 1965 in Betrieb gegangene Mainzer Reaktor bis heute nur 5 meldepflichtige Ereignisse ausweist, kommt der 1973 in Betrieb gegangene Berliner BER II auf 74 Ereignisse. Das Sicherheitsgutachten, auf das sich der Betreiber, das Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB), und die Atomaufsicht berufen, geht zudem von der nicht nachzuvollziehenden Annahme aus, dass bei einem schweren Unfall mit massiver Freisetzung und Zerstörung des Gebäudes noch 50 Prozent des Radiojod und 95 Prozent des Radiocäsium im zerstörten Gebäude zurückgehalten werden. Lt. Wikipedia sind allein in der Zeit von 1998 bis 2015 neun Schnellabschaltungen belegt. Häufigste Ursache: Fehlbedienung und Überschreitung der zulässigen Reaktorleistung.

Der offizielle Teil der Feier endet mit einem Gruppenbild, das hinterher unter einem Aufruf zur Freilassung des Whistleblowers Julian Assange ins Internet gestellt wird. Im anschließenden inoffiziellen Teil der Feier findet ein reger Gedankenaustausch zwischen Einzelpersonen und sich bildenden Kleingruppen statt. Es gibt ja viel zu sagen, zu erzählen, zu berichten und zu besprechen. Zufrieden mit dem bisher Erreichten und gestärkt für weiteres notwendiges zivilgesellschaftliches Engagement gehen die Feiertage auseinander.

14. Dezember 2019: Auf der Titelseite des „Spiegel“ prangt ein der Anti-AKW-Bewegung

nachempfundener Aufkleber mit der Inschrift „ATOMKRAFT? JA BITTE“ und weiter „Forscher erfinden das AKW neu. Rettet uns die Atomkraft vor dem Klimakollaps?“ Auf sieben Seiten wird mit wissenschaftlich unhaltbaren Argumenten die selbst gestellte Frage mit „ja“ beantwortet. Innovative von Bill Gates finanzierte Kleinreaktoren sollen die Lösung bringen. Nach Recherchen von Verdi unter dem Link

<https://mmm.verdi.de/beruf/spiegel-gates-63537>

hat Bill Gates für die Spiegelpropaganda viel Geld springen lassen. Es soll im Millionenbereich liegen. Inzwischen empfiehlt die Nuklearfirma von Gates, „Terrapower“, die Spiegel-Lektüre auf Twitter. Gates sieht im Geschäft mit neuen Kernreaktoren eine gute Möglichkeit, seine enormen Spekulationsgewinne profitabel anzulegen.

Nachdem die USA aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgetreten sind, können die Reichen die Politik der WHO noch nachhaltiger manipulieren und die Kosten für die Behandlung erkrankter Menschen in die Höhe treiben. Das Nachsehen haben die Gesundheitssysteme armer Länder. Soziale Ursachen von Krankheit werden nicht bekämpft, obwohl eine Expertenkommission der WHO schon in den 80er Jahren zu dem Ergebnis kam, dass die meisten Todesfälle nicht durch Viren oder Krankheiten verursacht werden, sondern durch soziale Ungleichheit wie fehlende Versorgung mit sauberem Trinkwasser (mehr als zwei Milliarden Menschen) und fehlender Zugang zu Toiletten mit angemessener Entsorgung der Fäkalien (gut vier Milliarden Menschen).

Mittlerweile wird lt.

<https://www.swr.de/swr2/wissen/who-am-bettelstab-was-gesund-ist-bestimmt-bill-gates-100.html>

die WHO zu 80 Prozent von privaten Geldgebern und Stiftungen finanziert. Die Bill und Melinda Gates Stiftung ist größter privater Geldgeber. Das Geld fließt in einen Globalen Fonds zur Bekämpfung von Volkskrankheiten und in Impfpartnerschaften mit Pharmakonzernen. Von allen Sparten ist der weltweite Pharmamarkt mit einem Volumen von 1,2 Billionen US-Dollar der gewinnträchtigste. Bill Gates ist mit Kapitalanlagen an den Pharmakonzernen Glaxo Smith Kline, Novartis, Roche, Sanofi, Gilead und Pfizer dabei. Gleichzeitig investiert er in bestimmte Industriezweige, die alle etwas mit krankmachenden Bedingungen zu tun haben, wie Coca Cola, Walmart, Pepsi Co, Unilever, Kraft-Heinz, Mondelez, Tyson Foods, Anheuser-Busch und Pernod. Aggressives Marketing der angeführten Industriezweige führt dazu, dass heute zwei Milliarden Menschen übergewichtig sind. Besonders profitabel sind Medikamente gegen Folgeerkrankungen falscher Ernährung. 2017 lag der weltweite Umsatz mit Diabetes-Medikamenten bei rund 55 Milliarden US-Dollar. Auf diese Weise verdient Bill Gates doppelt: zum einen mit der Verursachung und zweitens mit der Behandlung des Problems. Obendrein spart er mit seiner Stiftung Steuern und kann sich als Wohltäter feiern lassen.

2020: Unter dem Motto: „Wir ernten, was wir säen“ wird unter dem Link

<http://www.wir-ernten-was-wir-saeen.de/fusionsreaktor>

verdeckte Werbung für die nach gesicherten Erkenntnissen nur militärisch nutzbare Fusionsenergie gemacht. Die Idee dazu und die Gestaltung der Internetplattform von „Wir ernten, was wir säen“ stammt vom „DIALOGIK“-Institut. DIALOGIK ist eine gemeinnützige und drittmittelfinanzierte Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH. Ihr Credo: „Sie brauchen wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Auswirkungen von neuen Technologien, über Risiken für

Umwelt, Gesundheit und Wohlbefinden?“ „Dann sind Sie richtig bei uns“.

Zuwendungs- und Auftraggeber sind unter anderem: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMFT), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Generaldirektion Forschung und Innovation (EU Kommission), Europäische Atomgemeinschaft, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, U.S. Department of Homeland Security (DHS), ThyssenKrupp AG etc. - Auf regionaler Ebene ist DIALOGIK Partner in Netzwerken wie dem Netzwerk Beteiligungsforschung Baden-Württemberg. Studierenden bietet DIALOGIK eine Lernplattform, um über Projekte eigene Berufserfahrung zu erlangen und sich wissenschaftlich weiterzubilden: „Studierende gewinnen bei uns als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte (sowohl mit Bachelor- als auch mit Masterabschlüssen) erste Erfahrungen in der akademischen Berufswelt und in einer politik- und gesellschaftsnahen Forschung.“

Das „Wir ernten, was wir säen“ Projekt wird durch das Land Baden-Württemberg gefördert. Als besondere Zielgruppe sollen mündige Jugendliche angesprochen werden, die sich mit anderen austauschen wollen. Behauptet wird, „Fusion ist eine unverbrauchbare Energie, es gibt kein Ressourcenproblem für die Ausgangsstoffe.“ „1 Gramm Wasserstoff liefert durch Fusionskraft so viel Energie wie die Verbrennung von 11 Tonnen Steinkohle oder 10.000 Liter Heizöl.“

Mit dem Slogan „Wir ernten was wir säen“ wirbt das DIALOGIK-Unternehmen auch für das Energiespiel „Energetika – ein Spiel das nicht ohne Grund den deutschen Computerspielpreis gewonnen hat.“ Bei dem Online- Gewinnspiel Energetika handelt es sich um ein vom BMFT initiiertes und gefördertes Online-Spiel. In Kooperation mit der Universität Stuttgart, dem Forschungszentrum Jülich, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt sowie anderen Wissenschaftseinrichtungen gelingt dem Werbeunternehmen der große Wurf. Energetika erhält den deutschen Computerspielpreis in der Kategorie „Bestes Serious Game“. Als Belohnung für die Teilnehmer des kostenlosen Computergewinnspiels winkt unter anderem eine Reise nach Greifswald zur Besichtigung des Fusionsreaktors Wendelstein 7-X inkl. Anreise und zwei Übernachtungen. Ziel des für den Einsatz im Unterricht konzipierten Spiels sei die Information über technische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge der Energieversorgung.

2020 Öffentliches Eintreten für eine eigene Atombombe

3. Februar 2020: Die Tagesschau lässt unter dem Link <https://www.tagesschau.de/inland/wadepful-atomwaffen-101.html> den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, zuständig für Auswärtiges, Verteidigung, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Europarat, Johann Wadepful, über Massenvernichtungswaffen zu Wort kommen: „Die Realität ist, dass wir eine atomare Abschreckung benötigen Es ist im deutschen Interesse, dass wir auf die nukleare Strategie Einfluss nehmen können, die uns schützt.“ Später sagt der CDU-Spitzenpolitiker dem „Tagesspiegel“: „Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen.“ Dieser ungeheuerliche, unser aller Existenz in Frage stellende Griff nach unzweifelhaft

völkerrechtswidrigen Atomwaffen eines einer christlichen Partei angehörenden Spitzenpolitikers sollte sich jeder Wähler bei der nächsten Bundestagswahl ins Gedächtnis rufen.

Für deutsche Atomwaffenverfügbarkeit wird die für zivile Zwecke ungeeignete Nukleartechnologie vom Karlsruher Institut für Technik weiter ausgebaut.

Als Mittel gegen Klimawandel und für eine wettbewerbsfähige Ökonomie setzt sich der Bundesfachausschuss Wirtschaft der CDU dem Link

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-offen-fuer-atomkraft-und-gentechnik-a-00000000-0002-0001-0000-000169240272>

für eine behutsame Rückkehr zur Atomenergie und für die Prüfung von Anwendungsmöglichkeiten der Gentechnik ein. Im Beschluss des richtungweisenden CDU-Wirtschaftsausschusses vom 27. 1. 2020 über eine „nachhaltige Energieversorgung der Zukunft“ heißt es: „Wir setzen uns dafür ein, dass sich Deutschland stärker in das von EURATOM durchgeführte Programm „Horizont“ zur Zukunft der Kernenergie einbringt.“ Die im Rahmen dieses Programms durchgeführten „Projekte zur Kernfusion und zu kleinen modularen Reaktoren“ sollen dabei ergebnisoffen als mögliche Variante für eine CO₂-freie Energieproduktion geprüft werden.

Kernfusion sei eine Technologie, die den weltweiten Energiehunger stillen kann. Deutschland ist mit der Forschungsanlage Wendelstein 7-X bei der Erforschung dieser Technologie führend. Diese Forschung sei weiter zu fördern – auch mit Blick auf die Versuchsanlage ITER in Cadarache.

Zu den atomaren Abschreckungshalluzination von Johann Wadephul passt die jüngste Veröffentlichung des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI, dass Deutschland wie kein anderes Land der Welt seine Militärausgaben im Jahr 2019 um sage und schreibe 10 Prozent gesteigert hat. Ein Anachronismus, wenn man bedenkt, dass die BRD von keinem Land der Welt bedroht wird. Die als Gefahr empfundene unter kommunistischer Führung stehende Großmacht China hat lt. Wikipedia auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet. Die von den Großmächten Russland und China unterbreiteten Abrüstungsvorschläge werden nicht ernst genommen, wie z. B. der von zwei Drittel der UN-Mitgliedstaaten befürwortete Vertragsentwurf über die Nicht-Stationierung von Waffen im Weltraum.

Übrigens scheint es bei der Bewerbung von schädlichen Großanlagen Usus zu werden, Leben und Umwelt dienende Begrifflichkeiten, wie „Wir ernten, was wir säen“ zu verwenden. So spricht z. B. das Institut für Festkörper-Kernphysik (IFK) - gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung - auf der Suche nach privaten und öffentlichen Geldgebern für den patentierten Dual Fluida Reaktor (DFR), wie sehr es sich lohnt, dem DFR-Projekt zum Erfolg zu verhelfen, auch von einem Erntefaktor.

14. März 2020: Die taz setzt sich mit den nuklearen Träumen von Friedrich Merz, auseinander. Er ist Wirtschaftsanwalt und Unternehmensberater, Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU, Vermögensmillionär, Gründungsmitglied des Fördervereins der Lobbyorganisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Mitglied in der Trilateralen Kommission sowie der Atlantik-Brücke etc. und bis zu seiner erneuten Bewerbung als Kanzlerkandidat am 10. Februar 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Lobbyist für BlackRock, dem größten Vermögensverwalter der Welt mit einem verwalteten

Vermögen von 7,43 Billionen USD, Stand 2019.

Zur Lösung der Klimaproblematik drängt Friedrich Merz auf den Einsatz von „Dual Fluid-Reaktoren“. Bereits im Dezember 2019 hatte er sich in der Tageszeitung „Die Welt“ dafür eingesetzt, diesen Reaktortyp in ein europäisches Energiesystem einzubeziehen. Anfang März 2020 schwadroniert er im Spiegel: Den „Herausforderungen des Klimawandels können wir nur mit modernster und neuester Technologie begegnen“. Dabei verweist er auf das in Berlin ansässige Institut für Festkörper-Kernphysik (IFK), das die Dual Fluid-Reaktoren entwickeln würde. Im IFK sind teilweise zwei Beschäftigte angestellt, die zugleich Mitarbeiter in der AfD-Bundestagsfraktion sind (<https://www.ausgestrahlt.de/blog/2020/05/04/der-atom-kl%C3%BCngel/>).

Abgesehen davon, dass sich Dual Fluid-Reaktoren noch im papiernen Planungsstadium befinden und viele Unwägbarkeiten aufweisen, könne nach den Aussagen des Leiters für Reaktorsicherheitsprüfung im Forschungszentrum Jülich, Hans-Josef Allelein, prinzipiell waffenfähiges Plutonium anfallen.

Die zurzeit einzige Partei im Bundestag, die ebenfalls für den Dual-Fluid-Reaktor wirbt, ist die den menschengemachten Klimawandel leugnende AfD. Als ein Treffpunkt von Klimaleugnern, Atomenergiebefürwortern und Rechtspopulisten kann das „Europäische Institut für Klima & Energie“ (EIKE) angesehen werden. Einer der Wortführer des IFK, Armin Huke, trat 2015 bei einer EIKE-Konferenz auf, um den DualFluid-Reaktor als Lösungen der Klimafrage zu propagieren. Auf einem Video des Vortrags auf YouTube steht Huke nicht nur vor dem EIKE-Logo. Direkt hinter sich hat er ein Banner des US-Thinktanks Heartland Institute, das weltweit verdeckt Klimaleugner und den Kampf gegen die seriösen Klimawissenschaften finanziert. Slogan: „Wir stehen für mehr Freiheit und weniger Regierung.“ Der Vizechef des EIKE-Vereins arbeitet als Mitarbeiter beim AfD-Abgeordneten Karsten Hulse. Unter dem Link <https://fragdenstaat.de/anfrage/gemeinnutzigkeit-von-eike-ev/>

ist das Finanzamt Jena am 6. Februar 2020 angefragt worden, warum EIKE e. V. als gemeinnützig anerkannt wird, da die Verbreitung von FakeNews zum Klimawandel keine gemeinnützige Aufgabe im Bereich Bildung und Wissenschaft sein kann. Das Finanzamt antwortete nicht.

6. Mai 2020: Von der Wochenzeitung „Die Zeit“, ist eine Videoaufzeichnung ins Netz gestellt worden mit dem Titel „Atomkraft: Ja, bitte?“ Um das Klima zu schützen, wird jungen Erwachsenen, die die Katastrophe von Tschernobyl nur vom Hörensagen her kennen, empfohlen, sich für die angeblich risikoarme und klimaschonende Kernkraft zu entscheiden.

Zwölf Jahre zuvor deckte Die Zeit am Fall der industriegesteuerten Bürgerinitiative „Bürger für Technik“ (BfT) in bester journalistischer Manier exemplarisch die kriminellen Machenschaften der Atomlobby auf. Unter der Überschrift „Atomkraft – ja bitte!“ enttarnte Die Zeit vom 17. April 2008 die sich als unabhängige Bürgerinitiative gebende BfT. Gegründet hat den Lobbyverein der Energiewirtschaft der pensionierte Chemiker Ludwig Lindner gemeinsam mit Ingenieuren und Physikern. Nach einem internen Dokument, das der Zeit vorliegt, heißt es: „Wir haben uns ursprünglich in der KTG-Fachgruppe >Nutzen der Kerntechnik< zusammengefunden (...). Um unseren Wirkungskreis auch neutral zu erweitern, haben wir die lose Vereinigung >Bürger für Technik< gegründet.“

Auf verschiedenen Internetseiten wendet sich die BfT insbesondere an Schüler und

Studenten. Den Meinungsbildnern und Entscheidern von morgen soll die Angst vor bisher unbekannter Technik genommen werden. Gleichzeitig sollen sie gegenüber Panikmeldungen über nukleare Gefahren kritischer werden.

Mit populärwissenschaftlichen Beiträgen wie „Wie Wanderschuhe dicht bleiben“ wird auf so genannte Studien über „Windkraft-Lügen“ und die Segnungen der Kernkraft hingelenkt. Ludwig Lindner arbeitete früher beim Kernforschungszentrum Karlsruhe. Bis 2004 war er Sprecher der Fachgruppe „Nutzen der Kerntechnik“ in der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG). Bis 2007 trat er als stellvertretender Sprecher der KTG auf. In der KTG versammeln sich Kernkraft befürwortende Atomforscher und Ingenieure. Finanzielle Unterstützung erhält die KTG vom Deutschen Atomforum (DAfF), der offiziellen Interessenvertretung der Kernkraftwerksbetreiber. Reichlich mit Geld ausgestattet macht sich das DAfF die Presse mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen gewogen, wie zum Beispiel im Spiegel vom 27. September 2010. Unter der Überschrift „Gemeinsam in eine nachhaltige Energiezukunft“ heißt es: „Eine Laufzeitverlängerung leistet einen großen Beitrag zum Klimaschutz. Die 17 deutschen Kernkraftwerke vermeiden pro Jahr bis zu 150 Millionen Tonnen CO₂, das ist so viel, wie der gesamte Straßenverkehr in Deutschland jährlich verursacht.“

BfT und KTG sind nicht nur personell miteinander verflochten. Sie arbeiten auch zusammen und verfassen gemeinsame Petitionen z. B. für eine „realistische Energiepolitik“. Für ihre Propagandazwecke benutzt die BfT ein breites Netz aus Internetseiten wie „kernenergie-lexikon.de“ oder „kernenergie-wissen.de“. Die Internetseiten des BfT gelten als erfolgreichste Seiten in Greenwashing-Aktivitäten zur Atomenergie. Ansonsten ist der BfT-Verein durch ruppiges Verhalten aufgefallen. Zum Beispiel beklagt Robert Werner von Greenpeace, wie bei einer energiepolitischen Veranstaltung von BfT-Mitgliedern ein Klima der Aggressio verbreitet wird. Vorträge werden gestört, indem BfT-Anhänger Redner unterbrechen, Plakate von den Wänden reißen und eigene Flugblätter verteilen.

Trotz Astroturfing (eine verwerfliche auf Täuschung beruhende PR-Praxis) und militanter Vorgehensweise bleibt dem BfT-Verein der Status der Gemeinnützigkeit erhalten.

Wie kommt es nun, dass jetzt die Wochenzeitung Die Zeit ein positives Bild der desaströsen Atomenergie vermittelt? Die Antwort dürfte in der Zusammenarbeit mit „funk“ zu finden sein. Seit dem 22. Januar 2020 schaltet Die Zeit ein neues Politikformat „represent“ als Koproduktion zwischen funk und ZEIT ONLINE. Funk ist das Content-Netzwerk von ARD und ZDF, das Online-Inhalte für 14- bis 29-jährige bietet und über Facebook, YouTube, Snapchat und Instagram sowie auf funk.net verbreitet wird. In der Stabsstelle der funk-Zentrale in Mainz werden die strategischen Entscheidungen getroffen. Im Klartext dürfte das bedeuten, dass ARD und ZDF die Regierungspropaganda für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken 1:1 übernehmen und verdeckt über eine Zeitung verbreiten lassen. Wie weit sich Die Zeit inzwischen von einer glaubwürdigen Berichterstattung entfernt hat, erfährt die Pressesprecherin von IPPNW, Angelika Wilmen.

Der Co-Vorsitzende der IPPNW, Dr. Alex Rosen, hatte auf den der Vernunft Hohn sprechenden Gastbeitrag von Dr. Rainer Moormann und Dr. Anna Veronika Wendland in der Zeit vom 16. Juli 2020 eine unter

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/vorfahrt-fuer-die-energiewende.html>

nachzulesende Replik verfasst. Nach einer anfänglichen Zusage lehnt die Zeit die Veröffentlichung ab. Der haltlose Pro-Atom-Artikel bleibt unerwidert. Nicht von der Hand

zu weisen dürfte sein, dass der Milliardär Bill Gates neben dem Spiegel auch Die Zeit mit großzügigen Geldspenden beschenkt.

7. Juli 2020: Unter dem Link

<https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft/frieden/weg-mit-den-atomwaffen>

veröffentlichte Greenpeace eine anlässlich des dritten Jahrestags des UN-Atomwaffenverbotsvertrags in ihrem Auftrag durchgeführte repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar. Danach vertreten 92 Prozent der befragten Personen den Standpunkt, dass Atomwaffen auf deutschem Boden nichts zu suchen haben und die Bundesregierung dem Wunsch nach atomarer Aufrüstung nachkommen und den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen solle.

Ob die Bundesregierung dem verständlichen Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung nach Abzug aller Atomwaffen nachkommen wird, ist jedoch mehr als fraglich. Noch während der Corona-Krise wirbt nämlich am 21. April 2020 Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel „Abrüstung ist wichtig, eine realistische Vorsorge auch“ für den Kauf von atomwaffenfähigen F-18-Kampfflugzeugen. Angeblich sei die nukleare Teilhabe eine „realistische Vorsorge für unsere Sicherheit“. Am 4. November 2020 stimmt der Verteidigungsausschuss des Bundestages dem 5,5 Milliarden-Programm für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu. Der sich rhetorisch als Abrüstungsbefürworter gebende Außenminister Heiko Maas (SPD) möchte nicht, dass „das Vertrauen unserer engsten Partner“ untergraben wird. Im Spiegel-Interview vom 4. Mai 2020 verwehrt er sich gegen die Forderung von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich und SPD-Chef Norbert Walter-Borjans nach einem Atomwaffenabzug aus Deutschland. Eine fatale Fehleinschätzung, die dazu geführt hat, dass lt.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/die-nato-kann-frueher-mit-atomschlaegen-drohen-16819571.html>

und

<https://www.ossietzky.net/14-2020&textfile=5200>

die NATO-Verteidigungsminister sich ungehindert auf das höchst gefährliche Konzept einigen konnten, früher als bisher mit Atomschlägen zu drohen. Eine Vorgehensweise, wie sie lt. FAZ. NET vom 17. 6. 2020 „seit den heißesten Zeiten des Kalten Krieges nicht existiert hat.“ In diesem Zusammenhang ist die geltende US-Nukleardoktrin aus dem Jahr 2018 zu sehen. Danach glauben die US-Strategen, einen „begrenzten“ Atomkrieg führen und gewinnen zu können. Nach Lage der Dinge würde der Nuklearkrieg in Europa stattfinden und den Kontinent zerstören. Mit dem Anfang des Jahres gegen Russland gerichteten Großmanöver „Defender Europe 2020“ fand schon mal ein Test statt. Erinnert sei an die Aussage des US-Präsidenten Donald Trump: „Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie nicht ein?“ Menschen, die nicht nur die Klimakatastrophe als existenzielle Bedrohung wahrnehmen, wie die frühere irische Präsidentin und ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, sehen die Welt jetzt in „der gefährlichsten Situation, mit der die Menschheit jemals konfrontiert war.“ Diese Problematik ignorierend haben sich lt. Tagesschau vom 19. Juli 2020 die Länderchefs mit US-Militärstandorten in einem gemeinsamen Brief an 13 Mitglieder des US-Kongresses mit der Bitte gewandt, den angekündigten Abzug von rund 9.500 US-Soldaten aus Deutschland mit der fragwürdigen Begründung zu

verhindern, dass die von Amerikanern und Deutschen über Jahrzehnte miteinander aufgebauten Strukturen die Voraussetzungen für einen partnerschaftlichen Frieden in Europa und der Welt seien. Unterscriben haben diesen Brief Winfried Kretschmann (Grüne), Malu Dreyer (SPD), Volker Bouffier (CDU) und Markus Söder (CSU).

Eine mehr vernunftorientierte Entscheidung der vier Länderchefs wäre eine an den US-Kongress gerichtete Forderung gewesen, alle US-Militärstützpunkte in Deutschland zu räumen; insbesondere den Stützpunkt Ramstein. Für das US-Militär ist Ramstein das Tor nach Europa. Der dortige Flugplatz ist die zentrale Drehscheibe für den europäischen Truppen- und Materialtransport der US-Streitkräfte. Auch das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa (USAFE), das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte Afrika (USAFSA) und das NATO-Hauptquartier "Allied Air Command" sind in Ramstein zuhause. Illegale Tötungen unliebsamer Personen im Irak, Afghanistan, Somalia, Jemen und Pakistan werden in Ramstein koordiniert, gesteuert und per Mausclick mit Kampfdrohnen ausgeführt. Deutschland gestattet diese Mordeinsätze und macht sich der Beihilfe zu solchen Untaten mitschuldig.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer plädiert für eine höhere Beteiligung Deutschlands an den NATO-Ausgaben, vgl. Tagesschau vom 17. Juli 2020. Selbst das bisherige Zwei-Prozent-Ziel reicht aus ihrer Sicht nicht mehr aus.

Übrigens erläutert der US-Verteidigungsminister Mark Esper am 29. Juli 2020 in Washington den angekündigten Truppenabzug mit dem „Versprecher“, dass die NATO-Staaten ihre Lasten besser aufteilen sollten, „um Russland abzuschrecken und Frieden in Europa zu vermeiden.“ Hintergrund des Versprechers dürfte lt.

<http://www.imi-online.de/2020/05/07/atomare-us-alleingange-und-die-debatte-um-die-nukleare-teilhabe/>

die US-Doktrin über den Einsatz von Atomwaffen (Joint Publication 3-72) sein. Darin heißt es: „Der Einsatz von Atomwaffen könnte Bedingungen für entscheidende Ergebnisse und die Wiederherstellung der strategischen Stabilität schaffen“ ... „Insbesondere wird der Einsatz einer Atomwaffe grundlegend das Ausmaß einer Schlacht verändern und Bedingungen schaffen, die beeinflussen, wie Kommandeure in einem Konflikt siegen werden.“

Im Zusammenhang mit dem Truppenabzug ist noch eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur von Interesse. Auf Basis des YouGov Omnibus wurden 2.076 Personen in Deutschland ab 18 Jahren vom 31.07.-03.08.2020 bevölkerungsrepräsentativ befragt. Lt.

<https://yougov.de/news/2020/08/04/ein-drittel-der-deutschen-ist-gegen-den-us-truppen/>

befürworten 47 Prozent eine Reduzierung der US-Truppen. Jede(r) Vierte meint sogar, alle US-Streitkräfte müssten weg. Lediglich nicht einmal jede(r) Dritte (32 Prozent) ist dafür, dass die Truppen in der bisherigen Stärke bleiben. 21 Prozent machten keine Angaben.

12. Juli 2020: Japans Bischöfe veröffentlichen lt. Link

<https://www.domradio.de/archiv#entlichen-buch-gegen-atomkraft%29%E2%80%9C%00%00>

ein mit internationalen Experten zusammengestelltes 200 Seiten starkes Buch mit dem Titel: „Abschaffung der Atomkraft. Ein Appell der katholischen Kirche in Japan.“ Erreichen wollen sie, die Nachhaltigkeit der Erde und den sich in der Bevölkerung regenden Widerstand gegen die schädliche und ethisch nicht zu vertretende

Kernenergieerzeugung zu stärken.

28. Juli 2020: Der Gastgeber des Iter-Projekts, der dem Atomwaffenstaat Frankreich vorstehende Präsident, Emmanuel Macron, verkündet in einer virtuellen Feier stolz den Montagebeginn des Kernfusionsreaktors. Den Mund zu voll nehmend fantasiert er von einer „Zukunft der Menschheit“. 2025 soll das erste Plasma eingesetzt und mit Experimenten begonnen werden. Ab 2035 könnte mit dem Modellreaktor Energie erzeugt werden.

30. Juli 2020: Das HZB veröffentlicht unter dem Link

https://www.helmholtz-berlin.de/projects/rueckbau/index_de.html

umfassende Informationen zum beschlossenen Rückbau des Atomreaktors. Geplant ist, dass der BER II Ende der 2020er Jahre abgebaut sein soll. Die neue Geschäftsleitung ist, -- erstmals in Berlin -- über die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung hinaus über an Stilllegung und Rückbau mit interessierten Menschen in den Dialog getreten. So sollen Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Als Ziel des Dialogverfahrens wird angegeben, Bedenken aufzunehmen und in der Planung zu berücksichtigen. Eine einvernehmliche Lösung von Konfliktthemen ist anzustreben. Auch soll der Prozess transparent gestaltet werden. Um dahin zu kommen, ist im Hinblick auf die jahrzehntelange Konfrontation ein langer Vorlauf nötig. Vertrauen auf beiden Seiten muss langsam hergestellt und Achtung voreinander aufgebaut werden. Um auf Augenhöhe miteinander zu diskutieren, ist zudem der unterschiedliche Wissensstand der Dialogpartner anzugleichen. Nicht alle Anwohnerinnen und Anwohner verfügen über notwendiges physikalisches Wissen und nicht allen Mitarbeiter/innen des HZB sind die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen der Niedrigstrahlung bekannt. Zwei unabhängigen, gut ausgebildeten und engagierten Moderatoren gelang der Spagat. Im Rahmen des Dialogverfahrens traf sich im Januar 2018 das erste Mal die aus Anwohner/innen sowie Vertreter/innen von Parteien, Verbänden und anderen Organisationen bestehende Begleitgruppe zum monatlichen Austausch. Jeden zweiten Monat kommen zu den dann so genannten Dialoggruppensitzungen die entsprechenden Fachleute des HZB hinzu. Die Moderation wird von dem zweiköpfigen Moderatorenteam übernommen. Als ersten kleinen Erfolg einer einvernehmlichen Lösung kann die Bereitschaft der Geschäftsleitung des HZB angesehen werden, bei der Bauplanung von Bessy III zu prüfen, inwieweit beim Reaktorrückbau freigegebener Beton aus dem Reaktorbecken für die Fundamente von Bessy III verwendet und so einer weiteren zivilen Verarbeitung entzogen werden kann.

25. Oktober 2020: Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) proklamiert in Wien, dass ohne Atomkraft die Klimaziele unerreichbar sind. Um die scheinbar ausstiegsbereite BRD auf diesen Irrweg einzuschwören, ist lt.

<https://www.greenpeace-magazin.de/ticker/iaea-ohne-atomkraft-sind-klimaziele-unerreichbar-grossi-berlin-0>

der Generaldirektor der IAEO, Rafael Grossi, am 26. Oktober 2020 extra zu einem Besuch im Kanzleramt und einer Presskonferenz nach Berlin gekommen.

Ausblick

Unter dem Deckmantel ziviler Grundlagenforschung hat es die Politik verstanden, die Waffentechnik mit dem dazugehörigen Umfeld soweit voranzutreiben, dass die Bundesrepublik Deutschland jederzeit in der Lage ist, die seit der Adenauer-Ära angestrebten Nuklearwaffen selbst herzustellen. Dazu war abseits demokratischer Kontrolle der Aufbau einer zentral gelenkten Forschung mit großen Anlagen notwendig. Mit dem als privater Verein fungierenden Zentralorgan, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. (HGF), ist dieser von langer Hand vorbereitete Streich brillant gelungen. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, vergeben heute selbst US-Militärs Aufträge an Deutschlands Großforschungsinstitute. Die Frage ist: Wie kann sich die Wissenschaft aus den Fesseln des militärisch-industriellen Komplexes befreien? Anfang der 1970er Jahre hatte der Zukunftsforscher Robert Jungk anlässlich der Gründung von Zukunftswerkstätten herausgefunden:

„Wenn keine Brücken von den Forschern zu den Bürgern geschlagen werden, leisten diese im Grunde unwissenschaftliche Arbeit, denn sie lassen die Dimension öffentlicher Akzeptanz oder Ablehnung aus und sind dazu verurteilt, eine inhumane Wissenschaft voranzutreiben, die letztlich in Katastrophen enden muss“.

Damit es dazu nicht kommt, ist vom Wissenschaftsrat (WR) als höchstem wissenschaftspolitischem Beratungsgremium in Deutschland im Juli 2012 mit finanzieller Unterstützung der Mercator-Stiftung die Arbeitsgruppe „Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen“ eingerichtet worden. Aufgrund kontroverser Auffassungen im heterogen zusammengesetzten WR, in dem auch Repräsentanten der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Fraunhofer-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft vertreten sind, dauerte es mehrere Jahre bis das zu diesem Thema erarbeitete Positionspapier vom WR am 24. 4. 2015 in Stuttgart verabschiedet und unter der Drucksachenummer Drs. 4594-15 niedergelegt werden konnte. Die erarbeiteten Empfehlungen haben für den gesamten Wissenschaftsbetrieb Geltung.

Im Unterschied zur bisherigen Kopplung von Wissenschaft mit wirtschaftlichen und militärischen Innovationsprozessen, wie sie die HGF praktiziert, wird vom WR die Entwicklung und Unterstützung von sozialen Innovationen hervorgehoben, die von einem umfassenderen Begriff des Gemeinwohls ausgehen. So sollen die bisher vernachlässigten Sozial- und Kulturwissenschaften unter möglichst breitem Engagement von Interessenten und Betroffenen beteiligt werden. Strukturen für die Zusammenführung und Integration in unterschiedlichen Disziplinen entstandener Wissensbestände sind zu entwickeln. Die Kooperation über Disziplingrenzen hinweg ist zu befördern. Als Ziel wird ein Dialog angestrebt zwischen Politik, Wirtschaft und Medien sowie mit Bürgerinnen und Bürgern und diesen informiert und reflektiert zu führen. Dem berechtigten Interesse nicht wissenschaftlicher gesellschaftlicher Akteure an Forschungs- und Innovationsprozessen mitzuwirken, muss stattgegeben werden. Eine zentrale Aufgabe wird darin gesehen, Transparenz über schon geleistete oder zu erwartende Beiträge einzelner Akteure herzustellen. Schließlich müssen Organisation und Finanzierung wissenschaftlicher Einrichtungen und Tätigkeiten insgesamt so ausgelegt werden, dass sie Vielfalt und Freiheit der Wissenschaft fördern. Übergreifendes Prinzip soll Transparenz über Ziele und Beiträge der einzelnen Akteure sein.

Wie reagiert die HGF auf diese Kritik? Sie weitet die Öffentlichkeitsarbeit aus.

Zusammen mit der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung maßgeblich geförderten und von den großen auf militärischen Nutzen hin ausgerichteten Wissenschaftsorganisationen gründet sie die gemeinnützige Firma „Wissenschaft im Dialog“ (WiD). WiD ist ein aus Steuermitteln finanziertes, privat als GmbH geführtes Unternehmen mit dem offiziellen Ziel, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auch über kontroverse Themen der Forschung zu stärken. Im Lenkungsausschuss sitzt ein Repräsentant des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Wie sieht die Praxis aus? PRmäßig werden Großveranstaltungen wie zum Beispiel am 3. Mai 2018 im Atrium des Berliner Spreepalais unter dem Motto: „Helmholtz – Schön, teuer und nutzlos? Wissenschaft und ihr (Mehr-)Wert für die Gesellschaft.“ – organisiert. Um berechtigter Wissenschaftskritik die Spitze zu nehmen, darf der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar in einem Impulsreferat wichtige Kritikpunkte benennen. Mit dem Moderator der Veranstaltung, dem Pressesprecher der HGF, Roland Koch, und ausgelegtem Helmholtz-Hochglanzwerbematerial wird die Kritik in eine Preisung der „Helmholtz Spitzenforschung für große Herausforderungen“ zurechtgebogen. Als Beleg der Dialogbereitschaft zwischen HGF und Bürgern ist im unter

https://www.helmholtz.de/wissenschaft_und_gesellschaft/welchen-wert-hat-die-wissenschaft/

verlinkten Video eine ZuhörerIn am Mikrofon zu sehen. Welche Kritik sie hervorbringt, bleibt tunlichst unveröffentlicht.

Ansonsten reagiert die HGF auf die Kritik des WR wie eine systemrelevante Bank nach dem Crash: „too big to fail“. Im bewährten Zusammenspiel mit der Politik geht die HGF mit dem erfolgreichen Einwerben weiterer im Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ für den Zeitraum von 2014 bis 2020 zum Zweck nachhaltiger Umweltleistungen bereitgestellter Mittel noch einen Schritt weiter, um selbst auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit die Führerschaft zu übernehmen.

Die sich in Deutschland seit März 2020 verbreitende und von einigen Wissenschaftler/innen als historische Zäsur beurteilte Pandemie namens COVID-19 offenbart, wie ungehemmter internationaler militärgestützter, schwächere Konkurrenten niederringender Wettbewerb weltweit Menschen und Natur kaputtmacht, Rohstoffkriege, Artensterben und Klimawandel verursacht sowie Seuchen durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 hervorbringt.

In einer nie gekannten Geschwindigkeit hat die Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Epidemie gehandelt und für diesen Fall den Schutz des Lebens dem Schutz der Wirtschaft vorgezogen. Die Problemursachen werden jedoch ausgeblendet. Alles wäre leichter zu lösen mit einer für demokratische Verhältnisse konstituierenden wirklichen Informationspolitik und einer Bürgerbeteiligung bei grundlegenden Entscheidungsprozessen sowie einer auf Kooperation und Solidarität aufgebauten sozioökonomischen Gesellschaft. Stattdessen wird mit einer ausgeklügelten Rhetorik ein „weiter so“ betrieben.

Als kleiner Lichtblick erscheint das Dialogverfahren des HZB zum Rückbau des Wannsee-Reaktors. Das Verfahren ist ebenfalls steuerfinanziert. Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern findet jedoch auf Augenhöhe statt.

Eine großartige Alternative zur Sackgasse der Großforschung bietet das drittmittelfinanzierte Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Diese in der Tat

gemeinnützige Forschungseinrichtung agiert als führender internationaler wissenschaftlicher Think Tank im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung, strebt eine treibhausneutrale Gesellschaft an und bezieht die Bürgerinnen und Bürger direkt in den Forschungsprozess mit ein. Die dort interdisziplinär arbeitenden Wissenschaftler/innen werden ohne Lenkung durch das BMFT selbst aktiv. Am 15. Juli 2020 erhielt mit Prof. Dr. Uwe Schneidewind, der das Wuppertal-Institut von März 2010 bis April 2020 leitete, sogar ein Kritiker des BMFT das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Ordensverleihung ist ein wichtiges öffentliches Zeichen gesetzt worden für eine Wissenschaft und Technologie, die dem Leben dient und es nicht bedroht. Schließlich ist der Mensch von seiner Entwicklungsgeschichte her eher ein soziales und politisches Wesen, das zum Gedeihen auf ein Miteinander bezogen und angewiesen ist.

Stichwortverzeichnis

Adenauer	4, 5, 6, 10, 11, 14, 17, 66, 81	56, 57, 58, 62, 63, 65, 69, 70, 71, 72, 74, 75
Atombombe	1, 2, 3, 9, 14, 58, 75	
Brok	61, 62	Lissabon-Vertrag 18, 59, 61, 62
Großforschung	1, 2, 3, 4, 8, 9, 13, 15, 17, 26, 29, 30, 31, 36, 37, 38, 50, 51, 63, 69, 70, 83	Merz 76
Hahn	2, 4, 7, 9, 10, 13, 14, 37, 38, 41, 43, 63	militärisch 1, 3, 6, 8, 10, 15, 17, 19, 21, 38, 42, 45, 48, 49, 50, 57, 58, 59, 65, 66, 67, 71, 74, 81, 82
Heisenberg	3, 4, 14, 15	Trump 12, 20, 79
ITER	14, 56, 75	Uran 2, 5, 14, 15, 18, 37, 43, 46, 56
Kaysser-Pyzalla	51	Weltkraftkonferenz 8
Kernfusion	1, 6, 10, 14, 18, 45, 53, 54,	WINTEX 20